

türkei information

Nr. 34
2,- DM
6. Juli 1990

Begegnung mit
Sedef ÖZTÜRK
auf der Bremer
Frauenwoche
in Bremen

Artikel auf Seite 3

Nachrichtensperre über Kurdistan

"Wir hören jede Nacht heimlich BBC, das ist die einzige Möglichkeit zu erfahren, was sich 50 km von hier entfernt abspielt. Die türkische Presse schreibt nichts mehr. Ich sage dir, wenn wir hier diesen Sommer alle sterben, dann wird in der Welt nicht einmal jemand husten. Heute fallen die Grenzen, bei euch in Deutschland und anderswo, aber hier ist eine andere Welt, hier kommt keiner rein und es darf keiner raus, wir warten hier, daß die Bomben uns auf den Kopf fallen."

(Ein Bauer aus dem kurdischen Dorf Gundik, direkt an der türkisch/irakischen Grenze)

Fortsetzung auf Seite 2

Türkei im Würgegriff

Bereits seit längerer sie Nachrichten, in denen die militärische Aufrüstung in diesen Ländern als eine mögliche Gefahr für die Türkei dargestellt werden. Viele dieser Nachrichten haben ihren Ursprung in US- und NATO-Kreisen. Diplomaten aus den USA, die die Türkei besuchen, erinnern an die Gefahr, die für die Türkei aus dem "Süden" kommen würde. "Die Höhlenkanone" (so wird sie in der türkischen Presse genannt), die Irak unter anderen Waffen auch von England kaufte und die auch in der westlichen Presse für Wirbel sorgte, hätte fast zu einer Krise zwischen Irak und der Türkei geführt. Auf Druck der USA und Englands hatte die Türkei

diese Kanone beschlagnahmt und zurück nach England geschickt. Daneben kam es zu einer "Wasserkrise" im Nahen Osten, die durch das berühmte GAP (Südostanatolienprojekt) und die Tatsache, daß von nun an nach Syrien und Irak zu wenig Wasser von den beiden Flüssen Euphrat und Tigris fließen wird, verursacht wurde. Das Wasserproblem ist Anlaß für intensiven diplomatischen Verkehr zwischen der Türkei, dem Irak und Syrien. Das Problem muß anscheinend sehr ernst sein, daß selbst der Staatspräsident Özal in diesen Tagen Syrien besuchen will.

Fortsetzung aus Seite 10



**Morde an
assyrischer
Bevölkerung
in der Türkei**

Seite 2

Angelika Beer:

**Besucht
Kurdistan -
boykottiert
die Türkei**
Seite 5

Cetin Uygur:

**1. Mai 1990
"Nein zur
personellen
und
institutionellen
faschistischen
Besetzung"**
Seite 8

**GEGEN DAS RASSISTISCHE AUSLÄNDERGESETZ
Gemeinsam mit Rassisten?**



Das neue "Ausländer"-ausgrenzungsgesetz ist beschlossen, die Tore der Festung Europa können endgültig geschlossen werden. Die rechtlichen Mittel, den "sozialen Ballast" an ausländischen Arbeitslosen, SozialhilfeempfängerInnen, Kranken, Alleinstehenden mit Kindern, Straffälligen usw. abzuwerfen, stehen bereit. Um die Anwendung dieses Gesetzes zu be-/verhindern, wird mehr notwendig sein, als nur zu demonstrieren: Die Verweigerung der Denunziationspflicht von Mitarbeitern des öffentlichen Dienstes gegenüber den Ausländerbehörden, die Verhinderung von Abschiebungen, das Verstecken von Menschen, deren Abschiebung nicht verhindert werden kann, Boykottaktionen, Streiks..., dies werden die Mittel sein, die nötig werden, um nur die schlimmsten Auswirkungen des Gesetzes zu verhindern, wenn es am 1. 1. 91 in Kraft tritt.

Fortsetzung auf Seite 14

I
N
H
A
L
T

**Volkshausmitbegründer
von Faschisten getötet**
Seite 2

Freiheit für Ismail Besikci
Seite 7

Die Frau im türkischen Film
Seite 13

**Beschmutzte Ehre
durch uneheliches Kind**
Seite 12

MORDE AN ASSYRISCHER BEVÖLKERUNG IN DER TÜRKEI

Wir protestieren gegen die Massaker an der assyrischen Bevölkerung in der Türkei. In den vergangenen sechs Monaten sind in verschiedenen Dörfern der Süd-Ost-Türkei assyrische Menschen brutal ermordet worden. Ganze Familien wurden mißhandelt, ausgeraubt, umgebracht. Einzelne Personen, die den Angriffen entgehen konnten, fürchten um ihr Leben. Beispielhaft dafür schildern wir den Fall der Familie Bulut:

Am 1.5.90 zwischen 22.00 und 22.30 Uhr drangen mehrere Personen in Enhil-Yemissi in das Haus der assyrischen Familie Bulut ein. Einer der Täter schoß mit einer Schnellfeuerwaffe auf die anwesenden Bewohnerinnen und traf Gevrye Bulut tödlich. Die Ehefrau und die Kinder wurden ebenfalls zum Teil schwer verletzt. Sie kamen in das Krankenhaus von Diyarbakir. Am 3.5. verstarb dort der Sohn Sami Bulut an den Folgen der Schüsse in den Unterleib.

Es gibt klare Indizien dafür, daß die Verantwortung für die Verbrechen bei der türkischen Regierung liegt. Auf einer Videoaufnahme von der Beerdigung wird eine der tödlichen Patronen gezeigt, die, wie Untersuchungen gezeigt haben, türkisches Staatseigentum sind.

Unser Protest richtet sich nicht an die Bundesregierung, weil die BRD nicht daran interessiert ist, die bestehende Gesellschaftsordnung in der Türkei zu verändern. Diese Ordnung basiert auf einem großen Ungleichgewicht innerhalb der Gesellschaft und orientiert sich nicht an den Bedürfnissen der Menschen. Während in vielen Bergdörfern Jahr für Jahr Kinder erfrieren und verhungern, medizinische Versorgung, Schulbildung etc. nicht gegeben sind, konzentriert sich ein immer größer werdender Teil der Bevölkerung auf das Leben in den großen Städten der Westtürkei. In diesen verkaufen sich ArbeiterInnen zu Hungerlöhnen.

Das Bild in den Medien von einer Türkei auf dem Weg zu einem modernen, westlich ausgerichteten Industriestaat trägt, die Situation der ArbeiterInnen wird immer schlechter. Viele Arbeitslose und eine hohe Inflation bedeuten enorme Armut. Am Rande der "blühenden" Großstädte leben die Menschen in großem Elend. Das bedeutet: Türkei - Billiglöhland.

Zu Gunsten der BRD: in den meisten türkischen Firmen beträgt der Anteil westdeutschen Kapitals über 50% und zahlreiche bundesdeutsche Firmen unterhalten Tochtergesellschaften oder Firmen in der Türkei. Die Profitraten der bundesdeutschen Firmen (Wirtschaft allgemein) bleiben nur so hoch, wenn die fundamentale Unterdrückung der Menschen in der Türkei weiter gesichert ist.

Die Türkei ist ein Folterland und verletzt zahlreiche Menschenrechte. Systematische Folter ist in den Gefängnissen an der Tagesordnung, trotz der 1988 von der Türkei ratifizierten Anti-Folter-Konvention. Folter bedeutet, Gefangene unmenslich zu quälen, zu zermürben, langsam umzubringen. Die grausamen Vorkommnisse im Militärgefängnis von Diyarbakir z.B. halten die

Menschen, die sich in irgendeiner Form auflehnen wollen, in Furcht. Eine Sonderstellung der Repression erfährt Kurdistan. Das Verhältnis zwischen Türkei und Kurdistan hat kolonialen Charakter. Das Land ist voller Bodenschätze, die gnadenlos von der Türkei bzw. der BRD ausgeplündert werden. Daraus folgt Hunger und Elend in den kurdischen Dörfern.

Dagegen formiert sich schon seit geraumer Zeit der kurdische Widerstand. Es geht nicht nur um die nationale Autonomie Kurdistans, sondern auch um eine gerechtere Gesellschaftsordnung. Das spiegelt sich in den Kämpfen wieder. Einen großen Anteil daran haben die Frauen und Mütter in den Dörfern. Sie und alle anderen Menschen wehren sich mit ihren Mitteln gegen die Regierungsmacht Türkei.

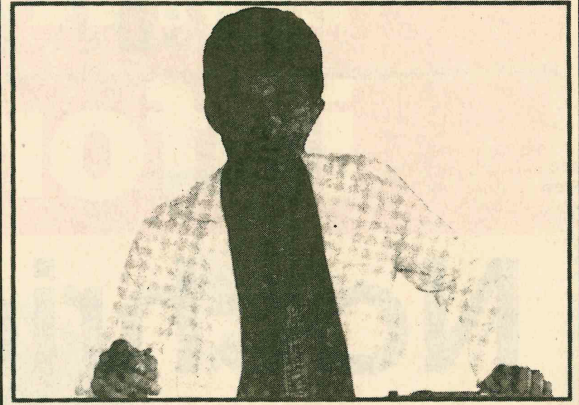
Die neusten Auseinandersetzungen entzündeten sich nach einem Gefecht von türkischen Militäreinheiten mit der ARGK (Befreiungsarmee der Arbeiterpartei Kurdistans, PKK). Die Beerdigung eines der Gefallenen mit über 1000 Beteiligten löste einen breiten Volksaufstand aus, den von März bis April über 1 Mill. KurdInnen trugen. Die Reaktion der türkischen Regierung auf den Aufstand war neben verschärften brutalen Armeeinsätzen, Deportationen, Gefängnis und Folter, die Einführung neuer Gesetze und u.a. eine absolute Pressezensur. Diese Zensur ist auch in den bundesdeutschen Medien festsitzustellen. Außer kurzen Notizen im Zusammenhang mit dem Newroz-Fest, gibt es keine Berichterstattung über die Aufstände.

Das türkische Regime hat verschiedene Mittel eingesetzt, aber bis heute ist es nicht gelungen, den kurdischen Widerstand zu zerschlagen. In diese Zeit fallen auch die Morde an der assyrischen Bevölkerung. Die Regierung hatte nichts eiligeres zu tun, als die Schuld für diese Massaker der PKK zuzuschreiben. Damit sind die Morde ein Teil der Aufstandsbekämpfung, denn die unterdrückte assyrische Minderheit soll gegen die KurdInnen aufgehetzt werden. In der Öffentlichkeit soll das falsche Bild von einer wild und sinnlos mordenden PKK verstärkt werden. Die assyrischen Menschen, in Angst und Schrecken versetzt, sollen daran gehindert werden, um ihre Rechte zu kämpfen.

Wie alle anderen Minderheiten dürfen auch sie ihre kulturelle Identität nicht nicht leben. Durch immer wieder stattfindende Gewalttaten sind assyrische Familien nach Westeuropa in die Flucht geschlagen worden.

Das Bewußtsein der Massaker von 1915, bei der eine halbe Million AssyrerInnen und 1,5 Millionen ArmenierInnen ermordet wurden, verhindert den Kampf um die Menschenrechte und läßt die Alternative der massenhaften Flucht als einzigen Ausweg erscheinen, um den Erhalt des Volkes zu ermöglichen.

Aber auch hier stören die AssyrerInnen, denn sie machen die Unterdrückungspolitik der Türkei in der BRD erfahrbar. Sie als Flüchtlinge anzuerkennen, bedeutete die Dimension der türkischem Vernichtungspolitik in Gerichtsurteilen festzuschreiben. Die Abschiebungsver-suche von AssyrerInnen, die als Christinnen die Kirche als Lobby ha-



Volkshausmitbegründer von Faschisten getötet

Am 25.4.90 wurden in Burdur (Südwesttürkei) drei revolutionäre Schüler auf dem von der Arbeit nach Hause von Faschisten überfallen. Arif Camyilmaz wurde von Zeki Tunc, Haluk Demircan und Gürkan Kurbay schwer verletzt und starb an den Folgen im Krankenhaus.

Die Polizei beschaffte die Überfallenen Deniz Devrim Kiresci und Sadik Özdemir, gegen die Täter wurde nichts unternommen. Revolutionäre aus Burdur verfaßten daraufhin ein Flugblatt, in dem der Überfall angeprangert wurde. Personen, die dieses Flugblatt auch in den anderen Städten verteilten, wurden von der Polizei beschaffet. Freunde des getöteten Arif Camyilmaz organisierten zum 1. Mai eine Veranstaltung in ihrer Schule und starteten einen Hungerstreik. Am 2. Mai versammelten sich ca. 500 Menschen, um gegen den Überfall zu protestieren. Als sie am Tatort Blumen niederlegen wollten, wurden sie von mit Knüppeln bewaffneten Polizisten empfangen. Protest gegen Übergriffe von Faschisten werden auch diesmal beantwortet mit Beschattungen, Knüppeln, Drohungen und weiteren Überfällen. (Göttinger Verhältnisse, d.S.in) aus 'Devrimci Gençlik'

ben, lösten Proteste der Kirchen aus. Das Interesse der BRD und der türkischen Regierung ist es, daß es um die Menschenrechte ruhig wird und so das Geschäft mit der Türkei ungestört blühen kann. Erst wenn die letzten AssyrerInnen aus der Türkei vertrieben sind, kann es um die Unterdrückung der AssyrerInnen still werden. Durch die Morde in diesem Jahr ist Angst und Schrecken verbreitet worden und so beginnt eine neue und die letzte Fluchtwelle. Das assyrische Volk ist im Gegensatz zum kurdischen Volk eine kleine Minderheit. Das bedeutet, daß die Möglichkeiten des Widerstandes gering sind.

In den nächsten drei Jahren muß die Türkei ihre Minderheitenprobleme gelöst haben, da 1993 die Verhandlungen um die Aufnahme der Türkei in die EG beginnen. Aufgrund dieser Dringlichkeit ist vorauszusetzen, daß die sich zuspitzenden Konflikte mit aller Brutalität durch das

türkische Militär "gelöst" werden. Das bedeutet Völkermord. Das assyrische Volk in der Türkei ist schon so gut wie vernichtet. Durch Ermordungen und massenhaft erzwungene Flucht sind sie aus ihrem Lebensraum vertrieben worden. Die Unterdrückung und Vernichtung von Minderheiten in der Türkei werden durch Appelle und Proteste nicht aufzuhalten sein. Alle Menschen, die der Vernichtung von Minderheiten in der Türkei nicht tatenlos zusehen wollen, müssen sowohl die Türkei, wie auch die BRD anklagen. Denn solange die BRD von der unterdrücklichen Gesellschaftsordnung in der Türkei profitiert, wird sie diese Ordnung unterstützen und am Leben erhalten.

Flüchtlingsbüro Paderborn
An den Kapuzinern 10
4790 Paderborn

Gemeinsame Verteidigungsschrift der AnwältInnen im Devrimci Yol- Hauptprozess Ankara

Es kann beim Türkei Informationsbüro, Postfach 91 08 43, D-3000 Hannover 91, gegen Überweisung von 5,-DM (oder Briefmarken) auf folgendes Konto bestellt werden:

Postgirokonto Hannover
Nr.: 5697 25 - 304

ICH MÖCHTE DIE TÜRKEI INFORMATION ABONNIEREN!

ganzjährig.....

Name:.....

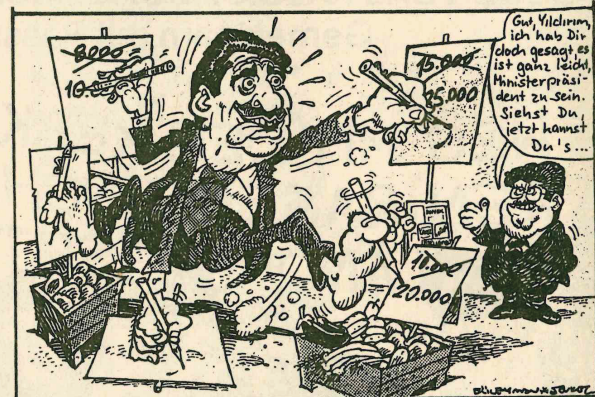
Anschrift:.....

ABSCHNEIDEN UND ABSCHICKEN AN:

Türkei Informationsbüro
Postfach 91 08 43
D- 3000 Hannover 91

ABO-GELD ÜBERWEISEN:
Postgirokonto Hannover
Nr. 5697 25 - 304

Türkei Information, erscheint 6 Mal im Jahr,
Jahresabopreis DM 20,-, Förderabo: Ab DM 30,-



IMPRESSUM:

Herausgeber:
Türkei Informationsbüro
Postfach 91 08 43
D-3000 Hannover 91

V.i.S.d.P.:

U. Hassenbring
Postfach 91 08 43
3000 Hannover 91

Neu!

Telefon: 0511 - 31 86 54
Telefax: 0511 - 31 86 52

Erscheinungsweise:

2 Monatlich

Namentlich gekennzeichnete

Artikel
geben nicht unbedingt die
Meinung der Redaktion
wieder!

NACHRICHTENSPERRE ÜBER KURDISTAN – UND WAS DAMIT VERBORGEN WERDEN SOLL

Das "Dekret mit Gesetzeskraft Nr. 413" wurde auch in der deutschen Presse diskutiert. Anfang April war es, auf Weisung des türkischen Generalstabes, erlassen worden und seitdem ist der für die kurdischen Regionen zuständige **Notstandsgouverneur** mit den Kompetenzen eines absolutistischen Herrschers ausgestattet. Es kann Menschen aus der Region verbannen, Streiks und andere Arbeitskampfmaßnahmen verbieten und in der gesamten Türkei Pressezensur verüben. Hier erstreckt sich eine Kompetenz sogar auf das gesamte türkische Staatsgebiet, alle Artikel, die die Vorgänge in "seiner Region" zum Thema haben, kann er verbieten und noch einen Schritt weiter, die Druckereien, die solche "Pamphlete" drucken, schließen lassen.

Heute, drei Monate nach Erlaß des Dekretes ziehen kurdische Intellektuelle eine erste Bilanz. Vieles, so erklärt ein Anwalt aus Diyarbakir, hat sich bislang als reine Drohung herausgestellt. Verbannung aus der Region z.B. sei seiner Einschätzung nach als Damoklesschwert gedacht, um "diejenigen" die bis jetzt immer noch den Mund aufgemacht haben, zu verunsichern". Voll durchgeschlagen habe das Dekret jedoch, darin sind sich alle Befragten einig, in Bezug auf die Presse. Nachrichten aus der Region müssen, bevor sie in der bürgerlichen Presse erscheinen können, zuerst der Pressestelle des Sondergouverneurs vorgelegt werden. "Eigentlich war das Dekret auf die Presse abgezielt" erklärt ein Journalist aus Diyarbakir, der nicht genannt werden möchte. "Die Bevölkerung im Westen und die Weltöffentlichkeit soll nicht erfahren, was hier in Diyarbakir schon jeder Schuhputzer weiß; im Botan gibt es Krieg und das türkische Heer tut sich nicht eben leicht damit." Nachrichten über diesen Krieg können nur noch über versteckte Kanäle an die Öffentlichkeit geraten. Alle sind sie, wie auch die folgenden Ausführungen, unvollständig. Dennoch ist es wichtiger denn je, der Öffentlichkeit zumindest ein ungefähres Bild der Situation in der "verbotenen Region" zu vermitteln.

großräumig angelegter Evakuierungsmaßnahmen und Wanderbewegungen ist die Botanregion, die türkisch/syrische und türkisch/irakische Grenzregion, die Gegend also, in der in den vergangenen zwei Jahren die bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen der PKK und dem türkischen Heer eskaliert sind. Die Gegend auch, die im Frühjahr diesen Jahres Schauplatz eines zweiwöchigen Volksauf-

uns, sie können uns einfach auf der Stelle erschossen und niemand fragt sie danach. Sie kommen, nehmen uns unsere Tiere weg, plündern unsere Gärten und gehen wieder. Wir können uns nicht wehren, deshalb müssen wir weg." Auch Yazı, das wie Derebasi und Basak auf dem Weg von der Kreisstadt Silopi zum Cudi-Berg massiv liegt, ist leer. Dort waren es allerdings nicht die Bauern sondern türkische Soldaten, die die

Bevölkerung von Cizre in jedem Sommer zu kämpfen hat. Die Großgrundbesitzer werden ungeduldig, sie wollen ihre Markthalle zurück, die Leute von Andac und Topete haben jedoch nicht einmal genug Geld, den Weg nach Adana oder Istanbul anzutreten, wie das viele Bauern in den vergangenen Jahren getan haben. In anderen Dörfern, weiter westlich direkt an der syrischen Grenze in den Kreisen Nusaybin und Kiziltepe und in der direkten Umgebung der Provinzstadt Mardin, wurden die Dorfbewohner aufgefordert, ihre Dörfer zu verlassen. Wurde der Aufforderung nicht Folge geleistet, so nahmen die Soldaten als "Warnung" einen der Honoratioren des Ortes fest. Half das auch noch nichts, so taten Razzien und Übergriffe der SEK ein übriges. In der Provinz Mardin gibt es zahlreiche jezidische und assyrische Dörfer, die von alterher besser mit der Zentralregierung gestellt waren als rein kurdische Dörfer. Doch auch für diese Bevölkerungsgruppen gibt es in den letzten Jahren keinen Raum mehr in der Grenzregion. Der Älteste eines jezidischen Dorfes direkt bei Midyat: "Auch wir müssen hier weg, die Sicherheitskräfte lassen uns nicht mehr leben. Ich bin der letzte hier und werde auch in diesen Tagen nach Ankara gehen."

sind verschwunden. Manchmal zwangen sie uns, ihnen bei der Verfolgung der Guerilla als Führer zu helfen."

"Sie haben uns eine Frist gegeben, als die nicht eingehalten wurde, haben sie uns mit Gewalt aus dem Dorf getrieben."

Nachdem die Bauern ihr Dorf verlassen haben, setzt in der Regel



standes war.

Vor allen in den drei Grenzprovinzen Mardin, Siirt und Hakkari sind bis heute mehr als die Hälfte aller Dörfer entvölkert worden. Offizieller Grund für die Evakuierung ihrer Bewohner ist die Schaffung eines 30 km breiten Sicherheitsstreifens entlang der beiden Grenzen, über die "nach unseren Erkenntnissen die Terroristen aus den Nachbarländern in die Türkei eingeschleust werden." (O Ton türkische Regierung)

In vielen Dörfern war eine offizielle Aufforderung an die Anwohner gar nicht mehr nötig, dort hatten die Anti-Guerilla Sondereinsatzkommandos, im Volksmund Rambos genannt, die Bevölkerung schon ohne jedes amtliches Dekret vertreiben. Ein Bewohner des Dorfes Derebasi im Kreis Silopi: "Sie haben schon 6 von uns umgebracht, morgen können sie wieder kommen und wieder welche von unseren jungen Leuten mitnehmen. Unser Dorf ist reich, wir haben Wasser, Obst und Gemüse, viele von uns haben sogar Kühe, aber wir können hier nicht bleiben, wir gehen weg, in die Armut. In Derebasi waren im September vergangenen Jahres 6 Bauern und Schäfer von den SEK's ermordet worden, zwei Wochen danach verließ die Bevölkerung das Dorf. Basak liegt keine 10 km von Derebasi entfernt. Auch hier haben die Bauern im Oktober 1989 ihre Häuser selber abgerissen, alles, sogar die Holzstämmen im Dachgefüge, auf Traktoren geladen und sind in die Kreisstadt gezogen. Der Bürgermeister: "Wir wissen hier im Dorf nie, ob wir den nächsten Tag noch erleben. Nachts können wir nicht aus dem Haus gehen. Die SEK's terrorisieren

Häuser niedrigerissen und angezündet haben. An manchen der Ruinen lassen sich deutlich Brandspuren erkennen. Anilim, ein Dorf auf der nördlichen Seite des Cudiberges im Kreis Erüh ist völlig niedergebrannt worden, ebenso Boyunyaka im gleichen Kreis. Hier versucht eine Anwältin von der türkischen Regierung Schadenersatz für die Dorfbevölkerung zu erhalten. Die Regierung zahlte für Anilim den Preis einer Etagenwohnung. Die Bewohner von Boyunyaka wollen keine Entschädigung. "Damit hätten wir unser Land ja an die Türken verkauft!" Die Bewohner der beiden Dörfer Andac und Topete sind in der Gemüsehalle der nahegelegenen Kreisstadt Cizre untergebracht. Knapp 400 Menschen leben dort in offenen Hallen ohne Fenster (im Winter bei Temperaturen unter Null Grad C) ohne irgendeine Einkommensquelle oder Zuwendung. Ihre beiden Dörfer lagen nur 1-2 km von der irakischen Grenze entfernt. Nicht nur türkische, auch irakische Soldaten suchten sie immer wieder heim, plünderten ihren Viehbestand und bedrohten sie. "Vor allem die Türken üben Druck auf uns aus", sagt einer von ihnen "wir sollten Dorfmitzeln werden und mit ihnen zusammenarbeiten. Unsere Leute sind arm und sie haben uns Geld geboten. Doch wir gehen nicht zur Miliz. Nur als Milizianten hätten sie uns in Ruhe gelassen, so konnten wir dort nicht mehr leben."

Die meisten Kinder in der Gemüsehalle sind krank. "Im Sommer werden sie sterben", sagt eine der Mütter. Sommer, das bedeutet 40 Grad im Schatten ohne Wasser, Typhus und Malaria, mit denen die

Im Dorf Budakli, direkt bei der Kreisstadt Midyat wurde am 20.5. dieses Jahres ein Bauer namens Besir Algan erschossen. Zwei Augenzeugen, sein Bruder und sein Cousin beschrieben den Vorgang folgendermaßen: "Besir wollte noch beten gehen, bevor wir dann alle drei aufs Feld mußten. Er ging aus dem Haus an diesen erhöhten Platz oberhalb des Dorfes. Noch etwas höher hatten die Soldaten ihre Schießstände gebaut. Als Besir fertig gebetet hatte, kamen sie aus den Schießständen und schossen mit automatischen Gewehren auf ihn, sie feuerten mehrere Salven aus 1-3 m Entfernung ab, sie haben ihn regelrecht durchsiebt, ohne ihn vorher zu warnen. Als wir seine Leiche holen wollten, reichten sie ihre Gewehre auf uns, da schickten wir seine Mutter und seine Frau vor, auf die haben sie nicht geschossen." Ein anderer Bewohner von Budakli: "Sie haben uns immer wieder bedroht, weil es hier aus Budakli keinen einzige Milizianten gibt. Immer wieder haben die SEK's Razzien gemacht und uns gewarnt, wenn wir nicht zur Miliz gingen, dann würden wir schon sehen. Wir sind aber nicht gegangen." Auch die Bewohner von Budakli haben sich entschlossen, ihr Dorf nun zu verlassen.

Die genauesten statistischen Angaben zum Stand der Entvölkerung liegen aus der Provinz Siirt vor allen Dingen aus den Kreisen Erüh und Simak vor. Simak wird in einer Erklärung des Notstandsgouverneurs vor Journalisten am 8.6.90 als Zentrum der separatistischen Aktivitäten bezeichnet. 56,6% aller Aktionen der Guerilla, so der Gouverneur, spielen sich im Kreis Simak ab. In den beiden Kreisen sind die Namen von 141 völlig leeren und zum Teil zerstörten Dörfern bekannt. Ganze Landstriche, wie die Hochebene von Herakol sind nicht mehr besiedelt. Verschiedene Bauern aus manchen der 141 Dörfern berichten über die "Methoden" der Evakuierung: "Die Soldaten haben uns schikanieren. Off mußten wir stundenlang auf einem Bein auf dem Dorfplatz stehen, wir durften nicht auf die Toilette gehen, unsere Tiere nicht ins Dorf holen oder auf die Weide bringen. Beim Verlassen und Betreten des Dorfes haben sie Ausweiskontrollen durchgeführt. Off durften wir das Dorf auch gar nicht verlassen."

Wir sollten zur Miliz gehen. Wenn wir Nein sagen, dann zogen sie einige von uns nackt aus und prügeln sie vor den Augen der anderen. Viele wurden festgenommen und

Schlagzeilen aus Cumhuriyet

16.4.1990

- PKK'ler töteten 5 Personen, davon 4 Lehrer in einem Dorf bei Elazig. Große Operation der Sicherheitskräfte in der Region

- Özal zum Erlaß (Kurdistan-Erlaß, T.I.): Die Maßnahmen seien im Rahmen der Verfassung, mit dem Ziel die Unteilbarkeit des Landes und der Nation zu schützen, getroffen worden. Sie könnten nicht als Zensur und Verbannung bezeichnet werden.

- Protest des Presserates und verschiedener Abgeordneter von SHP und DYP gegen den Süd-Ost Erlaß: Solche Praktiken könnten nicht akzeptiert werden, da das Volk ein Recht darauf habe, die Wahrheit zu hören. Der Gouverneur werde zum unumschränkten Herrscher gemacht

- Demirel kritisiert die Süd-Ost Maßnahmen: "Der Erlaß ist ihr letzter Rettungsversuch"

- Unterstützung für Kültü und Sargin wächst: Am 11. Tag ihres "Todesfastens" werden die "Unterstützungskampagnen im In- und Ausland fortgeführt. Unterstützung u.a. auch von der RP (Islamisch-fundamentalistische Partei - T.I.)

- In Denizli wird für eine fundamentalistische Gruppe, die zum Jihad (Hl. Krieg - T.I.) auferufen hatte vor dem Staatssicherheitsgericht nach § 163 TStGB 3-10 Jahre gefordert.

- Dem Lehrerverein Egit-Der in Bursa wurde verboten, zum 50. Jahrestag der Dorfinstitute Feiern abzuhalten.

- In den ersten 3 Monaten von 1990 durchschnittliche Preiserhöhungen von 15 %.

17.4.90

- 6000 Telefone werden ständig abgehört, 17.000 Telefone "nach Bedarf" ohne staatsanwaltlichen oder Gerichtsbeschuß.

- 8 Devrimci Sol Mitglieder in Ankara verhaftet

- 355 Ausbürgerungen durch den Ministerat

18.4.90

- Reaktionen auf den Süd-Ost Erlaß (Kurdistanerlaß-TI):

- İnönü möchte Offenheit, der Erlaß solle vor das Parlament gebracht werden

- Demirel zu Özal: Diese Regime ist nicht das Regime, das die Verfassung vorschreibt, es ist ein Monstrum.

- 18 unabhängige Abgeordnete (früher SHP) führen 2-tägige Protestaktion durch mit der Forderung, daß der Erlaß vor das Parlament gebracht wird.

- Juristen bewerten den außerordentlichen Gebietsersaß (Kurdistan-Erlaß-TI): Die Menschenrechte werden beschnitten. Der außerordentliche Gebietsgouverneur teilt mit, daß in Siirt 16 bewaffneter Terrorist bei Auseinandersetzungen mit Sicherheitskräften getötet wurde.

- 2-tägiger Hungerstreik von 9 Frauen im Gefängnis von Buca gegen die Haftbedingungen. Der Hungerstreik wird von 60 politischen Gefangenen unterstützt.

- 13-monatiger Streik der 170 Schwepes Arbeiter in Izmir beendet

- Nach einer Untersuchung des Nationalen Erziehungsministeriums sind die Ausgaben für religiöse Erziehung zwischen 1963 und 1988 um das 6-fache gestiegen

19.4.90

- Unterstützungskampagne für TBKP'ler Kültü und Sargin: Eine große Gruppe von TBKP'lern gaben gemeinsam Telegramme an den Staatspräsidenten von Südafrika mit der Bitte um Asyl auf, da in Südafrika jetzt eine marxistische Partei legal arbeiten könne, in der Türkei aber nicht.

EVAKUIERUNGEN

Landflucht in den kurdischen Provinzen der türkischen Republik hat viele Gründe. Oftrecht schon die hoffnungslose wirtschaftliche Situation, um zumindest einige Mitglieder jeder Bauernfamilie mit der - meist früherischen - Hoffnung auf einen Arbeitsplatz in die kurdischen Großstädte, die städtischen Zentren der Osttürkei (z.B. Adana) oder Istanbul, Ankara und Izmir zu treiben. Nach dem Militärputsch 1980 wollte sich die türkische Regierung nicht mehr allein auf die Armut der Bevölkerung verlassen; in dieser Phase entstanden konkretere Entvölkerungspläne der kurdischen Region. (Auch dies nichts neues in der kurdischen Geschichte, die die ersten "Verschickungen" in den Westen schon im vergangenen Jahrhundert unter den Sultanen des ottomanischen Imperiums erlebt hatte.) Hunderte von Dörfern sollten in der Gegend um Tunceli einem Naturpark zum Opfer fallen - der allerdings bis heute nicht in Angriff genommen worden ist -, im Rahmen des "Südostanatolien Entwicklungsprojektes, GSP, müssen allein für den Bau des Atatürk Staudammes 55.000 Menschen ihre Dörfer verlassen, hunderte von Dörfern wurden schon mit dem Bau des Karakayastaudammes (beide am Euphrat) überschwemmt.

Vor allem in den letzten zwei Jahren nimmt die Entvölkerung der ländlichen Regionen Kurdistans allerdings nie gesehene Dimensionen an. Schauplatz mehr - oder weniger

die Plünderung von Seiten der Soldaten ein. Die hat unter anderen auch den Zweck, den Bauern die Rückkehr ins Dorf unmöglich zu machen. Die Dörfer Nihik und Hot im Kreis Eruh wurde völlig niedergebrannt. Die Soldaten rissen alle Häuser im Dorf Niviya nieder und in Geliosman hatten die Bewohner genau zwei Stunden Zeit, um ihr Dorf zu verlassen. Auch die Bewohner von Bizena weigerten sich, zur Miliz zu gehen und mußten ihr Dorf verlassen.

In Payamli, ebenfalls Kreis Eruh sind traditionell linke Wahlergebnisse zu verzeichnen. 1982 stimmten die Bewohner geschlossen gegen die neue Verfassung der Militärjunta und auch bei der Volksabstimmung 1987 gab es keine Stimme für die Regierungspartei. Nach der Abstimmung wurde das Dorf umzingelt und die Ausweise der Dorfbewohner eingesammelt. Die Tiere durften nicht mehr auf die Weide gebracht werden. In den Dörfern Setruk und Seriki werden ebenfalls Ausweiskontrollen durchgeführt, die von regelrechten Prügelorgien der Soldaten begleitet werden.

Der Bürgermeister von Ziveya bei Eruh wurde am 15.1.90 in komatähnlichen Zustand ins Universitätskrankenhaus von Diyarbakir eingeliefert; erhalte die von den Soldaten erteilte Ausgehlaubnis überschritten und war zu spät in sein Dorf zurückgekehrt.

Den vertriebenen Bauern wird in der Regel nicht erlaubt, sich auch nur tagsüber zur Arbeit auf den Feldern ihren Dörfern zu nähern. Am 26.3.90 wendet sich der Bauer Muhittin Ay aus dem Dorf Keleki bei Siirt mit einem Gesuch an Gendarmeriekommandantur; seit Monaten wird ihm verboten mit seinem Traktor auf den Feldern in der Umgebung des Dorfes zu arbeiten. Mehrere Versuche direkt mit dem Kommandanten zu sprechen, blieben ohne Erfolg. "Wenn ich nicht mit dem Traktor arbeiten kann, kann ich meine Familie nicht mehr ernähren" schreibt M. Ay in seinem Gesuch und fordert eine "Passierlaubnis" für seinen Traktor. Ein ähnliches Gesuch geht am 27.3.90 an den Gouverneur von Siirt, Abdullah, Resul und Ali Baykara aus Agacyuru im Kreis Eruh erklären darin, daß man sie zwingen will, zur Miliz zu gehen. Als sie daraufhin den Beschluß faßten, sich in der Kreisstadt Batman anzusiedeln, wird ihnen verboten, ihre Kinder und ihr Eigentum aus dem Dorf zu entfernen. Sie sollen zur Miliz. Ein ähnliches Schreiben liegt von Ibrahim Tas, Abdulbaki Özdemir und Ahmeze Alpaslan aus dem gleichen Dorf vor. Darin heißt es wörtlich: "Wir konnten dieses Jahr noch keinen Quadratmeter unserer Felder bebauen. Unsere Weinberge liegen brach. Wir werden dieses Jahr hungern müssen. Wir sollen zur Miliz. Das wollen wir nicht, wir wollen weder Geld noch Waffen... Der Kommandant sagte uns, wenn wir jetzt nach Batman umziehen, wird er unser Haus und unsere Weinberge anstecken." Was hier zuerst wie ein Widerspruch aussehnen mag - der Versuch die Familie im Ort zu behalten, anstatt sie zu vertreiben - ist ein Indiz dafür, daß die Verantwortlichen mit ihrer Entvölkerungspolitik in den heißen Regionen über das Ziel hinausgeschossen sind. In völlig menschenleeren Regionen können auch keine Milizen mehr rekrutiert werden.

Mehmet Yildiz aus Dagveli ebenfalls im Kreis Eruh, verlangt vom Gouverneur die schriftliche Erlaubnis, sein Dorf aufzusuchen und sein Obst zu ernten. "Nicht nur mein Dorf, alle Dörfer im Kreis Eruh sind verbotenes Gebiet, die Soldaten fangen uns auf dem Weg ab und lassen uns nicht dorthin" schreibt er in seinem Gesuch vom 27.3.90.

Seit mindestens zwei Jahren hält die Massenflucht aus den Dörfern unvermindert an. Die Einwohnerzahl der Kreisstadt Siirtak hat sich in diesem Zeitraum von knapp 7.000 auf 13.500 erhöht, auch die Einwohnerzahl von Cizre hat um mehr als 40% zugenommen, ähnliche Entwicklungen lassen sich in Silopi und anderen Kreisstädten der drei genannten Provinzen beobachten. In keiner dieser Städte existiert eine wie auch immer geartete ökonomische Struk-

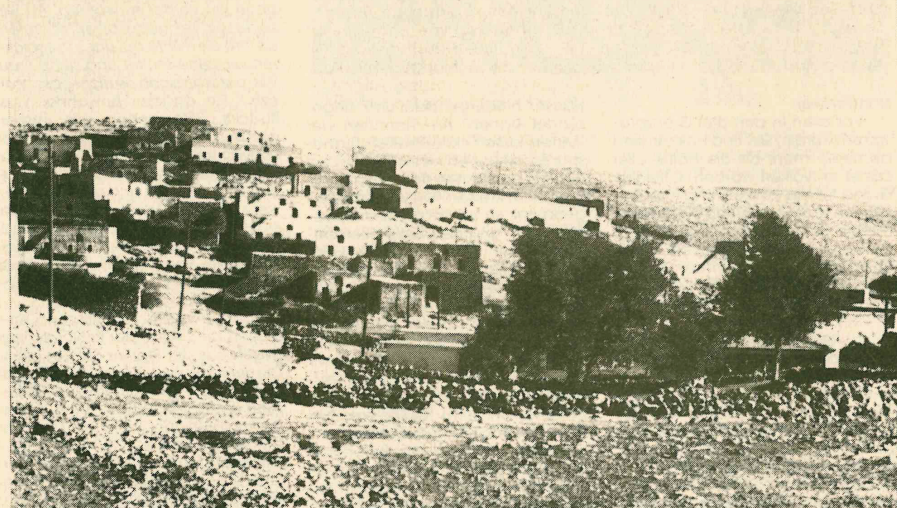
tur, die diesen Massenzulauf in irgendeiner Weise auffangen könnte. Viele ziehen von dort aus weiter in die Großstädte des Westens. Diejenigen, denen auch diese Möglichkeit versperrt ist, waren es auch, die vor allen anderen im März dieses Jahres auf die Strasse gingen und sich an den Aufständen beteiligten. Eine verzweifelte Masse, die nichts aber gar nichts mehr zu verlieren hat. Alle Möglichkeiten in der Region zu leben, ohne sich in die Auseinandersetzung "einzumischen" sind ihnen genommen; entweder Miliz- oder, wie es einer der eingewanderten Dörfler in Cizre ausdrück: "Wenn schon kämpfen, dann auf der richtigen Seite." So stellen diese Menschen ein immer gefährlicheres Potential für die türkische Regierung dar. Schon 1989 werden die Kreisstädte Cizre, Silopi, Siirtak, Eruh und einige andere in geheimen Heerespapieren als "wahrscheinliches PKK Sympathisantengebiet" bezeichnet und die Bereichskommandanten angewiesen, "sich dementsprechend zu verhalten". "Ich werde diese Tage nie vergessen" schreibt ein junger Mann aus Cizre über den Aufstand, "ich werde auch nie wieder vergessen, daß die türkische Regierung uns nicht als Menschen ansieht. Das haben wir gelernt und danach werden wir uns in Zukunft verhalten."

MASSAKER VON CEVRIMLI

Die Ereignisse in Cevrimli, Anfang Juni dieses Jahres sind ein deutliches Beispiel dafür, wie die Politik der Nachrichtensperre von den türkischen Sicherheitskräften ausgenutzt wird. Es ist nur ein Beispiel für zahlreiche Vorfälle dieser Art und soll hier als eines von vielen Ereignissen näher beschrieben werden.

Das Dorf Cevrimli liegt ebenfalls im Kreis Siirtak. Die türkische Presse berichtete am 11.6.90 von einem Massaker in dessen Verlauf die PKK 24 Personen, zum größten Teil Frauen und Kinder getötet haben sollte.

Journalisten, die daraufhin selbst nach Cevrimli fuhren, um detailliert über die Angelegenheit zu berichten, wurde der Zugang zum Dorf verweigert. Nach drei bis vier Tagen mußten sie ergebnislos wieder zu-



rückfahren. Das Verhalten der Sicherheitskräfte steht hier im krassen Widerspruch zu früheren vergleichbaren Ereignissen, wo die Presse zur "Dokumentation des Massakers" regelrecht gezwungen wurde. Als eine Woche später eine Delegation bestehend aus dem Vorstand der Sozialistischen Partei (SP) und des Menschenrechtsvereins zusammen mit Journalisten doch in das Dorf gelangte, fand sie eine völlig verschüchterte Bevölkerung vor, die keinerlei Aussagen machte. Nach Angaben des vorsitzenden der SP, Ilsever, sollen der Gouverneur von Siirt und der Standortkommandant die Bewohner des Dorfes morgens, vor dem Eintreffen der Delegation bedroht haben. Die Delegation selbst wurde von einer Reihe von Milizianten aus dem Nachbardorf mehrmals

aufgehalten. Der Tod der 24 Personen ist weiterhin ungeklärt.

"VERBOTENE REGION"

Seit Mitte April dieses Jahres sind nicht mehr alle Teile der Grenzregion frei zugänglich. In der zweiten Aprilwoche verwehrt die Sicherheitskräfte erstmals Journalisten und anderen Reisenden, sowie in der Gegend



bediensteten Lehrern und Ingenieuren den Zutritt zu den Kreisstädten Beytusebap, Cukurca und Uludere, direkt an der türkisch/irakischen Grenze. Das Gebiet, in das jeden Tag zahlreiche Militärtransporte beobachtet wurden - oft in normalen Reisebussen, die Soldaten in Zivil, da man Überfälle fürchtete - blieb über Wochen weg von der Öffentlichkeit abgeschlossen. Offizielle Meldungen berichteten von Verlusten der PKK, geheime Telefongespräche aus den Dörfern von überfallenen Militärtransporten, abgestützten Hubschraubern und Verlusten der SEK's. Bei einem Gefecht in Beytusebap sollten z.B. nur 21 PKK'ler ums Leben gekommen sein, vom Personal verschiedener Krankenhäuser der Region war jedoch auch von verwundeten Offizieren zu hören.

Während der Notstandsgouverneur in seiner Erklärung vom 8.6.90 eine Zahl von 190 Gefangenen "Terroristen" in den letzten drei Monaten angab, berichten "lokale Quellen" über ca. 30 Verluste - zum Teil höhere Offiziere - auf Seiten des Heeres und 25 bei den Milizianten, weiterhin sollen in der Zeit vom 25.4. bis 10.5. mehr als hundert Waffen erbeutet und zwei Hubschrauber von der PKK abgeschossen worden sein. Fest steht, daß in der Grenzregion mittlerweile ein ständiger Guerillakrieg stattfindet und selbst der Gouverneur die Zahl der Gefechte in den letzten drei Jahren auf 1.500 beziffert. Gleichzeitig wird die Region weiter aufgerüstet; neben 1500 Mitglieder der Sondereinsatzkommandos und 24.500 Milizen, die gemeinsam für die direkten Gefechte mit den Gue-

rilla zuständig sind, befinden sich zur Zeit normale Wehrdienstleistenden Soldaten und Angehörige der Gendarmerie in der Region. Schon im vergangenen Jahr wurden neue Gendarmerieeinheiten aus Kayseri in Zentralanatolien in die Region verlegt, im Herbst dann noch einmal ein Luftlandkommando aus Bolu in der Westtürkei, Truppen aus Istanbul, Kars, an der sowjetischen Grenze, Osmaniye am Mittelmeer und noch einmal von Kayseri. In den letzten drei Jahren sind in der Region 199 Gendarmeriestützpunkte und 15 Polizeipräsidien neu gebaut worden. Momentan ist die Verlegung einer weiteren Heereseinheit nach Siirt und die Einrichtung zweier Bereichskommandanturen in Batman und Siirtak, im Mai dieses Jahres extra deshalb den Status einer Provinzstadt erhalten, geplant. "Das ist die wichtigste Leistung, die wir für unsere Bevölkerung erbringen müssen" erklärt der Notstandsgouverneur bei jeder Gelegenheit, "nur da, wo wir neue Polizei- und Militärstationen eingerichtet haben, können wir in Dialog mit der Bevölkerung treten." Ob die Bevölkerung da gleicher Meinung ist, darüber schweigt er sich aus, vor allem da bis heute an vielen Orten Schulen oder Sanitätsstationen als Kasernen herhalten müssen und ihrem eigentlichen Zweck nicht mehr dienen können. Auch niemals zu Ende gebaute Fabriken, wie eine Schuhfabrik in Maradin und eine Käse- und Butterfabrik in Siirt dienen heute dem Heer als provisorische Hauptquartiere.

In der Botanregion tobt ein Krieg, dessen Dimensionen die türkische Regierung tunlichst zu verschweigen versucht, den sie selbst aber keineswegs unterschätzt. Nach der endgültigen Ablehnung der sofortigen EG Mitgliedschaft der Türkei häufen sich Stimmen in Ankara - vor allen von Seiten des Generalstabes - die darauf hinweisen, daß man nun, da von europäischer Seite sowieso ein Korb erteilt worden sei, ja einige Skrupel über Bord werfen und zu einer "irakischen Lösung" greifen könne. Sofern sich beobachten läßt, ist die türkische Regierung oder besser die Heeresleitung dabei, sich die Bedingungen für eine solche Option zu schaffen. Ob diese dann auch realisiert wird, das läßt sich zum momentanen Zeitpunkt noch nicht absehen und hängt von einer Reihe

aktueller politischer Entwicklungen ab. Fest steht jedoch, daß die Regierung in Zugzwang ist, die Region, in der das gigantische Südostanatolienentwicklungsprojekt - mit Krediten des Auslandskapitals - entstehen soll, Multis wie Shell und Mobil Oil verstärkt auf Ölsuche gehen und die die Schlüsselregion für eine mögliche türkische Vormachtstellung im Mittleren Osten darstellt, "ruhigzustellen". In einer Epoche, in der die Türkei als Bollwerk gegen einen sowjetischen Durchmarsch ans Mittelmeer an Bedeutung verloren hat und in der sich europäisches Kapital zunächst einmal nach billigen Investitionsgebieten bei seinen östlichen Nachbarn umsieht, gehören die strategische Lage Kurdistans, als Sprungbrett in den noch nicht aufgeteilten oder befriedeten Mittleren

Osten, sein Zugriff auf die Wasserhänge Euphrat und Tigris, mit denen eventuell aufmuckende südliche Nachbarn diszipliniert werden können, zu den wenigen Trümpfen, die die Türkei dem Westen noch zu bieten hat. Nun haben aber Multis wie z.B. Chevron oder Siemens angesichts der angespannten Lage der Region schon auf geplante Investitionen verzichtet. Zeigt die Türkei nicht bald, daß sie Herr der Lage ist, so könnte die Chance, sich Investoren ins Land zu holen, ganz verpuffen sein. Deshalb muß die Kurdenfrage gelöst werden. Sollten das die "Tauben" innerhalb der türkischen Regierung mit ihren mehr als halbherzigen Reformversuchen nicht in absehbarer Zeit schaffen, dann wird der Weg frei sein, für die Falken.

M.E

Schlagzeilen aus Cumhuriyet

20.4.90

- Trommelfeuer gegen 413 (= Kurdistanler-TI): Die aus dem Osten stammenden Abgeordneten der Regierungspartei ANAP sprachen mit Özal, um zu erreichen, daß der Erlaß, der Verbannung und Zensur vorsieht, geändert wird. Der SHP Fraktionsvorsitzende will den Erlaß vor das Verfassungsgericht bringen. Die bundesdeutsche Abgeordnete der Grünen Hensel forderte in einem Brief an Özal die Rücknahme des Erlasses und drohte an, zum Tourismusboykott aufzurufen.

- In 30 Jahren (1960-1990) ist nach Angaben des Erziehungsministeriums die Zahl der Schüler, die am staatlichen Religionsunterricht teilnehmen von 1171 auf 92 687 gestiegen.

21.4.90

- Auf der Erziehungskonferenz wurde beschlossen, gegen fundamentalistische und separatistische Strömungen an den Universitäten noch wirkungsvollere Vorkehrungen zu treffen. Gegen studentische Aktivitäten sollen ausnahmslos Disziplinarstrafen verhängt werden. Die Unis sollen eigene Sicherheitskräfte gründen, die nicht bewaffnet sind.

- 10.000 Unterschriften der Stadtverwaltungsgewerkschaft Istanbul unter die Forderung, daß der 1. Mai auf dem Taksim-Platz abgehalten werden darf.

23.4.90

- Zusammenstöße zwischen Sicherheitskräften und PKK in Siirtak: 6 PKK'ler, 1 Soldat getötet, 26 Festnahmen

1. Mai-Plakate der Stadtverwaltungsgewerkschaft Istanbul wegen Kommunismuspropaganda verboten. Gegen die Gewerkschaftsführung wurde eine Untersuchung eröffnet. Die Aufschrift der Plakate: "Im hundertsten Jahr gratulieren wir zum 1. Mai"

- Am "Tag der Erde" veranstaltete die Grüne Partei in mehreren Städten Protestaktionen mit Forderungen wie "Demokratie, sofort jetzt!", "\$141, 142 und 163 verschmutzen die Umwelt". 8 Festnahmen

24.4.90

- Bei Unterstützungsaktion für Kulu und Sargin 60 Festnahmen.

- In Cukurca 4 PKK'ler getötet, einer schwer verletzt.

- Erziehungssystem: Keine Schulen, unzureichend Lehrer, steigende Schülerzahlen. Nur 93,4 % der Kinder besuchen die Schule. 45% erreichen die Mittelschule, 35 das Gymnasium und nur 14,1% die Universität. 42.000 Lehrer fehlen, v.a. in den ländlichen Gebieten des Ostens.

- Strafenrekord für die gedruckte Presse: Während in den letzten 40 Jahren 4945 Veröffentlichungen verboten wurden, wurden nach 1980 2000 Prozesse eröffnet und 3.500 Personen angeklagt. Nach den 12. September 1980 wurden 32 verantwortliche Chefredakteure insgesamt zu über 5.000 Jahren Haftstrafe verurteilt. 850 Artikel wurden verboten. 1033 Veröffentlichungen wurden eingezogen. Die Höchststrafe erhielt der Chefredakteur der Zeitung von Halkin Kurlulus mit 748 Jahren Gefängnis.

- Mittel- und langfristige Innenverschuldung: Im Vergleich zum letzten Jahr um 1289 % erhöht.

25.4.90

- Özal kündigt an, nach dem Fest (Ramazan) die Veränderung der §§ 141, 142 und 163 zu behandeln.

26.4.90

- Das Europaпарlament bereitet sich vor, wegen des 413 Erlasses und wegen Kulu und Sargin Sanktionen zu erlassen.

Die Delegation

Vom 5. bis zum 11. Mai fand auf Initiative medico internationalis eine Delegationsfahrt nach Türkei-Kurdistan statt. Vorausgegangen war eine Anzeigenkampagne Medicos und Komkars, ein "Aufruf in letzter Minute", um das öffentliche Interesse an den irakisch-kurdischen Flüchtlingen in den Lagern Diyarbakir, Mardin und Mus zu wecken. Dieses Anliegen darf durch unsere Fahrt keineswegs als erledigt angesehen werden - die Situation in den Flüchtlingslagern ist durch das Einsatz von SEKs, durch die von Irak und Türkei einvernehmlich vorangetriebene Zurückweisung der 27.000 Menschen in den Irak erster den je.

Aber der verschärfte Ausnahmezustand in Türkei-Kurdistan als Antwort auf den Aufstand der kurdischen Bevölkerung, der 1. Mai 90, und einhergehend massive Polizeiaufgebote und -Einsätze erforderten schnelles Handeln.

DelegationsteilnehmerInnen waren: die Rechtsanwältin **Rainer Ahues** (Republikanischer Anwältsinnverrein) und **Eberhard Schulz**, beide Verteidiger im Düsseldorf



zu ihrer Herkunft, kritisierten die Unterdrückung der kurdischen Bevölkerung durch Irak und Türkei.

Dies geschah vor allem vor dem Hintergrund des Golfkrieges, in dem die Kurden einmal mehr Spielball der Mächtigen wurden und durch den Einsatz chemischer Waffen des

gern spitz sich gerade in den letzten Wochen zu. Türkei und Irak haben sich geeinigt: durch tagtägliche Repression gegen die Flüchtlinge, Vergiftungsanschläge und Knüppelinsätze der SEKs in den letzten Wochen soll erreicht werden, daß die irakischen Kurden zurück in den

Flüchtlinge fortan auffordern, die Amnestie, deren Dauer Saddam Hussein auf den 9.6.90 ausgedehnt habe, zu nutzen, um in den Irak zurückzukehren.

Das UNHCR-Projekt, das den Bau eines neuen Dorfes für die Flüchtlinge in der Nähe von Yozgat vorsah, ist im Mai, nach Verhandlungen zwischen Irak und Türkei, gestoppt worden. Ein Großteil der Flüchtlinge wird sich nicht bereit erklären, in den Irak zurückzukehren. Weitere Übergriffe von türkischen Militärs und SEK-Einheiten wie in Kiziltepe und Mus sind daher zu erwarten. In einem Brief an die Parlamentarier der BRD, den uns die Flüchtlinge mitgaben, wird noch einmal gefordert, daß sie als politische Flüchtlinge anerkannt werden. Denn es ist nur mit diesem Status möglich, vorübergehend in ein Drittland zu gehen.

Im Frühjahr 1990 kam es zur Zuspitzungen der eh schon angespannten Situationen in Türkei-Kurdistan. Der verstärkte Einsatz von türkischen Militärs, Sondereinsatzkommandos in der Provinz führte zu

Schlagzeilen aus Cumhuriyet

26.4.90

- Die TBKP Führer Kulu und Sargin erklärten, daß sie eine Pause in ihrem seit 20 Tagen andauernden Todesstreifen einlegen würden, da sie durch die Öffentlichkeit ausreichend unterstützt würden, da die Regierung Zeit für eine Entscheidung brauche und die §§ 141, 142 und 163 nach den Festtagen behandelt werden sollen.

- Bericht der Internationalen Arbeiterorganisation ILO: Die Türkei hat sich überhaupt nicht geändert. Die Gesetze widersprechen den Grundsätzen der Gewerkschaftsfreiheit.

29.4.90

- 100 Jahre 1. Mai: In der Türkei Verbot des 1. Mai. Der Gewerkschaftsbund Türk-İs darf den 1. Mai in einem 200 Personen fassenden Saal begehen.

- Die für die Festtage übliche Besucherlaubnis wurde im Bayrampaşa Gefängnis wegen "Fluchtgefahr" zurückgenommen.

- Nach einer Erklärung des außerordentlichen Gebietesgouverneurs wurden 3 PKK-Militante in Sirkak von Sicherheitskräften getötet.

30.4.90

- 1. Mai Aufregung:
- Der überall in der Welt gefeierte 1. Mai wird in der Türkei auch nicht als "Frühlingsfest" (wie früher, TI) gefeiert werden. Als Alternative zum 1. Mai wird dieses Jahr am 6. Mai zum ersten Mal das "6. Mai Hıdırellez Kultur- und Frühlingsfest" ausgerufen.

- Am 1. Mai werden in Istanbul 18.000 Polizisten im Dienst sein.

- Am 25. April war ein linker Student von rechten Komilitonen erstochen worden. Freunde des Erstochenen, die gegen diese Tat mit Flugblättern protestierten, wurden festgenommen. Der Täter behauptet, der Erstochene habe sich den Messer selbst zugefügt.

- 20 Festnahmen von Angehörigen vor dem Zentralgefängnis Ankara, nachdem diese gegen ein Verbot des Besuchs protestiert hatten.

1.5.90

- Die drei Kopfschmerzen der Türkei:
1. BRD: Bonn besteht darauf, daß Ankara die Entscheidung, 8 deutsche Diplomaten auszuweisen, zurücknimmt.

2. USA: Özal's "private Initiative" in der Armenienfrage bei seinem USA-Besuch

3. Irak: Die Rohrkreie läßt Beziehungen Bagdad-Ankara erkalten

- Nach Meinung der Oppositionsführer sollte der 1. Mai gefeiert werden.

- Beleidigungsprozeß gegen Grüne Partei: Sie hatte unter ein Foto von Özal und seiner Frau geschrieben: "Kein Kommentar"

- Die Kosten für Ernährung einer 4-köpfigen Familie in Istanbul sind von 588 124 TL im März auf 617 708 TL im April gestiegen.

2.5.90

- 1. Mai in Istanbul: Bei verschiedenen Vorfällen in Istanbul 10 Polizisten und 60 Personen Verletzt. 1500 Personen festgenommen, 10.000e von Personen in der Nähe des Taksim Platzes durchsucht. Mehrstündige Arbeitsniederlegungen in vielen Betrieben.

3.5.90

- 1. Mai: Von den 2.000 Festgenommenen wurden 700 freigelassen. 3 Personen wurden angeschossen, eine Studentin wurde durch eine Kugel querschnittgelähmt. Die Polizei behauptet, daß die Demonstranten selbst aufeinander geschossen hätten.

- Nach Angaben des Außerordentlichen Gebietesgouverneurs töteten in Midyat PKK'ler 1 Person. Große Operation gegen PKK in der Region.

Angelika Beer:

Besucht Kurdistan - boykottiert die Türkei

Kurden-Prozeß; **Alisa Fuss**, Uga für Menschenrechte; **Ilona Hepp**, Alternative Liste Berlin; **Jutta Österle-Schwering** und ich, **Angelika Beer**, beide Angeordnete der GRÜNEN im Bundestag.

Vor unserer Abfahrt, am 29.04., fand auf Antrag der GRÜNEN eine aktuelle Stunde im Bundestag "Haltung der Bundesregierung zu den Menschenrechtsverletzungen in Türkei-Kurdistan" statt, an der sich die Bundesregierung bzw. das Auswärtige Amt wegen angeblicher Termenschwierigkeiten nicht beteiligte. Stattdessen erreichte uns 2 Tage vor unserer Abfahrt ein Telefax des Auswärtigen Amtes: "...daß das geplante Programm in der Provinz nicht ohne Risiken für die Teilnehmer ist und das die Botschaft Behelligungen bis hin zur Inhaftierung und Ausweisung nicht ausschließen kann. Schon die im (in unserem) Telefax 'Türkei-Kurdistan' kann zur Zurückweisung der Gruppe am Flughafen führen." Und überhaupt, es sei besser, nicht zu fahren.

Eine Einschätzung zum Dekret 413

Um die aktuelle Situation in Türkei-Kurdistan zu bewerten, ist es notwendig, noch einmal die wichtigsten Stationen in den letzten 10 Jahren in Erinnerung zu rufen.

1980 kam es zum Militärputsch, dessen Folgen u.a. die Unterdrückung der kurdischen Bevölkerung in massivster Form waren.

Seit August 1984 wurde der bewaffnete Kampf der Kurden in der Türkei wieder aufgenommen - und hält bis heute an.

1987 etwa kam es zu einer Liberalisierung - zumindest was den Gebrauch der kurdischen Sprache betraf. Bis Anfang 1990 tauchte in den türkischen Medien das Wort "Kurde" im Rahmen der Berichterstattung über einen ja wesentlichen Teil der Bevölkerung (ca. 15 Mio.) der Türkei auf; im Parlament bekannten sich einzelne Abgeordnete



Iraks gegen die Kurden in Irak-Kurdistan, Halabjah. 5000 Menschen fanden den Tod, ca. 70.000 flohen über die irakische Grenze in die Türkei, viele weiter in den Iran. Heute leben noch immer 30.000 Flüchtlinge in Flüchtlingslagern in Türkei-Kurdistan. Hierdurch nahmen die Probleme der Türkei bezüglich Kurdistan weiter zu. Die Geflohenen, die nun in den Lagern Diyarbakir, Mardin (Kiziltepe) und Mus unter katastrophalen Bedingungen leben, sind Menschen, die trotz aller Schwierigkeiten die Hoffnung auf das Selbstbestimmungsrecht des kurdischen Volkes nicht aufgegeben haben.

Der Zugang zu den Lagern ist für ausländische Besucher seit Erlaß des verschärften Ausnahmezustands verboten. Auch wir wurden bei dem Versuch, das Lager Kiziltepe zu besuchen, abgewiesen. Die Situation in den drei Flüchtlingsla-

gern gehen. Ein hoher Vertreter des Außenministeriums wird in der Tageszeitung Cumhuriyet v. 6.6.90 zitiert: "Die ökonomische Last und die politische Gefahr, die die vorübergehend Aufenthaltssuchenden" bedeuten, sei nicht mehr länger tragbar: wir haben die Menschen, die sich vor den Giftgasangriffen in die Türkei retteten, nicht als Flüchtlinge, sondern nur vorübergehend geduldet. Aber diese Menschen sind weder in ein drittes Land weitergezogen, noch in Folge der von Saddam Hussein ausgerufenen Amnestie in den Irak zurückgegangen, so das man schon gar nicht mehr von einem vorübergehenden Status sprechen kann. Die Türkei ist jedoch nicht in der Lage, eine so große Anzahl Menschen langfristig aufzunehmen." Der Artikel erwähnt mehrmals die politische Gefahr, die die Flüchtlinge vor allem angesichts der aktuellen Situation in der Region darstellen. Die Türkei werde die

massiven Protesten in der kurdischen Bevölkerung. Ein vorläufiger Höhepunkt wurde erreicht, als SEKs einfache Bauern umbrachten und dann behaupteten, diese seien Terroristen und Mitglieder der PKK gewesen. Beerdigung der Ermordeten weiteten sich aus zu Demonstrationen, Streiks und scharfen Protesten.

Serhildan (kurdisches Wort für Intifada) ist Ausdruck der jahrelangen Unterdrückung, des Belagerungszustandes durch Militärs, Folterknästen, Gefängnisstrafen für die Benutzung der eigenen Sprache pp.

Am 6. April 1990 reagierte die Regierung mit einer weiteren Verschärfung: dem Erlaß des Dekretes 413.

Es geht hierbei nicht einfach um einen Erlaß, der einschneidende Maßnahmen wie die Aufhebung der Immunität von Abgeordneten,

Deportationen, Strafmaßerhöhungen, Streikverbot und Pressenszensur verhängt, sondern die Bedeutung ist politisch weitreichend. Der Erlaß von 413 spiegelt den nationalen Konsens in der Kurdenfrage wieder. Denn er ist nicht allein von der Regierung Özal verabschiedet. Vier Tage vor Erlaß des Dekretes hat es ein Spitzentreffen gegeben von Özal, dem Geheimdienst, Militärvertretern, den Zeitungsverlegern und Chefredakteuren der größten Tageszeitungen. NATO-Vertreter wurden konsultiert. Die türkische Viererbande hat die

sen verdeckten Putsch organisiert und durchgeführt. Und nach diesem Treffen, also bereits 4 Tage vor Verabschiedung des Dekretes, wurde in den Medien nicht mehr über den Aufstand in Kurdistan, nicht mehr über Einsatz der Militärs, SEKs pp. berichtet. Die Verabschiedung des Dekretes durch den Nationalen Sicherheitsrat war nur noch Formsache. Viele der türkischen Kabinettsmitglieder haben das Dekret unterzeichnet ohne zu wissen, was es enthält.

Bis zu unserem Besuch sind die Repressionsmaßnahmen des Dekretes nicht angewandt worden in Kurdistan. Massive Einschüchterung, tägliche Menschenrechtsverletzungen, Ermordungen durch Militärs, MIT und SEKs hat es vorher schon gegeben - ebenso wie Streiks und Proteste. Natürlich hat gerade die Deportationsandrohung die Funktion, die Menschen, die schon heute nicht mehr wissen, ob sie morgen noch am gleichen Ort leben werden, ob sie überhaupt noch leben werden, noch weiter einzuschüchtern.

Das Dekret ist vor allem auf die westliche Türkei gerichtet. Es zielt auf Istanbul, Ankara, Antalya. Durch die Landflucht, die katastrophalen Verhältnisse im Süden und Osten, leben jetzt in der Westtürkei sehr viele Kurden. Ankara soll bereits zur Hälfte kurdischer Bevölkerung sein, selbst in dem Touristenvorzeigestädchen Antalya leben ca. 1/3 Kurden.

Der Funke Serhadan darf natürlich nicht auf die Westtürkei übergreifen. Das Dekret versucht, den nationalen Konsens in der Bevölkerung, vor allem in der Westtürkei, festzuziehen.

In diesem Kontext gibt auch die Freilassung von Kuttlu und Sargin einen anderen Sinn: 1. Rechtzeitig vor dem 1. Mai in Istanbul beherrschten die Schlagzeilen der Freilassung die öffentliche Presse. Daß die Freilassung längst überfällig war, da die zu erwartende Haftdauer nach einem Urteil von 2 Jahren längst überschritten war, hat kaum jemand beachtet. Das Gegenbeispiel, **Ismail Besikci** wird in der Berichterstattung unterdrückt. Wird trotz Zuspitzung in Kurdistan die Legalisierung der Kommunistischen Partei erfolgen? Dies ist durchaus möglich, wenn es z.B. mit Hilfe des Dekretes gelingt, auch die kommunistische Partei auf den nationalen Konsens gegen die Kurden festzulegen.

So erreicht die Türkei in den Augen der Öffentlichkeit, vor allem auch dem Ausland, den Eindruck der Demokratisierung. Die Pressezensur, über Kurdistan und dortige Kämpfe nicht zu berichten, schaffe die Voraussetzungen hierfür.

Deportationen und Evakuierung

Parallel zur Verstärkung des bewaffneten Kampfes der Einheiten der kurdischen Arbeiterpartei wurden in den letzten Jahren Deportationen und Evakuierungen vor allem der Dörfer, die in der Nähe des Cudi-Berges lagen, durch die türkische Regierung vorangetrieben.

Wir besuchten eine Gemüsehalle am Strandrand von Cizre, in der ca. 200 Menschen aus den Dörfern Andac und Toplepe leben. Die Bewohner erzählen uns, daß sie am 20.11.89 ihre Dörfer, die jetzt nicht mehr bestehen, verlassen mußten. Versprechen des Sondergouverneurs, eine Entschädigung von 25.000 Lira für die Häuser zu zahlen und neue Häuser für die Leute zu bauen, wurden bis heute nicht eingehalten. Zum Beginn des Gespräches zeigten sie Zurückhaltung, die wir auch bald verstehen: sie zeigen



uns eine Vielzahl von Visitenkarten - Zeichen für Besucher aus dem Ausland und der Türkei, vor allem Abgeordneten der SHP - die alle Betroffenheit gezeigt hätten über die Lebensumstände in der Gemüsehalle, aber keine Hilfe gebracht hätten. Selbst als im Winter drei Kinder gestorben sind, habe man auf ihre Hilfebriefe nicht geantwortet. Sie haben keine Arbeit, kein Geld, keine Schule für die Kinder; seit Wochen hätten sie kein frisches Gemüse mehr kaufen können. Lediglich dem Einsatz des Bürgermeisters aus Cizre sei es zu verdanken, daß das Verlangen der Bevölkerung, die Gemüsehalle wieder dem eigentlichen Zweck zuzuführen, noch nicht umgesetzt worden sei.

Ein Alter erzählt uns, daß sie ihre alten Dörfer verlassen mußten, weil die Struktur in den letzten Monaten von den Milizen zerstört worden sei, sie dort nicht mehr leben konnten. Dann hätte die Miliz versucht, sie zu kaufen: 500.000 Lira hätten sie bekommen, wenn sie sich der Miliz angeschlossen hätten. Aber das wollten sie nicht, lieber haben sie ihre Dörfer aufgegeben. Und die seien jetzt zerstört. Die Häuser, die noch bewohnbar sind, würden durch das Militär genutzt. Ein anderer unterbricht den Alten: er solle doch ruhig sein, und überhaupt, er solle doch türkisch mit den Fremden sprechen und nicht kurdisch. - Der Alte lacht. Aber er erzählt nicht weiter.

Die Empörung über die Behandlung wird von allen getragen: "Wir sind doch türkische Staatsbürger. Und den anderen, zum Beispiel den Türken, die aus Bulgarien hergekommen sind, denen wird doch geholfen. Aber bei uns sterben die Kinder. Wir wissen, warum wir die Kälte ertragen müssen: wir sind Kurden."

Unser Weg führte und in die

Gegend von Silopi: wir sahen den Rest des Dorfes Derebasi, das heute nur noch aus 10 Ruinen besteht. Die ehemals bewirtschafteten Felder liegen brach danieder. Ganz in der Nähe, in Derebasi, die gleichen zerstörten Häuser, zum Teil abgebrannt, aber die Felder werden bewirtschaftet. Wir treffen einige der ehemaligen Dorfbewohner, die uns erzählen, daß sie das Dorf im letzten Jahr verlassen haben aus Furcht vor den Sondereinsatzkommandos. Mit den Milizen seien sie ganz gut zurechtgekommen. Aber nachdem die SEKs 6 Söhne des Dorfes ermordet haben, einige verschwanden, andere seitdem im Gefängnis sitzen, wollten sie nicht länger bleiben. Nun wohnen sie in Silopi, müssen alles Geld für teure Wohnungen ausgeben. Haben nichts übrig, um das alte Dorf neu aufzubauen. Unterstützung? Nein, die bekommen sie nicht. Nach 10 Minuten bitten sie uns, weiterzufahren: es sei nicht gut, wenn "man" beobachtet würde, daß sie mit uns sprechen.

Auf dem Feldweg hält uns ein altes Paar an und will mitfahren bis Silopi. Im Kleinbus zusammengedrückt erzählen sie von den Vorgängen: es sind die Eltern eines der 6 ermordeten Söhne.

Ergänzt wird diese Politik der Zwangsumsiedlungen und Vertreibungen durch eine Regierungsvereinbarung zwischen Türkei und Irak: zum Zeitpunkt unseres Aufenthaltes wird gerade das im Herbst abgelaufenen Abkommen zwischen beiden Staaten, das Grenzgebiet jeweils in das Nachbarland überschreiten zu können, um die "Terroristen" der PKK verfolgen und exekutieren zu können, neu verhandelt. Diesmal soll der hiervon betroffene Grenzstreifen auf 60 km ausgeweitet werden. Das Ziel beider Regime ist klar: unter dem offi-

ziellen Vorwand, eine "Sicherheitszone" auf beiden Seiten der Grenze zu errichten als Konsequenz aus dem Golfkrieg wird so die Logistik für die Peshmerga zerstört. Man nimmt ihnen die Möglichkeit, von ihren Stützpunkten aus, die überwiegend in den Bergen liegen, Lebensmittel pp. von der Bevölkerung zu erhalten. (Politik der Zwangsumsiedlungen im Irak: siehe Reisebericht vom November 89 in Irakisch Kurdistan) Diese Evakuierungen nimmt die Türkei nun auch verstärkt in dem Gebiet zur syrischen Grenze vor.

Liberalisierung in der Türkei?

In welchem Rahmen Liberalisierung zu erwarten ist, habe ich oben bereits erwähnt. Turgut Özal hat bereits 1988 versprochen, die kurdische Sprache zuzulassen. Eine wirkliche Liberalisierung zum jetzigen Zeitpunkt würde aber als Zugeständnis des Staates an den Widerstand der kurdischen Bevölkerung gewertet werden und ist deshalb nicht zu erwarten. Sie wird es erst geben, wenn es gelungen sein sollte, den Widerstand mit Brutalität zu zerschlagen.

Wir waren in den Zentren des Widerstands, in Nusaybin, Cizre, Silopi, Sirir, Batman, Diyarbakir u.a. Während tagsüber diese Region militärisch besetzt ist, und auch wir vom Geheimdienst auf Schritt und Tritt verfolgt wurden, wandelt sich das Bild gegen Abend. Die Militärs ziehen ihre Sondereinsatzeinheiten zusammen, sobald es dunkel wird. Die Armee traut sich nachts nicht mehr in bestimmte Gebiete. Die Parlamentsparteien haben in türkisch Kurdistan keinen Einfluß mehr. Der Versuch des SHP-Vorsitzenden, eine Rundreise durch Kurdistan zu

Schlagzeilen aus Cumhuriyet

3.5.90
- Mit Unterstützung des Lehrvereins Egit-Der soll eine Lehrgewerkschaft gegründet werden.

4.5.90
- Von den 3304 Festgenommenen des 1. Mai sind 3060 Personen freigelassen worden, 244 werden dem Staatssicherheitsgericht überstellt.

- SHP beantragt vor dem Verfassungsgericht die Aufhebung des Erlasses.

5.5.90
- Kuttlu und Sargin nach 900 Tagen Haft freigelassen.

- Verbraucherpreise im April um 6,6% erhöht, jährliche Inflationsrate z.Zt. bei 63,5%

- Nach Angaben des Außerordentlichen Gebietsgouverneurs wurden 25 PKK'ler in verschiedenen Gegenden getötet. 1 Toter auf Seiten der Spezialteams, 3 tote Dorfwächter.

- Die am 1. Mai durch Polizeikugeln verletzte Gülay Beceren wird ihr Leben lang gelähmt bleiben.

- 5-stündige Arbeitsniederlegung von 25.000 Istanbul städtischen ArbeiterInnen aus Protest gegen die Festnahmen am 1. Mai und die Verzögerung der Tarifverhandlungen.

6.5.90
- Österreich stellt Waffenlieferungen an die Türkei ein, da die Waffen gegen die Kurden eingesetzt würden.

- İnönü auf seiner Reise durch den Südosten: Die Erlaubnis kurdisch zu sprechen wäre kein Zugeständnis an die PKK, sondern eine Unterstützung für die Sicherheitskräfte.

7.5.90
- Kilometerlange Menschenketten der Umweltbewegung in Istanbul, Adana, Ankara, Samsun, Trabzon gegen Wärmekraftwerk Allaga

- Kuttlu und Sargin in Istanbul von Tausenden von Anhängern empfangen. Kuttlu: "Mit unseren Freilassungen hat in der Türkei eine Epoche begonnen, die auf eine angstfreie Gesellschaft zugeht... Der Kommunismus ist keine Schreckgespenst."

8.5.90
- Parlamentspräsident Erdem sprach mit Staatspräsident Özal über den Erlaß 413 mit Gesetzeskraft: Der Erlaß soll nach vor den Ferien "vorrangig und mit Dringlichkeit" dem Parlament vorgelegt werden.
- Özal verteidigt die Maßnahmen im Südosten vor der 8. Europäischen Verfassungsgerichtskonferenz in Ankara.

- İnönü in Uludere und Simak: "Wir haben ein gemeinsames Schicksal... Wenn wirklich Demokratie in den Osten kommt, heißt das, daß sie in die ganze Türkei kommt!"

- Weitere 19 Haftbefehle wegen des 1. Mai. Danach hat die Zahl der 191 Angeklagten vom Staatssicherheitsgericht, die inhaftiert sind, 71 erreicht.

- Semestergebühren von derzeit höchstens 200.000 TL (ca. 150 DM-T) werden 1990/91 bis auf 5 Mio. TL (ca.3500 DM-T) steigen.

9.5.90
- 413'er Aufstand in der ANAP: Ministerpräsident Akbulut und die ANAP-Abgeordneten Galip Demirel und Orhan Ergüder kritisieren die Absprache von Özal und Erdem, den 413'er Erlaß vor das Parlament zu bringen.

- 12.000 städtischen Arbeiter in Izmir wegen Tarifabschlüssen in Aktion: Bummelstreik bei Bussen und Müllabfuhr, Arbeiter der Wasserwerke wurden "krank".

- Neuer Türkeibericht von amnesty international: Systematische Folter dauert an.

machen, scheiterte in vielen Städten an dem Widerstand der Bevölkerung. Ein Steinhaag ließ ihn seinen Besuch in Cizre abbrechen. Den Einfluß einer Regierungspartei kann die ANAP nur noch durch Gewalt gewährleisten.

Die Gesetzesverschärfungen durch das Dekret 413 werden zur Zeit erstmalig in Cizre angewandt. In Diyarbakir findet ein Massenprozeß gegen 155 Dorfbewohner statt, die sich an Demonstrationen im März beteiligt haben. Der Vorwurf der Sachbeschädigung aus separatistischer Absicht, der Vorwurf der

Unterstützung der Separatisten und Terroristen kann zu langjährigen Haftstrafen führen. In einem von uns beobachteten Prozeß gegen Leyla Zana, Zeki Karatas und Vedat Aydin verlangt die Anklage 5 Jahre Haft, weil die drei im Rahmen des Bürgermeisterwahlkampfes in öffentlichen Ansprachen und Wahlkampfreden kurdisch gesprochen haben. 5 Verfahren, eins je Wahlkampfrede, gegen Zeki K. Das heißt 5 Verfahren a 5 Jahre = 25 Jahre Haftandrohung.

Aber die Repressionen des Dekretes 413 werden die erhoffte Wirkung verfehlen. Denn beim Aufstand in Kurdistan geht es nicht um Aktionen einer kleinen, separatistischen Gruppe, sondern es ist der Widerstand der kurdischen Bevölkerung, die sich überwiegend mit dem Kampf der PKK solidarisiert. Einschüchterungen, Straf- und Gewaltandrohung des türkischen Regimes gegen dieses Volk verfehlen ihre Wirkung. Als wir den Vater des von SEKs ermordeten Semsetin Ciftci in Nusaybin besuchen wollen, um ihm unser Beileid auszusprechen, empfangt uns der Vater mit den Worten: "Der Geheimdienst war heute morgen schon hier und hat mir verboten, mit Euch zu reden oder Euch zu empfangen. Aber ich kann Freunden mein Haus nicht

verweigern. Ich habe keine Angst. Sie haben meinen Sohn umgebracht. Ich habe nichts mehr zu verlieren. Kommt rein."

Diesen Satz haben wir oft gehört: "Wir haben nichts mehr zu verlieren." Das kurdische Volk hat nur noch sich selbst zu verlieren; und dagegen kämpft es. Immer wieder werden wir auf die Lösung des Problems hingewiesen: Das Recht auf Selbstbestimmung des kurdischen Volkes.

Pressezensur, Schließung der Redaktionen, die sich nicht daran halten und doch über den Widerstand berichten, wird mit Hungerstreik von Journalisten und Hungerstreik der Gefangenen in den Knästen beantwortet.

Besucht Kurdistan - boykottiert die Türkei

Dies ist eines der Schlußfolgerungen unserer Delegationsreise. Es ist wichtig, die Nachrichtensperre zu durchbrechen. Der Staat

der türkischen Regierung das kurdische Volk darf nicht im Stillen geschehen. Hierzu zu schweigen heißt, Verantwortung für den Terror zu übernehmen. Wer schweigt, macht sich schuldig. Es liegt in unserer Verantwortung dafür zu sorgen, daß die Kumpanei der Regierungen offengelegt wird. Nur Öffentlichkeit und Solidarität kann zum Beispiel in der Bundesrepublik den notwendigen Druck auf die Bundesregierung ausüben, die jährliche Rüstungsbeihilfe in Millionenhöhe an die Türkei, die Ausbildung der "Rambos", also türkischen SEKs durch die deutsche Antiterrorgruppe GSG 9, die Zusammenarbeit der Geheimdienste, aufzukündigen. Es liegt an uns, ob weiterhin in der Bundesrepublik ausgebildete Schäferhunde gegen Demonstrationen zu 1. Mai in der Türkei eingesetzt werden; ob SEK Einheiten in bundesdeutschen MBB-Hubschraubern zum Einsatz gegen die Kurden geflogen werden. Und es ist auch unsere Aufgabe darauf hinzuweisen, daß die irakischen Kurden, die jetzt in den drei Flüchtlingslagern in

der Türkei leben, vor irakischem Giftgas geflohen sind, das mit bundesdeutscher Hilfe produziert wurde.

Die Aufmerksamkeit und der Protest gegen die Unterdrückungsmechanismen muß so vielseitig werden, wie die Unterdrückung selbst. Egal ob es sich um angebliche "Anti-Terror"- Bekämpfung der europäischen Staaten handelt, oder um "Anti-Drogen" - Bekämpfung: die Ziele sind immer die gleichen: der Versuch, Herrschaftsstrukturen zu erhalten und auszubauen. Hierzu zählt auch der Düsseldorf Prozeß gegen KurdInnen wegen der angeblichen Unterstützung einer "terroristischen Vereinigung", der PKK.

Dies sind nur Auszüge aus unserem Programm. Einen vollständigen, gemeinsamen Bericht der Delegation wird es in Kürze geben und wird auf Anfrage (Büro A. Beer, Bundeshaus, 5300 Bonn) gern zugesandt.

Eskalation in den Flüchtlingslagern

Nach dem Staatsbesuch des türkischen Ministerpräsidenten Akbulut im Irak hat sich die Situation in den 3 Flüchtlingslagern Mus, Diyarbakir und Kiziltepe zugespitzt. Regierungssprecher Sungar erklär-

te nach der Rückkehr des Ministerpräsidenten, das Problem sei in Bagdad behandelt worden und die Türkei habe erreicht, das Staatspräsident Hüseyin, die Dauer der im März dieses Jahres

ausgerufenen Amnestie weiter verlängert. Die Flüchtlinge die in den Irak zurückgehen werden, hätten so, "mit keinerlei Strafverfolgung zu rechnen".

Im vergangenen Monat häuften sich Zusammenstöße zwischen Lagerinsassen und türkischen Sicherheitskräften. Ein Mitglied des Lagerkomitees in Diyarbakir: "auf das Siedlungsprojekt in Yazgat wurde zeitgleich mit dem Staatsbesuch Akbuluts verzichtet. Seit dem häufen sich die Übergriffe auf das Lager. Das heißt, es hat eine Überreaktion gegeben, uns, mit welchen Methoden auch immer, in Irak zurückzuschicken. Wir werden aber nicht gehen."

Am 13.5. hatten die Insassen des Lagers in Kiziltepe gegen den wiederholten Besuch einer irakischen Delegation im Lager protestiert. Daraufhin war die Polizei mit Schlagstöcken gegen die Flüchtlinge vorgegangen. Der normale Polizeieinsatz folgten die Sondereinsatzkommandos, die etliche Zelte und kleinere Läden, die die Flüchtlinge selber aufgebaut hatten niederrissen. Etliche Flüchtlinge wurden schwer geschlagen und bis in ihre Zelte hineinverhaftet.

Am 2.6. kam es im Lager Mus zu einem ähnlichen Zwischenfall. Dort versuchten mehrere hunderte Flüchtlinge eine Demonstration zum Landratsamt zu machen, mit der sie gegen das schon seit mehr als 9 Monaten verhängte strikte Ausgangsverbot protestieren wollten. Die Demonstration wurde schon in den Ansätzen von den Sicherheitskräften durch Schlagstockeinsatz verhindert. Sieben Flüchtlinge, darunter ein 8jähriger Junge wurden verletzt. Eine funfköpfige Delegation, die im Namen der Lagerinsassen mit der Lagerleitung verhandelt hatte, wurde festgenommen. Davon befinden sich Muhammed Selim Sükrü, Nevzat Taufiq und Ali Ramazan noch in Polizeigewahrsam. Sprecher des Lagers befürchten ihre Auslieferung in den Irak.

Während der Zeit der Ausgangssperre, in der die Flüchtlinge keine Möglichkeit hatten, selber einkaufen zu gehen, wurde Kürzung der Essenrationen oder Verweigerung von Medikamenten immer wieder als Druckmittel gegenüber den Lagerinsassen eingesetzt. Ca. 3000 Personen hatten die enormen Repressionen in dem hemmlich abgeriegelten Lager nicht mehr ausgehalten und waren im Laufe dieses Jahres in den Irak zurückgegangen. Nach eigenen Aussagen: "Nicht weil wir Saddam vertrauen, sondern weil wir hier auch sterben müssen..."

(...)

In einer Meldung der Tageszeitung Cumhuriyet vom 6.6. wird in Bezug auf die Flüchtlinge erstmals eine sehr deutliche Sprache gesprochen: ein "hoher Funktionär des Außenministeriums" erklärt darin, die ökonomische Last und die politische Gefahr, die die "vorübergehend Aufenthaltssuchenden" bedeuten, sei nicht mehr länger tragbar: "Wir haben die Menschen, die sich vor den Giftgasangriffen in die Türkei retten nicht als Flüchtlinge anerkannt, sondern nur vorübergehend geduldet, aber diese Menschen sind weder in ein drittes Land weitergezoogen, noch in Folge der von Saddam Hussein ausgerufenen Amnestie in den Irak zurückgegangen, so daß man schon gar nicht mehr von einem vorübergehenden Status sprechen kann. Die Türkei ist jedoch nicht in der Lage, eine so große Anzahl Menschen langfristig aufzunehmen." In dem Artikel wird mehrmals auch die politische Gefahr erwähnt, die die Flüchtlinge vor allem angesichts der aktuellen Situation in der Region darstel-

Schlagzeilen aus Cumhuriyet

9.5.90

- Erste Anwendung des 413'er Erlasses in den betroffenen Gebieten durch den außerordentlichen Gebietsgouverneur: Streiks und Boykottmaßnahmen verboten.

10.5.90

- Energieminister Kurt: Das Kohlekraftwerk Alaga in Izmir wird gebaut
- Inönü von seiner Südoost Reise zurück: Verantwortlich für die Schwierigkeiten in der Region ist die ANAP

11.5.90

- Nach Angaben des außerordentlichen Gebietsgouverneurs: Überfall der PKK auf Zug in Elazig, 3 Tote. Bei weiteren Auseinandersetzungen 2 Tote. In Sirnak und Beyfussele ein Offizier, 7 Soldaten und 7 Dorfwächter getötet.
- Immunität der vier Abgeordneten Aksoy, Saglar, Eren und Kocak aufgehoben. Ihnen wird Separatismus nach §142 bzw. Beleidigung des Militärs nach § 159 vorgeworfen.

12.5.90

- Özal beauftragte auf eine Sitzung des Weltwirtschaftsrates die Fragen von 20 in- und ausländischen Industriellen:

In der Türkei gebe es ein neues Kräftegleichgewicht. Die Armee - früher an erster Stelle - sei nun nach Wirtschaft und Presse und Fernsehen die dritte Kraft im Lande. Er habe als Staatspräsident die gleiche Meinung wie die Regierungspartei ANAP, da er sie ja schließlich gegründet habe. Er hoffe, die Inflation bis 1992 auf 20% zu senken. Der Terror werde in der Presse übertrieben. Man die zuletzt getroffene Maßnahmen werde man dagegen vorgehen. In der Türkei gebe es keine extremen Religionen, aber Fatalisten.

(Mehrere einflußreiche -T) Juristen zu den Erlassen mit Gesetzeskraft: Der Erlaß mit Gesetzeskraft Nr.424, der die Erlasse mit den NR.413 und 421 zusammenfaßt, sei getroffen worden, um den Rechtsweg zu verschließen. Der Erlaß ähnele den "Hilfsgesetzen". Er verstoße gegen die Verfassung. Dem Innenminister werde die Befugnis eines Kriegsrechtskommandanten erteilt.

- 5 Personen gefaßt, die mehrmals in Ankara und Istanbul mit einem illegalen Sender im Fernsehen gesendet hatten.

Gegen den Generalsekretär der Sozialistischen Partei wurde vom Staatssicherheitsgericht wegen seiner Rede in Van Haftbefehl erlassen.

- Nach Angaben des außerordentlichen Gebietsgouverneurs wurde bei 2 bewaffneten Auseinandersetzungen bei Sirnak mit Sicherheitskräften insgesamt 7 PKK'ler getötet, 2 Hirten seien von PKK'lern getötet worden.

- Der Jugendliche, der angeblich Selbstmord begangen hat, indem er aus dem Fenster des Polizeipräsidium Ankara sprang, soll nach den Angaben des Menschenrechtsvereins an den Folgen der Folter gestorben sein.

13.5.90

- Nach der Erklärung des Sprechers des Staatspräsidenten Topeli sei Özal auf seiner Rede vor dem Weltwirtschaftsrat falsch verstanden worden. Özals Aussage, das Militär sei die 3. Kraft gewesen müsse im Weltkontext verstanden werden.

14.5.90

- SHP Generalsekretär Baykal versprach, das nationale Einkommen der Arbeiter von derzeit 16% auf 35% zu erhöhen, wenn die SHP an die Regierung kommt.

- Vorbereitung zur Gründung einer Lehrgewerkschaft kurz vor dem Abschluß.

Freiheit für Ismail Besikci

Sehr geehrte/r Dame, Herr

Wie Sie schon wissen werden, konnte Herr Ismail Besikci (Dr. der Soziologie) seine Bücher erst in diesem Jahr veröffentlichen, obwohl er seit 1979 Vorbereitungen dafür traf.

Die Titel dieser Bücher sind:

1. Internationale Kolonie: Kurdistan, ALAN Verlag, Februar 1990

2. Staat, Demokratie und die kurdische Frage, ALAN Verlag, März 1990

3. Eine Organisation, ein Intellektueller und die kurdische Frage, MELSO Verlag, März 1990

Dr. Besikci hat bis jetzt zehn Bücher veröffentlicht, die die "kurdische Frage" sowie ethno-soziologische Probleme der kurdischen Bevölkerung behandeln. Auf Grund dessen er die letzten elf Jahre im Gefängnis verbracht hat. Nach seiner letzten Entlassung in 1987 wurde Dr. Ismail Besikci am 12. März 1990 wieder verhaftet, aufgrund "Separatistische Propaganda" bezüglich seines Buches "Internationale Kolonie: Kurdistan".

Diese Entscheidung wurde für sein 2. Buch am 4. April und am 18. April für sein 3. Buch wiederholt bestätigt.

Überflüssig ist zu erwähnen, daß ebenfalls alle seine Bücher konfisziert und die verantwortliche Person des ALAN Verlags auch observiert wird.

Die verschiedenen Punkte wurden gegen Dr. Besikci hervorgebracht, basierend auf Artikel 142/3-6 des türkischen Strafgesetzbuches, der separatistische Propaganda verbietet. Dr. Besikci wurde das erste Mal am 18. April vor Gericht wegen seines 1. Buches über Kurdistan als Kolonie und gab seine 27 Seiten umfassende Erklärung an dieses Gericht. In seiner Erklärung erwähnte Dr. Besikci, daß Kurdistan tatsächlich eine Kolonie sei, die einvernommt und geteilt wurde zwischen drei Staaten und daß noch nicht einmal seine Rechte als Kolonie gewährleistet sind.

Das Gericht verwarf unsere gemeinsame Erklärung von ca 70 Fürsprechern und bestand darauf seine Inhaftierung fortzusetzen.

Dr. Besikci wurde offensichtlich zu seiner zweiten Verhandlung, die am 15. Mai stattfand nicht herbeigebbracht und in der zweiten Anhörung verließ die Verteidigung die Räume aufgrund der mangelnden Zuhörer, die zugelassen waren und wegen dem zunehmend brutalen Verhalten der Polizei gegen die Menschen, die die Verhandlung anhören wollten und ca. 40 von ihnen wurden inhaftiert.

Es wurden größere, geeignete Räume gefordert und mit Hilfe der Verteidigung protestierte Dr. Besikci gegen die Behandlung während seines Transports. (In Handschellen auf dem Weg vom Gefängnis zur Verhandlung.) Und es wurde jedem verboten, ihn zu befragen. Das Gericht stimmte der Suche nach einem besseren Verhandlungsraum zu und verlegte die Verhandlung auf den 25. Juli. Die Anhörung von Dr. Besikci bezüglich seines 3. Buches wird am 11. Juli ebenfalls im Staatssicherheitsgericht/Istanbul stattfin-

den.

Eine Solidaritätskampagne zur Verteidigung der Gedankenfreiheit und Ausdruck des Dr. Besikci wurde organisiert ebenso anderer politischer Gefangener, die die kurdische Frage in der Türkei behandeln.

Diese Kampagne wird in verschiedenen Formen geführt, z.B. Unterschriftensammlung an das Justizministerium oder Plakate, Zusammenkünfte, Hungerstreiks und auch studentische Solidarität aus dem Bereich Sozialwissenschaft, an Protesttelegramme, eine große Audienz von Anhörern und ein Appell an das Justizministerium, Dr. Besikci und andere politische Gefangenen freizulassen usw.

Wie schon berichtet, wurde Dr. Besikci in verschiedenen Fällen mit der Anklage behaftet gegen das Gesetz Art. 142/3-6 des türkischen Strafgesetzbuch verstoßen zu haben. Der öffentliche Ankläger verlangt eine Strafe von 22,6 Jahren für das Vergehen, das er begangen hat, indem er seine Meinung zum Ausdruck gebracht hat.

Gibt es Menschen in Ihrem/Eurem Land, die auf Grund ihrer öffentlichen Meinungskundgebung derartig hart bestraft werden? Bitte unterstützen Sie Herrn Dr. Besikci in seinem doppelten Kampf für freie Meinungsäußerung und das kurdische Volk.

Sie können Ihre Solidarität bekräftigen oder weiterbekräftigen indem Sie Protestbriefe und Telegramme an den Präsidenten der türkischen Republik Hr. Turgut Özal, an den Premierminister Hr. Yildirim Akbulut und/oder an den Justizminister Dr. Oltan Sungurlu (Adressen siehe unten) schicken oder Sie sind während ihrer öffentlichen Anhörung anwesend, oder damit, daß Sie eine unterstützende öffentliche Meinung in Ihrem Land bilden, in der Form die Sie für angemessen unterstützend halten.

Ich will Ihnen danken für das was sie letztendlich tun und bekräftigen daß Ihre weitere Solidarität uns sehr willkommen sein wird.

Mit Grüßen etc.
Komitee für Solidarität
c/o RA Serhat BUCAK

Kontaktadressen:
c/o RA Serhat Bucak
Hayriye Tüccari cad. Yapi Han 26
Aksaray/Istanbul
Adresse für Proteste und Appelle:
Staatspräsident Turgut Özal
Cumhurbaşkanligi/Ankara
Justizminister Oltan Sungurlu
Adalet Bakanligi/Ankara

P.S.: Übersetzt auf deutsch aus dem engl. von Türkei Informationsbüro.
Bitte Anfragen und Unterschriftenlisten an:
Türkei Informationsbüro, Postfach 910843, 3000 Hannover 91.

Der folgende Artikel wurde aus der ersten Nummer der im neuen Kleid wiedererscheinenden, aber die alten Ideen fortführenden Zeitschrift "Demokrat!", übersetzt.

1. Mai 1990

"Nein zur personellen und institutionellen faschistischen Besetzung"

"Wir werden keine Erlaubnis geben..."; "gegen diejenigen, die es trotzdem wagen wird mit voller Gewalt vorgegangen..."; "Die Polizei wird von Schußwaffen Gebrauch machen..."; so lauteten die Schlagzeilen der Tageszeitungen und die Worte, die in den Rundfunk- und Fernsehnews verbreitet wurden. Diese Worte, die Terror vermuten lassen, sind Worte des Ministerpräsidenten, des obersten Polizeipräsidenten, des Gouverneurs von Istanbul und des Polizeidirektors, ausgesprochen im Zusammenhang mit den 1. Mai Feierlichkeiten. Aber diese Aussprüche gingen nicht an die Adresse der Türk-Is, die schon vor Monaten beschlossen hatte, den 100. Jahrestag des 1. Mai zu feiern, sondern an die Gewerkschaftenplattform Istanbul. Der Grund ist, daß die Gewerkschaftenplattform gegen die Saalfeierlichkeiten der Türk-Is protestierte und dagegen vorschlug, daß die ArbeiterInnen von Ihrer aus der Produktion kommenden Stärke Gebrauch machen und auf die Straße gehen sollten. Aus diesem Grunde wurde Istanbul der Brennpunkt der 1. Mai Feiern.

Die Mitteilung des 43 köpfigen Organisationskomitees der Plattform Istanbul, die sich aus 36 Gewerkschaftszweigen zusammensetzt, eine Kundgebung auf dem Taksimplatz zu veranstalten wurde seitens des Regierungspräsidentiums Istanbul nicht zur Notiz genommen. Die Antwort wurde dann mittels Presse kurz vor dem Zuckerfest mitgeteilt. Der Antrag wurde mit der Begründung abgelehnt, daß der 1. Mai kein Feiertag und der Taksim-Platz kein Kundgebungsplatz sei. Der Taksim, auf dem Kundgebungen zur Unterstützung Aserbeischans und aus Protest gegen Bulgarien zelebriert wurden, wo Darbietungen zur Woche der Polizei veranstaltet werden, dieser Platz ist für die Arbeiterklasse, für die arbeitenden Massen verschlossen.

Im Anschluß daran wurde der Staatsterror angefacht durch Darbietungen mit importierten Polizeihunden, durch ein 18.000 Mann starke Polizeieinsatzkommando und durch Antiforterteams, um die vorher gemachten Erklärungen zu bekräftigen. Die Zuspitzung bewahrheitete sich am 1. Mai mit Aussprüchen wie "die Polizei wird Schußwaffen benutzen... Wer etwas zu tun hat, wird den Taksim-Platz zugänglich überqueren, wer sich dort aufhält, kommt auf die Polizeiwache...". So beantwortete der Staat den Willen von Arbeitergewerkschaften, zu feiern, indem er einen Angriff startete, der das ganze Volk zum Ziel hat. In gewisser Sinne ist der 1. Mai ein erneuter konkreter Indikator für die andauernden Bemühungen des Staates, die Gesellschaft zu terrorisieren.

Der Taksim-Platz wurde in 11 Stufen von der Polizei unter Kontrolle gehalten, im Zentrum wurde eine militärische Kommandoeinheit stationiert. Am 30. April ab 21.30 Uhr wurde auf dem Taksim-Platz mit Kontrollen und Festnahmen begonnen. Am Morgen des 1. Mai begannen die Kontrollen bei den Ein- und Ausgängen der Fähren, wurde den Stadtbussen die Auffahrt zum Taksim-Platz verboten. Junge Leute, Menschen mit ungewünschtem Aussehen oder Geburtorten, die im Personalausweis vermerkt sind, konnten sich vor Festnahmen nicht retten. Es kamen nur wenige davon, ohne sich in einer Reihe an eine Wand stellen oder auf den Boden legen zu müssen, nach so charmanter Aufforderungen wie "sehr geehrte Herr... bitte...". Die Polizei umkreiste schon in den frühen Mor-

genstunden bestimmte Arbeitsplätze, die vorher schon festgelegt worden waren, um zu verhindern, daß jemand heraus kommt. Die Staatsgewalt zeigte sich mit einer Bilanz von über 5.000 Internierungen, Willkommensgrößen an die Schläge auf den Wachen, 86 Verhaftungen und schließlich mit der Querschnittslähmung der Studentin Gülay Beceren, die sich durch einen Schuß zugezogen hat.

"ES GESCHIEHT DAS, WAS DER STAAT SAGT"

Bei den 1. Mai Feierlichkeiten darf ein Punkt nicht übersehen werden. Es ist das Bemühen, einen Gedanken weiterherrschen zu lassen, den die Republik vom Osmanischen Reich geerbt hatte: "Ich bin der Staat, ich bestimme!". Dieses Gedankengut, das sich in den Worten des Gouverneurs von Ankara in den 40er Jahren, Tandoğan, widerspiegelt: "Mensch, wenn in dieses Land der Kommunismus kommen sollte, dann sind wir es, die ihn herbringen, was geht euch das an?", zeigte sich an diesem 1. Mai wieder ganz offen. Der Staat, der entschlossen ist, Schußwaffen einzusetzen gegen Feierlichkeiten, die von 1500 ArbeitervertreterInnen beschlossen und von der Gewerkschaftenplattform organisiert wurden, erklärt seine unterschiedliche Ansicht zu den Feierlichkeiten von Türk-Is und dem Ministerrat mit folgenden Worten: "Sie stellen ihre Anträge im gesetzlichen Rahmen, geben Informationen. Was sie machen wird vorher festgesetzt und mitgeteilt."

So proklamiert der Staat unverhüllt, daß der 1. Mai unter seiner Federführung gefeiert werden darf. So wurde denn auch der Schwerpunkt der Erklärungen von den Abgeordneten der ANAP bis zu den Führern der Oppositionsparteien auf diese Herangehensweise gelegt. Dies bestätigen die Erklärungen von İönü und Demirel, die folgendes von sich gaben. "Man



darf nicht gegen das Feiern sein... Es gibt keine Bedenken dagegen, den 1. Mai zu feiern... das recht darf nicht verlorengehen, wenn Leute ohne Erlaubnis Kundgebungen anhalten wollen, wird ihnen das Gesetz zu Leibe rücken." TISK Vorsitzender Baydur und İSO Vorsitzender Hacıoğlu machten mit ihren Erklärungen öffentlich, daß sie sich mit dieser Ansicht identifizieren. Anzeichen dafür waren die Worte Baydurs "Wenn es Festansprachen der Arbeitergewerkschaften und -konditionen gibt, sollten diese in den Kantinen der Fabriken vorgelesen werden, sie sollten nicht daran gehindert werden" und Hacıo-

Cetin Uygur

glus "Wir sind dafür, daß der 1. Mai als Arbeitertag begangen wird." Aber der springende Punkt entging nicht ihrer Aufmerksamkeit. Wenn sie den 1. Mai als Feiertag



Die von Tag zu Tag wachsende Opposition der Arbeiterklasse, der der 12. September die größten Verluste zugesetzt hatte, ließ in der Türk-Is und den allgemeinen Gewerkschaften der ihr anhängigen Gewerkschaften die ersten Lichter aufgehen. Dies zeigte sich in der Abfassung einer Reihe von Beschlüssen, unter ihnen die Entscheidung,

DIE ARBEITERKLASSE IN DER TÜRKIE ERWACHT AUF NEUE

Die Arbeiterklasse, die nach dem 12. September mit großen Verlusten und großer Verhängung hervorgegangen ist, entfaltet mit täglich wachsender Geschwindigkeit Aktivitäten. In die Aktionen, deren großer Schwerpunkt auf ökonomischen Forderungen liegt, mischen sich zunehmend politische Ansprüche. Aus diesem Grunde sind mit den diesjährigen 1. Mai Feiern ein Tag verteidigt worden, hinter dem ein sehr großer Teil dieser Klasse steht. Deshalb begannen die Feiern dieses Jahr damit, daß seit Jahren gewohnte Bild auf den Kopf zu stellen. Die einseitige Bestimmung der Massenfeiern von oben nach unten wurde niedergebissen, sie wurde als Ergebnis einer gemeinsamen Versammlung von 1500 ArbeitervertreterInnen beschlossen. Die Tatsache, daß sich die Gewerkschaftenplattform im Zusammenhang mit den Feiern an die VertreterInnenversammlung wandte, bildete die Seite der Aktion, die von oben nach unten geschah, dagegen bildeten die Beschlüsse der 1500 ArbeitervertreterInnen, die die Forderungen und Herangehensweisen der ArbeiterInnen aus den Betrieben, enthielten, die von unten nach oben organisierte Seite. Es wurden ökonomische, demokratische, politische Forderungen zur Sprache gebracht, es wurde eine Stellungnahme zum Dekret 413 gefordert und es wurde beschlossen, auf dem Taksim-Platz eine Kundgebung abzuhalten. Die Frage, die sich zu jeder 1. Mai-Feier in ihren Köpfen festsetzte, ob sie auf dem Taksim-Platz gehen sollen, war überwunden. Der Taksim ist für die ArbeiterInnenklasse ein Symbol. Der Taksim, auf dem bei der ersten Feier 37 Menschen hingemetzelt worden waren, ist ein Symbol geworden. Diese Bedeutung wurde 1979 verstärkt durch "das Militärfahrer hissen", welches einer Kriegserklärung gegen die Arbeiterklasse und breiter Volksmassen gleichkam. Nur war dieses Jahr, unter Berücksichtigung der Politik des Staates, die Gesellschaft zu terrorisieren, geplant, die Feiern auf den ganzen Tag zu verteilen, mit dem Höhepunkt der Kundgebung auf dem Taksim-Platz, damit eine möglichst breite Masse an den Festlichkeiten teilnehmen konnte. Die Taksimbesetzung der gewerkschaftenplattform und der Beschlüsse, die aus der Produktion kommende Kraft zu gebrauchen, fanden breite Zustimmung.

Nur auf dem Wege zur Eroberung des Taksim-Platzes waren gewerkschaftlicher Chauvinismus und Gruppenmentalität die ersten negativen Erscheinungen bei der positiven Entwicklung. Die Übermittlung dieser Tatsache seitens der Tageszeitungen mit Schlagzeilen wie "die Gewerkschaften sind gespalten", beeinflusste die ArbeiterInnen negativ. Diese Übermittlung zusammen mit dem zunehmenden Staatsterror waren der Grund dafür, daß ein Großteil der ArbeiterInnen in die Aktivitäten gedrängt wurde, die von Türk-Is und den Arbeitgebern befürwortet wurden. Ein anderer negativer Faktor war die Unfernhaltung und das Sichverstecken der Gewerkschaftenplattform. Aber es konnte auch beobachtet werden, daß die Feiern in gewisser Weise verwirklicht werden. So hat denn auch Ministerpräsident Akbulut in seiner Erklärung am 1. Mai seine Angst vor den Feiern zum Ausdruck gebracht, die sie nicht verhindern konnten. "Ich

bestimmen, wenn sie "für Solidarität und Einheit" sprechen, reißen sie das Kampfwort 1. Mai aus seiner weltumfassenden Bedeutung heraus. Offensichtlich wurde die Anwendung des natürlichsten Rechtes der ArbeiterInnen ausgehöhlt, es wurde versucht die Anpassung an das System mit Staatsterror und der Unterstützung der Opposition, die auf Vertretungsvollmachten begründet ist, zu erreichen.

TÜRK-IS IST ENTSCLOSSEN, IHRE MISSION ALS PARTEIGÄNGERIN DES STAATES FORTZUSETZEN

möchte zu meinen Landsleuten sprechen. Sie sollen nicht in irgendeiner ungesetzlichen Bewegung befinden. Sie sollen nicht den Worten von Personen Glauben schenken, die die Ruhe und die Stabilität der Türkei stören wollen."

Die Furcht dieser Verführer, die das Volk als irreführt ansehen, galt den linken, den sozialistischen Gedanken. Gegen die Erklärungen der Regierungssprecher, die bei jeder Gelegenheit vom "Tod des Sozialismus" redeten und gegen das Lieblingkind Osteuropa auf den Bildschirmen der Fernsehstationen, wuchs die Sympathie mit den "Linken". Allerdings beruhigte der Zustand der Sozialisten, die mit diesem Potential keine Verbindung aufzunehmen vermochte, die "Politiker". Aber der 1. Mai hätte ein Tag sein können, an dem durch die Feierlichkeiten diese Verbindungen werden, an dem die Forderungen an Qualität gewinnen, an dem die politische Vorherrschaft ergriffen wird, und davor wurde sich gefürchtet. Aber die Politiklosigkeit der Sozialisten, deren Politik in diesen Tagen darin besteht, den Ereignissen hinterherzulaufen, führte dazu, daß die 1. Mai Feiern nicht in entsprechender Weise gefeiert werden konnte und die Aufgaben den gewerkschaftlichen Organisationen und den gewerkschaftlichen Führern zufiel. Die Herangehensweise der Gewerkschaften, die Feiern auf den ganzen Tag auszudehnen und möglichst massenhaft aufzutreten, konnte dem Taksimfascismus nicht länger standhalten. Trotz Ausrufen

wie "Wie hängen uns nicht an die Gewerkschaften an, keiner hat das Monopol auf die 1. Mai Feierlichkeiten", trotz des Nichtvorhandenseins von Verbindungen innerhalb der Massen und trotz der Suche nach "Legalität" der Massen, wurde letztendlich der Beschluß der Gewerkschaften befolgt. Trotz des Terrors, den das Dekret 413 auf die Medien verbreitete, dem sich die Tagessperre anpaßte, begann am Morgen des 1. Mai die Klasse aus den Betrieben ihre Stimme zu erheben. Die ArbeiterInnen von Allintepa, das im Herzen von Taksim liegt, die LederarbeiterInnen von Kazlıcesme, die TransportarbeiterInnen von Ambarlar, die Coca Cola-ArbeiterInnen, die IT-ArbeiterInnen, die TextilarbeiterInnen, Phillips-Kavel, Pancar Motor-ArbeiterInnen, die Öl-Arzt-PutzmittelarbeiterInnen, die Münzen-Druck-, DMO ArbeiterInnen legten ihre Arbeit nieder, lasen die Flugblätter der Gewerkschaften, uns als die ArbeiterInnen an einigen Orten außerhalb der Betriebe weiterfeierten, verschmolz das ansässige Volk mit den jungen Massen und sie feierten gemeinsam weiter.

Während sich dies innerhalb von einer Stunde bis zu einem halben Tag abspielte, wurden die ArbeiterInnen mit der Polizei konfrontiert, die versuchte, sie zu behindern und es kam zu Auseinandersetzungen. Während die städtischen ArbeiterInnen aufgrund der Vorteile, die in ihren Arbeitsbedingungen innewohnen, in Güngören, Edirnekapi, Kadıköy, Taksim an den massenhaften Aktionen teilnehmen konnten,

feierten die ArbeiterInnen von ISKI und Suser den 1. Mai mit Aktionen, die den ganzen Tag andauerten.

Selbst in den Betrieben, in denen die Gewerkschaften negativ erlebt wurden, in denen die Kommunikationsschwierigkeiten hatten, oder überhaupt nicht arbeiteten, beteiligten sich die ArbeiterInnen an den Feierlichkeiten, auch wenn es nur für 15 Minuten und in Kantinenversammlungen geschah.

Diese Seite des 1. Mai, die in die hunderttausende ging, die nicht gezeigt wurde, die man versuchte zu verstecken, zeigte die Neuerung der ArbeiterInnenklasse. Ihre gemeinsame Stimme lautete: Der 1. Mai kann nicht verhindert werden, in nächsten Jahr noch größer und auf dem Taksim, weg mit dem Dekret 413, freie gewerkschaftliche Gesamtmitgliedschaften und unbegrenztes Streikrecht, Schluß mit den DISK-Prozessen und Rückgabe des ArbeiterInneneigentums, Nein zur personellen und institutionellen faschistischen Besetzung, Nein zur Vereinzelung.

In den Betrieben sprachen die ArbeiterInnen und lasen Flugblätter. Ohne Unterschied wurde alles gelesen und gesprochen. Die Realität, die diejenigen zu verfechten versuchten, die "Dem Proletariat ade" sagten und die Schlagzeile schreiben, daß "Sie nicht auf den Taksim gehen konnten", ist selbst an die Oberfläche gelangt: Guten Morgen Proletariat!...

Augenzeugenbericht

1. MAI IN DER TÜRKEI

Bilanz des 1. Mai's 90 in der Türkei - über 3000 Verhaftungen, offiziell mehr als 50 Verletzte und nicht zu vergessen Gülay Beceren, die durch Polizeikugeln, die sie in Schulter und Rücken trafen, ihr Leben lang querschnittsgelähmt sein wird. Aber es war auch seit dem Putsch 80 der 1. Mai, an dem sich trotz massiver Einschüchterungsversuche zehntausende von ArbeiterInnen und Arbeitern beteiligt haben.

Im Vorfeld der Diskussionen um den 1. Mai hatten 43 Gewerkschaften eine Plattform verabschiedet, in der die Legalisierung des 1. Mai's, Freistellung vom Arbeitsplatz oder doppelter Lohn gefordert wurde.

Dies hatte schon ausgereicht um 40 GewerkschaftsvertreterInnen vorübergehend zu verhaften. Flugblätter und Zeitungen (z. B. die Mai-Ausgabe von Isclerim Ses) wurde beschlagnahmt, DruckerInnen und VerteilerInnen von Flugblättern verhaftet, Androhung von Schusswaffeneinsatz sind nur wenige Punkte von systematischen Einschüchterungsmethoden. Trotz Kriminalisierung, Denunziation und Androhung von Polizeiterr haben sich zehntausende von Arbeitern und ArbeiterInnen nicht abhalten lassen, den 1. Mai in irgendeiner Form zu feiern, und das lag unter anderem an einer neuen Strategie der demokratischen und revolutionären Kräfte.

Revolutionäre und demokratische Organisationen hatten beschlossen sich bei den unabhängigen Gewerkschaften und ArbeiterInnenkomitees einzureihen. Es wurde geplant dezentral illegale Treffen und Kundgebungen in den ArbeiterInnenvierteln zu veranstalten, und je nach Organisationsgrad in den Fabriken die Arbeit niederzulegen, Bummelstreiks, Verlängerung der Mittagspause etc. durchzusetzen. Einseitig konnten sich so viele ArbeiterInnen an den Aktionen beteiligen (um auf die Demonstrationen zu gehen waren die Leute gezwungen sich krank zu melden) und andererseits sind die Fabriken tatsächlich Zentren des Widerstandes, zu dem linke Kräfte versuchen Kontakt aufzunehmen. Danach, und dieses Konzept war umstritten, sollte versucht werden sich an 5 verschiedenen Stellen zu sammeln und in kleinen Gruppen zwischen 100 - 200 Leuten den

Taksim-Platz zu erreichen. Der Taksim-Platz ist seit dem Massaker am 1. Mai 1977, an dem es 35 Tote gab zum Symbol des Widerstandes und der Unterdrückung geworden. In letzter Sekunde hatten sich die linken Gewerkschaften an der Frage offener Demonstrationen zum Taksim-Platz zu propagieren gespalten. Die einen sahen in dieser

die Arbeiter und Arbeiterinnen militänt.

ArbeiterInnen der Coca-Cola Fabriken waren Flaschen gegen die Polizei.

Alle türkischen und kurdischen Menschen die sich auf den Straßen bewegen wurden durchsucht, sobald sich Gruppen nur ansatzweise gebildet haben, wurden sie von der Polizei zerschlagen. 20.000 Polizei-



Demonstration ein offensives Vorgehen, die wirkliche Erkrämpfung des 1. Mai's, andere schätzten dies angesichts 20.000 Polizisten, Panzern und massiven Terrors als unverantwortlich ein. Das Konzept innerhalb der Fabriken Widerstand zu organisieren hatte dann auch Erfolg gezeigt. 1. Mai...

Wir sind morgens nach Kazlıcesme gefahren, und haben einen Teil der Lederfabriken besucht. Polizeihelikopter kreisten über diesem Viertel, an jeder Ecke standen Polizeikontrollen. Die Arbeitsbedingungen in diesen Fabriken sind unbeschreiblich: die Leute haben eine 6 bis 6 1/2 Tage-woche und arbeiten täglich 13 Stunden für den Hungerlohn von umgerechnet 300 - 350 DM. Zwischen schwarzverputzten Wänden der Fabriken waren schmale aufgeweichte Wege, Kadaverreste lagen an den Seiten, ein alter Arbeiter spießte Tierhäute auf und warf sie in eine Tonne. Ein Stück weiter stand eine Gruppe von Arbeitern und auf der Erde lagen Handzettel. "Lang lebe der 1. Mai, lang lebe der Sozialismus. Nieder mit der faschistischen Diktatur." An jedem Weg zu den Fabriken standen Polizeikontrollen die jeden Arbeiter und jede Arbeiterin einzeln durchsuchten. Später haben wir erfahren, daß es in Kazlıcesme Zusammenstöße zwischen ArbeiterInnen und der Polizei gab, aber auch in Kasimpaspa, Torhabesi, Tepebesi wehrten sich

Augenzeugenbericht eines Arbeiters:

Ich war in der Demonstationsgruppe. Wir gingen gerade die Treppen hinunter, als der VW-Bus kam, anhielt und sofort wurde aus ihm scharf geschossen. Dann wurden die Türen geöffnet, Leute sprangen aus dem Bus und schossen weiter. Ich sah wie Ali verwundet wurde. Floh, kam aber zurück um nach den Leuten zu schauen. Aber die Polizei schoß immer noch und so mußte ich weiterfliehen. Wir flohen zu drift, Garabet Demirci war einer davon. Wir flohen in ein kleines Haus, die Polizei suchte uns die ganze Zeit. Wir wurden von Nachbarn verraten, die Polizei kam und verhaftete uns. Als die Polizei kam verließen wir zu zweit das Haus, weil wir Angst hatten darin erschossen zu werden. Einer blieb im Haus und ist entkommen. Sie brachten uns zwei zu dem dem weißen VW-Bus, dabei wurden wir geschlagen. Die Fenster des VW-Busses waren zerbrochen. Journalisten standen um den VW-Bus, Garabet nannte den Journalisten seinen Namen, daraufhin schlugen die Polizisten sehr zu. Die Journalisten durften keine Fotos machen. Nach 10 Minuten kam ein anderer Bus, ein normales Polizeiauto und wir wurden darin von anderen Polizisten ins Sisi Hauptpolizeirevier gebracht. Auf der Polizeistation sah ich die Zellen im Keller und ich sah mehr wie 200 Leute dort und 50 ungefähr in den oberen Stockwerken. Wir waren eine Nacht auf dieser Polizeistation und alle Gefangenen verweigerten aus Protest das Essen.

Garabet Demirci ist Armenier und wurde erst kürzlich aus dem Knast entlassen, deshalb wurde er besonders hart geschlagen und psychisch gefoltert. Wir mußten auf dem blanken Boden schlafen. Am nächsten Tag, 2. Mai, sahen wir 40 - 50 Frauen im Polizeirevier die von den Polizisten sehr schwer geschlagen wurden. Am Donnerstag wurden wir zur politischen Polizei gebracht. Garabet und 35 Gefangene wurden zu diesem Gefängnis gebracht. Als wir zu dem politischen Polizeirevier kamen, mußten wir die Jacken über den Kopf ziehen, ich wußte das nicht, weil ich zum ersten mal auf diesem politischen Revier war, deshalb wurde ich von der Polizei geschlagen. Zwei Stunden mußten wir mit der Jacke über dem Kopf stehen, die ganze Zeit wurden wir immer wieder von den Bullen geschlagen. Danach durften wir auf dem Boden sitzen, nochmals 5 Stunden mit der Jacke über dem Kopf. Wir waren in einer Garage, da das Polizeirevier überbevölkert war. Etwas später wurden 25 Arbeiter auch in diese Garage gebracht, so waren wir zusammen 60 Personen. Wir wurden in den 1. Stock gebracht und verhört, da es so viele Leute waren dauerte es bis zum nächsten Morgen. Ich war eine der ersten Personen die verhört wurde. Ich sagte daß ich keinen Revolver habe und keiner illegalen Gruppe angehöre. Die ganze Zeit wurde Garabet schwer geschlagen und auf's übelste beschimpft, da er Armenier ist.

Am nächsten Tag wurden wir in eine Zelle gebracht, 40 - 50 Leute auf 10 M2. Auf dem Weg in die Zelle wurde Garabet weiterhin auf's schwerste geschlagen. Wir mußten bis Dienstag im Knast bleiben (also eine Woche). Ich sah auch Hüseyin Yildiz und Kemal Kuta (beides sind Journalisten) mit Kopferletzungen im Gefängnis. Am Donnerstag wurde ich um 17.00 Uhr entlassen. Hüseyin Yildiz, Kemal Kuta und Garabet sind immer noch im Gefängnis.

haftet, vermutlich liegt die Anzahl weitaus höher. Alle 15 - 28-jährigen, besonders Frauen in Hosen, wurden verhaftet, sobald sie nur in Richtung des Taksim-Platzes liefen. Einem Bus gelang es einmal um den Taksim-Platz zu fahren, in dem waren Leute die offensichtlich Parolen riefen. Danach wurde der Bus abgefangen und alle Leute verhaftet. In Habiye schossen Zivilpolizisten aus einem VW-Bus ohne Kennzeichen auf eine Demonstrationsgruppe, dabei wurde die Studentin Gülay Beceren so verletzt daß sie zeitlebens querschnittsgelähmt sein wird, nach Zeugenaussagen wurden bei dieser Schießerei fünf weitere Personen verletzt.

Der Vorsitzende des Menschenrechtsvereins besuchte Gülay Beceren im Krankenhaus und meinte sie sei in guter psychischer Verfassung. Er habe schon Leute gekannt, die aufgrund so einer Verletzung

verzwweifelt und gestorben sind. Nun wird versucht Geld zu sammeln, in der Hoffnung das Gülay Beceren im Ausland von Spezialisten operiert werden kann.

Die meisten Verhafteten wurden am nächsten Tag schon freigelassen. Diejenigen, die in Verdacht stehen zu einer illegalen Gruppe zu gehören wurden ausgesiebt und der politischen Polizei übergeben (Gayrettepe, 1. Polizeikommando). Diese Menschen, das ist völlig klar, werden geschlagen und gefoltert. So Ali Dogan, er wurde schon am 30. April verhaftet (bei der Verteilung von 1. Mai Flugblättern) wurde nach Zeugenaussagen mit Elektoschocks gefoltert. Garabet Demirci, wurde gefoltert und geschlagen, da er Armenier ist und erst kürzlich aus dem Gefängnis entlassen wurde und noch viele andere, die bei unserer Abreise aus der Türkei, zwei Wochen später immer noch im Gefängnis waren.

Presseerklärung des Menschenrechtsvereins am 9.5.90 zu den Vorkommnissen am 1. Mai.

An die Presse und Öffentlichkeit

Die Geschichte der Menschheit ist voll von Massakern, Folter und Ungerechtigkeit. Jedes Jahrhundert wurde bestimmt (beeinflusst) von bestimmten Vorgängen, die in der Menschheitsgeschichte schwarze Flecken hinterließen. Und die Geschichte wird zu einem gewissen Teil von diesen Vorgängen bestimmt.

Die auffälligen Flecken unseres Jahrhunderts sind Unterdrückung, Folter, Terror etc. Auch wir sind davon betroffen. Im Zusammenhang mit dem diesjährigen 1. Mai haben alle Verantwortlichen des Staates, vom Staatspräsident über Ministerpräsident bis zum Polizeichef andgedroht und verlaubt, daß der 1. Mai nicht gefeiert werden würde, besonders im Gebiet des Taksimviertels, Istanbul.

Dementsprechend wurde dieses Gebiet auf ungewohnt intensive Weise bevölkert, mit 18.000 Polizeibeamten aus 17 Bezirken des Landes, Zivilpolizisten, aus der BRD eingeführte Schäferhunde, Hubschrauber und Panzer.

Am 1. Mai wurden sehr viele Menschen festgenommen. Alle Leute durchsucht, überall waren Ausweiskontrollen, viele Arbeiter und Studenten wurden festgenommen. In Tunceli, Dyabakir, Mardin, Urfa wurden alle kurdisch gekleideten Menschen festgenommen oder durch Polizeiaktionen ermordet.

Istanbul hat sich am 1. Mai durch tausende Verhaftungen zu einem großen Gefängnis verwandelt. Die Bereitschaftspolizeizentralen und alle Polizeistationen waren mit Menschen überfüllt. Die Verhafteten wurden in Gayrettepe (politische Polizei) von der 1. Polizeibehörde gefoltert, an manchen wurden spezielle Foltermethoden angewendet.

Dies alles wurde gemacht um den 1. Mai zu verhindern. Viele Menschen wurden verletzt, manche liegen immer noch im Koma. Während auf der ganzen Welt der 1. Mai gefeiert wurde, haben wir in der Türkei diese Unterdrückung erlebt.

Durch die ganzen Einschüchterungsversuche hat es viel Mut gebraucht um auf die Straße zu gehen. Wegen diesem Mut sind die Menschen verhaftet und gefoltert worden.

Das alles ist in der Türkei passiert, die Türkei die die Menschenrechtskonvention unterschrieben hat.

Die Propaganda der türkischen Presse gegen Syrien und den Irak, die mit Vorliebe Nachrichten mit Ursprung in den USA und der Nato ins türkische überetzt und publiziert, dauert weiter an. Eine der größten Tageszeitungen, Milliyet (mit vergleichsweise linker Tendenz), veröffentlichte am 24. Juni Berichte des US-Außenministeriums und des Internationalen Strategischen Untersuchungsinstituts in London. Beide Berichte sprachen von einer enormen Aufrüstung sowohl in Iran als auch in Syrien und Irak und betonten die davon ausgehende Gefahr für die Türkei und die ganze Region. Welche Bedeutung hat dies alles? Was steht hinter den Szenarien, die die türkische Presse ausgehend von US-Quellen zeichnet? Welche Entwicklung nimmt daneben die Innenpolitik der Türkei, in der 1. Mai-Demonstrationen verhaftet und zusammengeschossen werden, im Gegensatz dazu aber die TBK-Pler freigelassen werden?

Auf diese Fragen werden wir in diesem Artikel Antworten suchen. Zunächst werden wir auf die Rolle der Türkei in der Welt und in der Region eingehen; danach werden wir schwerpunktmäßig die innenpolitischen Entwicklungen ausgehend von den Ereignissen der letzten beiden Monate behandeln.

VERÄNDERTE WELT UND ERSCHÜTTERTE TÜRKEI

Die Welt befindet sich in einem raschen Wandel, die fundamentalen Begriffe der Weltpolitik verändern sich parallel zu den Entwicklungen in den Ländern des Ostblocks, die nahezu alle politischen Gleichgewichte auf den Kopf gestellt haben. Das Bild von einer Welt mit zwei Polen, das nach dem 2. Weltkrieg entstand, macht einem Weltbild mit vielen Polen Platz. Parallel zur raschen Polarisierung, die durch die Konkurrenz zwischen der UdSSR und den nach dem 2. Weltkrieg gegründeten "sozialistischen" Staaten auf der einen Seite und der imperialistisch-kapitalistischen Welt andererseits verursacht wurde, bildeten die Vermehrung der nuklearen Waffen, sowie der Kampf um Einflüsse zwischen der UdSSR und den USA und die nationalen Befreiungskämpfe in den Kolonien die wichtigsten Faktoren der Weltpolitik. Die Tatsache, daß heute die UdSSR, obwohl sie nach wie vor eine enorme militärische Kraft darstellt, den Wettlauf gegen die imperialistischen Länder außer im militärischen in allen Bereichen verloren hat und in eine sehr intensive ökonomische, politische und ethnische Krise gestürzt ist, daß die Regime in den anderen Ostblockstaaten in Folge von gesellschaftlichen Bewegungen nacheinander zusammengestürzt sind, bedeutet den Zerfall und die Auflösung des Ostblocks.

Dieser Zerfall macht den bisher vom Westen entwickelten und eingesetzten Anti-Kommunismus überflüssig. Die folgenden Worte von Georgij Abatow, außenpolitischer Berater Gorbatschows, an US-Repräsentanten sind ein prägnanter Ausdruck dieser Tatsache: "Wir werden Euch etwas ganz Schreckliches antun, die Sowjetunion wird nicht mehr Euer Feind sein." In die westlichen Politikmodelle, die seit Jahrzehnten vom "kalten Krieg" bestimmt waren, werden zunehmend von neuen Faktoren beeinflusst. Im Westen werden Probleme wie die Vereinigung der BRD und DDR, die weitere Ausformung der EG, die Zukunft der NATO und die Abschaffung der nuklearen Kriegsgefahr diskutiert. Der Antikommunismus macht der Unterstützung Gorbatschows, der Entspannungspolitik und der Verringerung der Zahl von nuklearen Waffen Platz. Diese Haltung des Imperialismus findet auch im Ostblock ihre Entsprechung. Gorbatschow spricht vom "gemeinsamen europäischen Haus", davon, daß der Klassenkampf der nationalen Übereinkunft Platz macht, von Tugenden des Kapitalismus und der Überlegenheit des Marktes.

Es liegt auf der Hand, daß all dieser Wandel für unterentwickelte gehaltene Länder wichtige Folgen haben wird. Die "unterentwickelten" Län-

der, die bisher unter den Bedingungen der Polarisierung zwischen USA und UdSSR ihren Platz zu finden versuchten, sehen sie sich in einer neuen Situation, in der der Gegensatz zwischen Ost und West dem Gegensatz zwischen den Reichen des Nordens und den Armen des Südens Platz macht. Sie sind mit der Notwendigkeit konfrontiert, ihre Bündnispartner von neuem zu bestimmen. Diese Tatsache wird besonders von imperialistischen Ländern zum Ausdruck gebracht. Der CIA veröffentlichte Berichte, denen zufolge die SU keine Gefahr mehr darstelle, sie ihre Positionen in der Welt aufgeben müsse, da sie sich mit innenpolitischen Schwierigkeiten befassen müsse, die Wahrscheinlichkeit eines nuklearen Krieges immer weniger werde und die regionalen Konfrontationen an Bedeutung zunähmen. Sie deklarieren zugleich, daß die Hauptgegner der USA von nun an aufständische Kräfte in der "Dritten Welt" sein werden.

Die ersten Anzeichen für diese Veränderungen waren bereits in den 1988 entstandenen US-Doktrinen zu erkennen. Schon damals war in der Doktrin der "Discriminate Deiteration", die von einer Kommission unter Vorsitz von F. C. Ikle und A. Wohlsteffer im Februar 1988 vorbereitet wurde, die Rede vom Ausbleiben der Gefahr des Kommunismus in Europa, von der Fixierung der SU auf ihre eigenen Probleme, dem Bedeutungsverlust der nuklearen Abschreckung und davon, daß ein "verdeckter Krieg" in der "dritten Welt" im Gange sei. Hier wird deutlich, daß die US-Doktrin ihre Aufmerksamkeit regionalen Konflikten widmet. Eine solche Feststellung hat für die Türkei eine besondere Bedeutung. Denn die Ereignisse und Entwicklungen im Nahen Osten, der vom Blickwinkel regionaler Konflikte her heute die bewegteste Region auf der Welt ist, haben einen nicht zu unterschätzenden Einfluß auf die Türkei.

Daß die Sowjetunion ihren Blick immer mehr auf ihre inneren Probleme richtet, hat zur Folge, daß die sowjetischen Einflüsse rasch zusammenschumpfen und verloren gehen. In dieser Situation machen sich die arabischen Regime, die die Anlehnung an eine große Macht seit Jahren zu ihrer "nationalen" Politik erhoben haben, auf die Suche nach neuen Bündnispartnern, so z.B. nähern sich Länder wie Syrien und Irak dem Westen an. Auf dieser unsicheren Basis intensivieren die USA ihre Bemühungen, entsprechende neue Stellungen in der Region zu besetzen. Zusätzlich hierzu bekommt der arabisch-israelische Konflikt als der Hauptkonflikt in der Region eine neue Dimension dadurch, daß jüdische Einwanderer aus der SU in besetzten Gebieten angesiedelt werden sollen. Auch das Wasserproblem, das einem Kommentar von The Economist zufolge, der Grund eines neuen Krieges im Nahen Osten zu werden droht, bildet die Quelle neuer Konflikte. Auch der militärische Aufschwung des Irak, der aus dem Krieg militärisch gestärkt hervorging und dementsprechend eine neue Aufteilung der Kräfteverhältnisse fordert, könnte für neue Konflikte um die Führung und "Hegemonie" unter den arabischen Ländern sorgen.

Die Türkei mit ihren für Projekte des Imperialismus in der Region günstigen Eigenschaften auf der einen Seite und als eine entscheidende Partei beim Wasserproblem auf der anderen Seite wird von diesen Entwicklungen nicht verschont bleiben können. Außerdem ist die kurdische Frage als der Haupttagsordnungspunkt der Türkei in ihrem Wesen eine

Nah-Ost-Frage; die Unterstützung der PKK durch Syrien, die Tatsache, daß kurdische Bewegungen in Iran, Irak und Syrien das Interesse aller Kräfte wecken, die in der Region etwas zu sagen haben wollen, macht einerseits die kurdische Frage zu einer wichtigen Faktor der Entwicklungen im Nahen Osten, andererseits macht sie für die Türkei eine intensive Beschäftigung mit den Problemen in der Region notwendig. Es wird keine Überraschung sein, wenn eine Türkei, deren Chancen für die Erreichung der Vollmitgliedschaft in der EG nach den letzten Ereignissen in Europa ziemlich gering geworden sind und die sich in der westlichen Welt bisher immer wegen ihrer "strategischen Bedeutung" durchgesetzt hatte, sich dem Nahen Osten zuwendet, um ihre Bedeutung mit neuen Aufgaben gekoppelt beizubehalten. Die Anzeichen für eine Ausrichtung zum Nahen Osten können in den Erklärungen des CIA und Pentagon gefunden werden, wie z.B. in Brzinskis Doktrin von der grünen (als Farbe des Islam gemeint) Ordnung oder in den Vorschlägen des CIA-Angehörigen Fuller, in denen der Türkei geraten wird, sich mit dem Islam zu versöhnen und auf diese Weise die nicht radikalen islamischen Ländern zu führen. Die

wicklungen in der Türkei maßgeblich beeinflussen werden. Schon jetzt ist die kurdische nationale Bewegung zu einem Kettenglied geworden, das die Türkei fest an den Nahen Osten bindet.

Die Bedeutungszunahme regionaler Konflikte im Weltmaßstab, der strategische Bedeutungsverlust der Türkei für den Westen im Zuge der Entwicklungen in den Ostblockstaaten wird für die Türkei neue Aufgaben und Verpflichtungen in Bezug auf den Nahen Osten mit sich bringen, wenn sie in den Augen der USA ihre Bedeutung nicht verlieren will. Die Ausrichtung der Türkei auf den Nahen Osten, die mit der kurdischen Frage direkt in die Entwicklungen in der Region involviert ist, wird direkte Einflüsse auf die Wandlungen des inneren Regimes haben.

In dieser Situation verringern sich die Alternativen der Türkei. Özal's neue rechtliche Regelungen, die an ein Präsidialsystem erinnern, und sein praktisches Verhalten als der einzige Mann, zeigen, daß er mit Unterstützung der USA und der einheimischen herrschenden Klassen ein Marcos werden möchte. Aber die Realisierung dieses Vorhabens hängt in erster Linie von der widerspruchsvollen Unterstützung der Armee für Özal ab. Die Einleitung der letzten



Worte des Armeehauptkommandanten Necip Torumtay, wonach "wir den Entwicklungen im Nahen Osten nicht tatenlos zusehen können", zeigen deutlich, daß die Türkei bereit und gewillt ist, ihre Rolle in den von den USA entworfenen Nah-Ost-Szenarien wahrzunehmen. Es ist bekannt, daß beim Militärputsch vom 12. September 1980 die außenpolitische Konjunktur eine entscheidende Rolle spielte, die es für die USA notwendig machte, "ihre Füße in der Türkei fest auf dem Boden zu haben." Der regionale Machtzuwinn der UdSSR durch die Besetzung Afghanistans, die Tatsache, daß die USA mit dem Sturz des Schahs in Iran einen ihrer ergebensten Bündnispartner in der Region verloren, brachte die Einbeziehung der Türkei in regionale Überlegungen und Projekte mit sich, und dies war zusammen mit innenpolitischen Faktoren einer der Gründe des Putsches. Zweifellos gelten heute sowohl für die Türkei als auch für den Nahen Osten andere Bedingungen und Faktoren. Aber trotzdem kann man schon jetzt sagen, daß die Entwicklungen im Nahen Osten in naher Zukunft die innenpolitischen Ent-

Maßnahmen zur Neuregelung des Rahmens des Regimes durch Özal im Innennehmen mit dem Nationalen Sicherheitsrat (MGK) zeigen, daß erste Schritte für ein Bündnis zwischen Özal und der Armee getan worden sind. Aber die Tatsache, daß dies als Bündnis durch Einbringung der politischen Vorstellungen von beiden Seiten geschieht, zeigt wiederum, daß Özals Kontrolle über die Armee schwächer ist, als dies bei Marcos der Fall war. Özal hat sein gesellschaftliches Prestige gänzlich verloren und wird daher trotz all seiner Vertrauenswürdigkeit kein guter Marcos für den Imperialismus werden können. Abgenutzte Marcos können für den Imperialismus höchstens wegzuworfene Marionetten sein.

Der direkte Eingriff des MGK in die aktive Politik gleich nach dem Gipfeltreffen der Regierungs- und Oppositionsparteien und die darauf folgende Verständigung zwischen Özal und dem MGK auf neue Repressionsregelungen im Rahmen des Regimes haben erneut einen politischen Prozeß eingeleitet, in dem die Armee offen mitmischte. Dies brachte die Frage auf die Tage-

ordnung, ob auch dieser Prozeß mit einem Militärputsch beendet werden wird, da in naher Vergangenheit die Einbeziehung der Armee in die Politik mit einem Militärputsch endete. Hinter den politischen Kulissen wird über einen möglichen Militärputsch debattiert. Dieser wäre eine altbekannte Methode, um die Schwierigkeiten der Türkei zu lösen. Und es liegt auf der Hand, was für Folgen dies für die Zukunft der Türkei haben wird.

Letzten Endes zerstreut sich die Hoffnung auf eine demokratische Entwicklung in der Türkei ziemlich schnell, und auch die Alternativen zur Überwindung der Schwierigkei-

Schlagzeilen aus Cumhuriyet

15.5.90

- 24 Dorfwächter verhaftet und vor dem Staatssicherheitsgericht angeklagt: Sie hätten PKK-Militanten ihre Waffen übergeben.

- H. Oberdiek von amnesty international auf einer Pressekonferenz des Menschenrechtsvereins: "Ich habe festgestellt, daß in der Türkei weiter gefoltert wird. Ich konnte nicht sehen, daß ein Schritt getan wird um die Folter zu verhindern."

- Die Arbeitgebervereinigung TISK lehnt alle vom Gewerkschaftsdachverband Türk-İs geforderten Veränderungen der Arbeitsgesetze ab.

- Prozeß gegen Ismail Besiki wegen Separatismuspropaganda in Istanbul fortgesetzt. Besiki nahm nicht an der Verhandlung teil. Er wurde aus unbekanntem Gründen nicht vom Gefängnis zum Gerichtssaal gebracht.

- Nach Angaben des außerordentlichen Gebietesgouverneurs wurden bei bewaffneter Auseinandersetzungen bei Hakkari ein Dorfwächter und ein Bauer getötet.

17.5.90

- Gefängnis Canakkale: 5 Chefredakteure, die wegen Veröffentlichung von kommunistischer Propaganda vor dem 12.9.80 zu insgesamt 365,5 Jahre Gefängnis verurteilt wurden sind zusammen mit drei Gewerkschaftern in den Hungerstreik getreten. Sie fordern die Aufhebung der §§ 141, 142, 163.

- Türk-İs Vorsitzender Yilmaz: "Weil TISK nicht sagen konnte, wir wollen die Gewerkschaften schließen, sprachen sie davon, den Geldhahn zuzudrehen."

18.5.90

- Das Özal System: Özal erklärte auf seiner Rede auf dem Außenhandelsforum, daß er die Geldpolitik der Regierung unterstütze. Er kritisierte die Ansicht von Staatsminister Celebi. Die Gespräche zwischen Türkei und Pakistan führte an Stelle von Ministerpräsident Akbulut Özal. Er versprach, Bhutto zu unterstützen. Über die Gespräche mit Athen wurde von Seiten der Athener Nachrichtenagentur nur von möglichen Gesprächen zwischen Özal und Mitsotakis berichtet, von Ministerpräsident Akbulut war keine Rede.

- Erklärung des Generalstabschefs: Kürzung der Verteidigungsausgaben wäre riskant.

- Entscheidung im Yassıyurt Prozeß wird am 12. Juni fallen. Für den Leutnant, der die Bauern zwang, menschliche Exkremate zu essen, werden 3 Monate bis 3 Jahre Gefängnis wegen Folter geordert.

19.5.90

- Juristen bewerten das "Özal System": Özal überschreite seine Befugnisse, dies sei bei der Verfassung nicht vereinbar. Man sei in einer Situation, als ob das Parlament seine Befugnisse dem Staatspräsidenten übertragen habe.

- Besuch von Ministerpräsident Akbulut in Bagdad: Nach Meinung der irakischen Regierung könnten die Beziehungen Irak-Türkei nur voranschreiten, wenn das Wasserproblem (Euphrat-Staudämme, TI) gelöst werde.

- 21 Vertreter linker Zeitschriften, die zusammenkommen waren, um den 1. Mai und den Erlass mit Gesetzkraft (zu Kurdistan, TI) zu bewerten, wurden festgenommen.

20.5.90

- Wasser in Istanbul geht zu Ende. Der Terkos-See, der mehrere Stadtteile mit Wasser beliefert, wird Anfang Juli ganz ausgetrocknet sein

- Der ehemalige Staatspräsident (und Putschgeneral, TI) Kenan Evren erhält von Staatspräsident Özal den Atatürk Friedenspreis verliehen.

ten des Systems werden immer geringer. Ein Marcosregime oder ein Militärschutz sind möglich, gleichzeitig aber "Lösungen", für deren Realisierung in naher Zukunft keine günstigen Bedingungen existieren. Zweifellos wird die Frage, wie dieser Prozeß, der sich in Richtung Übergang zum offenen Faschismus entwickeln kann, beendet wird, wesentlich vom Kampf zwischen den herrschenden Klassen und den Volksklassen bestimmt werden. Es liegt auch auf der Hand, daß die subjektiven Bedingungen für eine revolutionäre Lösung der Krise des Systems in naher Zukunft nicht ausreichend und reif sind. Die gesellschaftlichen Kräfte, die veränderte Funktionen haben können (die ArbeiterInnen, arme Bauern, die Jugend, Intellektuelle), sind weitgehend zerstreut und desorganisiert. Ausgenommen die kurdische nationale Bewegung haben all diese Kräfte noch keinen entscheidenden Einfluß auf die Entwicklungen in der Türkei. Das Bild vervollständigt sich, wenn wir die Tatsache mit betrachten, daß die Linke in Folge einer Politik der Depolitisation in den letzten 10 Jahren ihres Einflusses beraubt wurde: Die werktätigen Volkskräfte und die Linke sind in kurzer Zeit nicht in der Lage, die Türkei wieder Teil der Geschichte von Veränderungen werden zu lassen. Obwohl die ArbeiterInnen und Jugend aber auch revolutionäre Kräfte mehr Aktivitäten aufweisen, haben diese doch noch wenig Einfluß. Trotz all dem muß damit gerechnet werden, daß in der Zukunft die Volkskräfte eine entscheidende Rolle bei der Bestimmung der Form des Regimes in der Türkei spielen können. Die Herrschenden sind demgegenüber nicht gewillt und in der Lage, einen Wandlungsprozeß in Richtung Demokratisierung einzuleiten. Sie haben nicht die Kraft, eine von äußeren und inneren Entwicklungen in den Würgegriff genommene Türkei von ihren Schwierigkeiten zu befreien.

In der Türkei sind die herrschenden Klassen und die politische Macht nur wegen der Schwäche der werktätigen Klassen in der Lage, die Türkei weiterhin zu regieren. Daraus schöpfen sie auch die dazu notwendige Kraft. Daneben gibt ihnen natürlich auch der nach dem 12. September von oben nach unten völlig faschisierte Staat die notwendige Kraft. Die ANAP-Regierung hat ihre Wählerunterstützung nun größten Teils verloren. Niemand bescheinigt Özal politische Legitimation. Trotzdem ist Özal nach wie vor Staatspräsident und will auch keine vorgezogenen Wahlen. Das einzige, was die Oppositionsparteien ständig tun, ist ihre Forderung nach vorgezogenen Wahlen zu bekräftigen. Auch sie sind nicht in der Lage, politische Lösungen vorzuschlagen, die Özal ausschließen.

TERROR-VERBOTE UND FREIHEIT FÜR DIE TBKP

Nach der Beschließung des SS-Ermächtigungsgesetzes (SS= Kürzel für Zensur, Verbannung) wurde der Staatsterror in Kurdistan intensiviert. Später wurden am 1. Mai in Istanbul tausende von Menschen festgenommen. 2 Tage später wurden die Führer der TBKP (Vereinigte Kommunistische Partei der Türkei) freigelassen. Die Tatsache, daß diese widersprüchlich erscheinenden Maßnahmen im selben Zeitraum eingeleitet wurden, kann nur mit Hilfe unserer obigen allgemeinen Analyse verstanden werden. Die Ausstattung des Ausnahme-rechtsgouverneurs (Gouverneur für Türkei/Kurdistan) mit Befugnissen, die gleich nach dem Putsch vom 12. September nur die Putschgeneräle hatten, durch das SS-Gesetz sowie der Terror gegen die ArbeiterInnen am 1. Mai können aus der Logik des Regimes her verstanden werden. Zur Diskussion steht aber, daß der TBKP der Weg zur Legalisierung geobnet wurde. Die Öffnung der Legalisierungstür für die TBKP kann keinesfalls als ein Zeichen für einen Bruch in der Linie des 12. September-Regimes oder der Demokratisierung ausgelegt werden. Warum jedoch wird das Tor zur Legalisierung der TBKP in einer

Periode geöffnet, in der das Regime des 12. Sept. seine sämtlichen Haupt-eigenschaften beibehält? Warum wird die TBKP legalisiert, während die ganze Linke, Massenorganisationen, Intellektuelle, die kurdische nationale Bewegung systematisch unterdrückt werden? Die Antwort auf diese Frage hat Dimensionen, die sowohl die Staats-politik als auch die Identität und Politik der TBKP betreffen. Auch die Innen- und Außenpolitik der Türkei wurde größtenteils von Bedingungen des kalten Krieges geformt. Die direkte Folge dessen war die Identifizierung des Feindes UdSSR mit der TKP (TBKP). Die Gründung von Parteien mit dem Adjektiv Kommunistisch sowie die Befürwortung des Kommunismus waren verboten. Der Kommunismus war der Erzfeind des Staates. Diese Feindschaft wurde täglich mit grobster Propaganda von neuem reproduziert.

Als aber der Kalte Krieg kurz vor den 90'er Jahren zugunsten der USA entschieden wurde, fielen einige politische Vorstellungen der türkischen Republik in ein Vakuum. Eine dieser Vorstellungen war die Politik hinsichtlich des Kommunismus. Auch die neuen ökonomischen usw. Beziehungen mit der UdSSR machte eine Auflockerung der bisherigen Politik für den türkischen Staat notwendig. Verstärkt wurde dies durch die neue Lage in den Beziehungen zur EG. Die EG, deren Parlamentarier und der Europarat hatten die Türkei seit den 80'er Jahren, hauptsächlich aber nach dem sogenannten Übergang zur Demokratie (1983) im Bereich der Demokratie kritisiert. Diese Kritik intensivierte sich in der Zeit nach der Rückkehr der beiden Generalsekretäre der TBKP, Kuttu und Sargin in die Türkei (1988). Viele europäische Demokraten, Sozialisten und Kommunisten hatten die Existenz der Demokratie mit der Existenz der kommunistischen Partei gleichgesetzt, so daß der einzige Mangel der "Demokratie" in der Türkei im Fehlen der kommunistischen Partei gesehen wurde. Nach ihrer Meinung würde die Türkei ein demokratisches Land werden, wenn Kuttu und Sargin freigelassen würden. (Schuld daran sind u.a. die TBKPl'er, die auf vielen ihrer Veranstaltungen und in ihrer Propaganda so getan hatten, als gäbe es in der Türkei nur einen einzigen nennenswerten politischen Prozess, nämlich den gegen Kuttu und Sargin. Die meisten anderen Prozesse wurden, wenn man sie überhaupt erwähnte, als Terroristenprozesse gekennzeichnet.)

Nicht wegen dieser kritischen Stimmen, aber als Folge der weltweiten Veränderungen verschob die EG

die Vollmitgliedschaft der Türkei auf ein fernes, ungewisses Datum. Diese Entscheidung störte die Kreise (ein Großteil der großen Bourgeoisie, die laizistischen Kräfte, liberale und demokratische Kreise, zentrumsnahe linke und rechte politische Strukturen...). die sich seit Jahrzehnten danach sehnten, Europäer zu werden, sich mit Europa zusammenzufügen. Sie wollten die Überwindung der Hindernisse für die Vollmitgliedschaft der Türkei in der EG; hatten aber nur den Vorschlag zur Abschaffung der Verbotefür die Meinungsäußerung vorzubringen.

Schließlich ließ die Özal-Regierung die TBKPl'er frei, obwohl sie wußte, daß dies die Stockung in den Beziehungen zur EG nicht überwinden würde. Daneben wurden Bemühungen bekannt, die auf eine Auflockerung der Paragraphen 141-142 im türkischen Strafgesetzbuch, die kommunistische Meinungen und Organisationen verboten, aber auch des Paragraphen 163, das religiöse Aktivitäten mit Ausrichtung auf das Schariat verbietet, zielten.

Aufgrund der oben erwähnten außenpolitischen Faktoren ist die Auflockerungspolitik der Özal-Regierung hinsichtlich der kommunistischen Partei noch keine endgültige Linie. Ein weiterer Grund dafür ist die Sorge der herrschenden Kräfte in der Türkei, daß durch die Tür, die der TBKP eröffnet wurde, auch andere ungewünschte Kräfte hineinlaufen könnten. Es besteht die Wahrscheinlichkeit, daß diese Tür auch von einflußreicheren, in der Gesellschaft mehr akzeptierten linken Gruppen benutzt wird. Sollte dies der Fall sein, wird die Türkei Entwicklungen erleben, die innenpolitisch die Regierung in Schwierigkeiten bringen können.

Dies ist der Hauptgrund für die Unentschiedenheit der Regierung. Die Sorgen der Özal-Regierung sind berechtigt, da die Abschaffung dieser Paragraphen der gesellschaftlichen Opposition günstigere Artikulationsmöglichkeiten eröffnen werden, obwohl bisher alle das System gefährdenden Oppositionsbewegungen unter den Bedingungen dieser Paragraphen entstanden (zu diesen Bewegungen hat die TBKP niemals gehört).

Eine andere Seite der Auflockerung der Paragraphen 141-142 ist die, daß diese Auflockerung zur Schwächung der Linken eingesetzt werden soll. Eines der Hauptziele des Militärsputches war die Unterdrückung und Vernichtung linker Alternativen und Organisationen. Die Linke sollte

nicht nur unterdrückt sondern auch ihres Einflusses beraubt werden. Die Generäle taten alles, um dieses Ziel zu erreichen. Aber trotz des seit Jahren ununterbrochen anhaltenden Staatsterror und Anti-Links-Kampagnen haben die Linken, die revolutionären und demokratischen Kräfte in letzter Zeit angefangen, sich wieder zu reorganisieren. Auch die ArbeiterInnen als grundlegender Faktor der gesellschaftlichen Opposition waren spontan aufgestanden, um ökonomische Rechte einzuklagen.

Gegenüber dieser neuen Entwicklung, die langfristig die Stabilität gefährdete, sah sich die Herrschaft gezwungen, ihre klassische Terrorpolitik mit neuen Taktiken zu erweitern: Die Differenzierung der Linken in "legitime und nicht legitime Linke" zielt auf die Ausgrenzung und Unterdrückung eines großen Teils der Linken.

Die TBKPl'er waren dabei diejenigen, die den Herrschenden die Realisierung einer solchen Taktik erleichterten. Sie waren dazu bereit, um den Preis einer Einstufung aller anderen linken Strukturen und revolutionären Kräfte "als Terroristen, nicht legitim, illegal" ihre eigene Legalisierung gewährt zu bekommen. So bekamen die Herrschenden einen Helfer im linken Gewand, der sie bei ihrer Politik der Verhinderung systemopponenter Bewegungen unterstützte.

Auf diese Weise wurde einer politischen Strömung, die ihre eigene Legitimität und Existenz daraus schöpft, daß ein Großteil der Linken und Volksorganisationen als illegitim eingestuft und betrachtet wird und in dieser Hinsicht zu einem Teil des Regimes geworden ist, der Eintritt auf die politische Bühne gewährt.

Von nun an steht den türkischen und kurdischen Völkern ein Staat gegenüber, der einen Teil der Linken toleriert, einen Großteil aber als sein Feind betrachtet. Dies ist so ein Staat, der auf der einen Seite die TBKP legalisiert, demokratische Vereinigungen wie den Menschenrechtsverein, Volkshäuser etc. schließt, die ArbeiterInnen am 1. Mai massenweise festnehmen läßt, linke Zeitschriften verbietet, weil diese die kurdische Frage erwähnen.

Der Staat wird von nun an das Volk und die Revolutionäre angreifen und dabei auf seiner linken Seite die TBKP haben, er wird so versuchen, seine Verbotsordnung, den Faschismus zu legitimieren.

DIE TBKP VERDANKT IHRE LEGALISIERUNG DER KAPITULATION VOR DER BOURGEOISIE

Bei der Bestimmung der Politik der Özal-Regierung zur TBKP spielen auch Faktoren eine Rolle, die ihre Ursache bei dieser Partei selbst haben. Die TKP stellte in der Türkei niemals eine Kraft dar und hatte historisch immer die Eigenschaft, eine Exilorganisation zusein. Der Einfluß der TKP im Ausland ist größer als in der Türkei. Die TKP wurde als politische Notwendigkeit des kalten Krieges von den Regierungen immer der Türkei hochgespielt. Die Leitungskader der TKP und TIP kehrten nach der Annahme des letzten Programms mit dem Ziel "der legalen Betätigung" in die Türkei zurück. Wir wissen nicht, was für ein Abkommen sie mit der türkischen Regierung getroffen haben, aber die Verhaftung der beiden Führer nach ihrer Rückkehr auf dem Flugplatz sorgte für Desillusionierung in TKP-Reihen. Diese Desillusionierung hielt etwa zwei Jahre an. In dieser Zeit hat die TBKP alle möglichen ideologischen und politischen Zugeständnisse gemacht, um in den Augen der Bourgeoisie als annehmbar zu erscheinen. Aber all dies reichte zur Legalisierung nicht aus. Schließlich machten die TBKPl'er ihr letztes Zugeständnis im April: Wäh-

rend die ganze Linke und einige Intellektuelle die Öffentlichkeit auf die neue SS-Regelung aufmerksam zu machen versuchten und sie dagegen mobilisierten, fing die TBKPl'er mit einem Hungerstreik zur Auflockerung der Paragraphen 141 und 142 des Strafgesetzbuches an. Die Tatsache, daß die TBKPl'er für Auflockerung dieser Paragraphen einen Hungerstreik durchführten, während der Staatsterror in Kurdistan intensiviert, neue Verbote verhängt und linke Zeitschriften geschlossen wurden, halfte die Bedeutung, daß sie von nun an die Funktion der Verdeckung der Regierungspolitik ausübten. Schließlich hat auch die große bürgerliche Presse diesen Hungerstreik in den Vordergrund gestellt, um die SS-Regelung unter den Tisch zu kehren. Dies nutzte auch der Regierung, wenn auch nur für ein paar Tage. Und schließlich wurden Kuttu und Sargin freigelassen, die Paragraphen 141, 142 (aber auch 163) wurden an eine Kommission übergeben, um sie aufzulockern, während hunderte von Menschen, die genau wegen diesen Paragraphen im Gefängnis sitzen, weiterhin darin festgehalten werden. Der Beitrag der TBKP im Kampf um Demokratie, den sie zu führen vorgeben, ist nichts anderes als der Verrat an den linken und revolutionären Kräften in den Gefängnissen, am Kampf des kurdischen Volkes. Denn die Legalisierung einer KP, die Auflockerung der § 141 und 142 ist nichts anderes als eine Kriegsliste des Staates und wird keinesfalls die Errichtung der Demokratie bedeuten. Die Haupthindernisse vor der Meinungsäußerung und Organisation in der Türkei sind nicht 141 und 142, sondern das faschistische Unterdrückungsregime, das seinen Ausdruck in der Verfassung findet. Aus diesem Grunde findet der Kampf für demokratische Rechte und Freiheiten in der Türkei im Kampf für die Abschaffung der Verbote gegen die Völker ihren Ausdruck. Dieser Kampf wird heute von revolutionären und demokratischen Kräften geführt.

Für eine Linke dieser Qualität haben weder die Revolutionäre noch das Volk irgend eine Unterstützung. Die TBKP ist in ihrer gegenwärtigen Verfaßtheit ein Weilenbrecher vor dem Kampf der Arbeiterklasse, anderer werktätigen Kreise und der Kurden. Die Möglichkeiten, die sie der Regierung bei der Verschleierung der SS-Regelungen, des 1. Mai-Terrors und des Massakers in Kurdistan bietet, sind nur die ersten Anzeichen ihrer Rolle, die sie in Zukunft spielen wird.

Zum Schluß

Die Özalregierung und im allgemeinen das Regime des 12. September versuchen sich vom Würgegriff der gesellschaftlichen Opposition, die noch unentwickelt ist, durch Hinzu-ziehung der bekannten Zuckerpolitik zur traditionellen Peitschepolitik zu befreien. Der Terror wird von nun an in Begleitung des TBKP-Zuckers praktiziert werden.

Wir meinen aber, daß dies auch nicht viel nützen wird. Denn bei den innenpolitischen Entwicklungen, die die Regierung in Zugzwang geraten lassen, spielt die TBKP keine Rolle. Auch wenn die TBKP legalisiert wird, werden die ArbeiterInnen, Jugendlichen, Kurden und arbeitenden Teile ihren Kampf für Demokratie fortsetzen.

Es ist auch bisher ungewiß, wie die Herrschenden die Türkei vom Würgegriff der neuen weltpolitischen Situation befreien werden. In diesem Bereich ist das Manövriertfeld der Regierung begrenzt, sie haben keinen Trumpf, den sie spielen können. Mit großer Wahrscheinlichkeit werden sie ohne großen Widerstand die Vorschläge des Imperialismus annehmen.

Die Schwierigkeiten, die auf eine Türkei warten, die ihr Gesicht zum Süden, Nahen Osten wendet, liegen auch auf der Hand. Diese Schwierigkeiten werden den Würgegriff um die Türkei nicht auflockern, im Gegenteil noch fester drücken.



21.5.90
- Juristen bewerten die Worte Özal, daß er bis zur Wahl die ANAP unterstützen werde: "Özal mißachtet die Verfassung"

22.5.90
- Die Konkurrenz auf dem Automobilmarkt verstärkt sich zwischen den Konzernen Sabanci/Toyota und Koc/Fiat (Sabanci und Koc sind die größten Konzerne der Türkei - IT)
- Professoren kritisieren: Erhöhung der Studiengebühren widerspricht den Gesetzen.

23.5.90
- Özal verteidigt sich: "So unparteilich wie ich ist niemand. Unparteilich zu sein ist meine Pflicht." Zu den Juristen: "Leute, die von der Sache keine Ahnung haben... Ihr müßt erst die Verfassung noch zweimal lesen... Ich habe die Verfassung vielleicht 50 mal gelesen."
- 62.000 ArbeiterInnen der Stadtverwaltungen in Istanbul, Ankara, Izmir und Adana bereiten Protestaktionen wegen Tarifverhandlungen vor.

24.5.90
- Harte Reaktionen von Juristen auf den Staatspräsidenten: "Die Verfassung lesen ist etwas anderes als die Verfassung lesen und verstehen." "Zu behaupten, die Juristen würden die Verfassung nicht kennen, ist eine Verleumdung." "In keinem demokratischen Land kann ein Staatspräsident so etwas sagen."

- Englischlehrer aus den USA an der Ege Universität in Izmir wegen Beleidigung von Özal angeklagt. Er soll auf ein Autofenster "Faschist Özal" geschrieben haben. Er wurde gegen 1000 \$ Kaution vorläufig freigelassen.

- Hungerstreik an den Gefängnissen weitet sich aus: Nach den redakteuren und Gewerkschaftern in Canakkale (9.Tag) beginnen nun auch 400 Gefangene in Nazilli, Aydin und Buca einen 1-wöchigen Solidaritäts-hungerstreik.

- Auf 16 Arbeitsstellen des öffentlichen Sektors haben 6417 Zementarbeiter zum 2. Mal einen Streik begonnen.

25.5.90
- Nach Angaben des außerordentlichen Gebietsgouverneurs: Operation gegen Separatisten bei Dogubeyazit wegen Entführung eines Bauern.

26.5.90
- Unterstützung für Hungerstreik wächst: 1146 Gefangene im Hungerstreik

- ArbeiterInnenaktionen in 3 Städten: 46.000 städtische ArbeiterInnen zum "gemeinsamen Arbeitsbesuch". Busfahrer in Ankara beschlossen, "langsam" zu fahren.

27.5.90
- Bei den Wahlen des Dachverbandes der Industrie- und Handwerkskammer gewann ein Anhänger Demirels

28.5.90
- Streik der Müllwerker: Istanbul erstick im Müll

- Verbot des Vertriebs von 2.000e Dogru wegen Artikel über hungerstreikende Journalisten in Canakkale

- Hungerstreik im 13. Tag

29.5.90
- 5 führende Devrimci Sol Mitglieder aus dem Bayramrasa Gefängnis geflüchtet

- Konzernchef Sabanci: Frühwahlen nicht nötig

- Antrag auf Gründung einer Lehrgewerkschaft abgelehnt

- Verein der zeitgenössischen Journalisten fordert Freilassung der Gefangenen die nach §§ 141 und 142 einsitzen

beginnende Bewegung hat sich inzwischen auf kleinere Städte ausgeweitet. Ist dies mehr im Selbstlauf passiert, oder war das ein bewußter Vorstoß? Kann der Feminismus Frauen, die im Dorf oder in einer Kleinstadt leben Antworten geben?

S.Ö.: Die Aktivitäten, die 1984 mit der Gründung des "Frauenrunde"-Verlags begannen, aber auf Istanbul beschränkt blieben, verbreiteten sich 1987 mit der Kampagne gegen Schläge. Vor allem mit den Bemühungen um die Gründung eines Frauenhauses für mißhandelte Frauen, nach den letzten Gemeindevahlen, haben die Kampagnen

Interview mit Sedef Öztürk

Sedef Öztürk war eine der internationalen Teilnehmerinnen auf der Bremer Frauenwoche im März 1990. Ihre Veranstaltungen wurden mit viel Interesse verfolgt und lösten zum Teil heftige Diskussionen aus. Wir fanden es interessant, sie etwas näher kennenzulernen, deshalb veröffentlichten wir im folgenden ein Interview, das aus Zeitgründen nicht so ausführlich, wie gewünscht, ausgefallen ist.

Sedef Öztürk ist 30 Jahre alt, hat Ökonomie und Politische Wissenschaften studiert und verdient ihren Lebensunterhalt als Übersetzerin. Vor 1980 hat sie in verschiedenen Jugend- und demokratischen Massenorganisationen mitgearbeitet, Mitglied einer bestimmten politischen Partei war sie nicht. 1984 begann sie mit ihren feministischen Aktivitäten in der "Frauenrunde". Für diesen Verlag übersetzte sie z.B. das Buch "Evililik Mahkumlari" (Gefangene der Ehe). Sie gehört zu den Mitbegründerinnen der Zeitschrift "Kaktüs", arbeitete aktiv in den Kampagnen gegen Schläge und sexuelle Belästigung mit.

T.I.: Spiegeln sich die Unterschiede zwischen den sozialistischen Feministinnen und den anderen Feministinnen in der praktischen Politik wider? Oder wurden bis jetzt die feministischen mehr als die sozialistischen Seiten bearbeitet?

S.Ö.: Diese Herangehensweise spiegelt sich zweifelsohne in der praktischen Politik wider. Ich denke, daß, auch wenn sich die verschiedenen Politik, die in der sich erst zu entwickeln beginnenden Frauenbewegung in der Türkei, verfolgt werden, bis heute in der Praxis noch nicht differenziert haben (Sozialistische, radikale oder all die anderen Feministinnen arbeiten in den gleichen Kampagnen zusammen), werden sie es in der nächsten Zukunft tun. Die Bereiche zu denen gearbeitet wird, werden so verschieden sein wie die Frauen, die sich dafür einsetzen. Dies wird ein Faktor sein, der die Bewegung bereichern



Kampf unterzuordnen, es ist die Entwicklung von Begriffen, die die Unterdrückung der Frau analysieren, dem entsprechend die Entwicklung einer Politik, die im Lichte dieser Begriffe angewendet wird... Es ist die Solidarisierung und Organisation von Frauen für die Befreiung von Frauen.

T.I.: Was sind die Unterschiede zwischen den sozialistischen Feministinnen und anderen Frauenorganisationen mit sozialistischer Perspektive wie z.B. DKD, DEMKAD... wie sind die Beziehungen untereinander?

S.Ö.: Der Unterschied zwischen DEMKAD, İYKD und anderen Frauenorganisationen bestimmter linker Gruppen und den sozialistischen Feministinnen ist nicht nur darauf beschränkt, daß jene keine Feministinnen sind. Es reicht nicht, daß die Frauen in diesen Gruppen die Lösung der Unterdrückung der Frauen als Geschlecht in der Lösung des Widerspruches zwischen Kapital und Arbeitskraft sehen, vielmehr sehen sie die Feministinnen als Vertreterinnen entfarteter bürgerlicher Ideologie. Sie setzen sowohl in der Theorie als auch in der Praxis die Unterdrückung der Frau mit der Klassengesellschaft gleich, sie vertreten nicht den

Beschmutzte Ehre durch uneheliches Kind?

Der Staat hilft bei dessen Beseitigung, spricht Mord, mit Strafminderung bis zu 2/3 der zu erwarteten Strafe

So unglaublich es klingen mag, aber der § 453 des türkischen Strafgesetzbuches lautet wortgetreu: "Wenn der Mord an einem neugeborenen Kind verübt wird, um die Ehre und den guten Ruf des Täters, oder seiner Frau, oder seiner Mutter, oder seiner Tochter, oder seiner Enkelin, oder seiner Adoptivtochter, oder seiner Schwester zu retten, ist der Täter mit 5 bis 10 Jahren Zuchthaus zu bestrafen." Dagegen schwankt die Strafe bei "Menschenmord" im türkischen Strafgesetzbuch zwischen Todesstrafe und 24-30 Jahre Zuchthaus. Bis zur Gesetzesänderung im Jahre 1933 stand statt neugeborenes Kind uneheliches Kind. Dieser § wurde allerdings nach Änderung nur für uneheliche Kinder angewandt.

Mit der neu erwachenden Frauenbewegung in der Türkei spüren die Frauen immer mehr frauenfeindliche, -verachtende und -diskriminierende Verhaltensweisen in der türkischen Gesellschaft auf. Themen wie Gewalt in der Familie, sexuelle Belästigung auf der Straße,

am Arbeitsplatz, zu Hause, Frauen in der Männerdomäne "Kneipe", die noch bis vor kurzem Tabu waren, sorgen heute in vielen Familien für Diskussionenstoff.

Erst vor ein paar Monaten erregte der § 438 des türkischen Strafgesetzbuches, der bis zu 2/3 Strafminderung bei Vergewaltigung von Prostituierten gewährt, die Gemüter. Aus allen Teilen der Bevölkerung wurden Proteste laut, die sich in Presse und Fernsehen widerspiegeln. Selbst auflagenstarke bundesdeutsche Magazine griffen dieses Thema auf. Während die Diskussionen um den wohl ausgedienten § 438 anhalten, brachte die Frauenplattform Izmir den § 453 auf die Tagesordnung. Diese Frauenplattform, die sich aus Frauen der Lila Solidarität, der Grünen und des modernen Frauenvereins zusammensetzt, startete Ende Mai die Kampagne "Weg mit dem § 453". Sie sagen, daß sich das Gesetz mit diesem Paragraphen gesetzeswidrig verhält, wenn es einen Unterschied zwischen ehelichen und unehelichen Kindern macht. Aber

steckt da nicht viel mehr dahinter? Gibt nicht der Staat, indem er Strafminderung gewährt, dem Mann die Erlaubnis, ein neugeborenes Kind zu ermorden, da es aus einer vom Staat nicht registrierten, weil außerehelichen, sexuellen Beziehung entstand, um die Ehre und den Ruf seiner Frau, Tochter... zu retten? Wenn die Ehre zum Preis des Todes eines neugeborenen Kindes gereift wird, ist dies nicht die Ehre einer Frau, sondern des Mannes, dem sie angehört. Hinter diesen Gesetzen, die die Frauen der sexuellen Brutalität der Männer ausliefern, verbirgt sich die Männervorherrschaft, die mittels Strafminderung ein Auge zudrückt, wenn Männer der Ehre willen morden.

Wieviele § 438 und 453 werden nach an Tageslicht kommen, bis zumindest im Gesetz die Gleichstellung von Frau und Mann erreicht wird? Doch Gesetzesblätter sind geduldig, solange sich in den Köpfen der Menschen nichts verändert.

wird. In Anbetracht der Tatsache, daß nicht alle Frauen in der gleichen Lage sind, daß es sie trennende Klassen, Nationalitäten und ähnliche Unterschiede gibt, ist es nur natürlich, daß sich dies in der Art, sich zu organisieren, in den Bündnissen die gesucht werden, u.ä. niederschlägt.

T.I.: Die sozialistischen Feministinnen sprechen in ihrer Zeitschrift "Kaktüs" von der Notwendigkeit einer unabhängigen Frauenbewegung, in der auch Frauen, die sich nicht als Feministinnen bezeichnen ihren Platz haben sollen. Was sind die Aufgaben und Ziele einer solchen Bewegung? Wie schätzen Sie die Wahrscheinlichkeit ihrer Entwicklung nach dem 1. Frauenkongreß ein?

S.Ö.: Das Ziel einer unabhängigen Frauenbewegung ist ziemlich offensichtlich. Es ist, einen Kampf zu führen für die Befreiung der Frau, ohne sich irgendeinem anderen

Aus diesem Blickwinkel heraus ist der 1. Frauenkongreß meiner Meinung nach keineswegs der bestimmende Wendepunkt. Die Teilnehmerinnen dieses Kongresses hatten mit ihm die unterschiedlichsten Ziele verbunden. Er schaffte z.B. die Differenzierung zwischen den Antifeministinnen und den Nicht-Antifeministinnen, erbot den Feministinnen eine Möglichkeit, ihrer Stimme gehört zu verschaffen, mehr nicht. Die Wahrscheinlichkeit einer Frauenbewegung zeigt sich seit 1987 sowieso ganz praktisch. Zusammen mit der Kampagne gegen Schläge entwickeln wir uns in Richtung einer Frauenbewegung. Während die Kampagnen von immer mehr Frauen getragen werden, gründen sich in den verschiedensten anatolischen Städten Frauengruppen, entwickeln sich autonome Initiativen. Je mehr der Feminismus in der Öffentlichkeit Legitimität gewinnt und bekannt wird, desto mehr wird sich meiner Meinung nach die Bewegung entwickeln.

Kampf für die Befreiung der Frauen, sondern für die Befreiung der Arbeiterklasse. Ihrer Meinung nach wird die Befreiung der Frauen in diesem Zusammenhang erreicht. Meiner Meinung nach ist dies der Punkt, der uns am meisten voneinander unterscheidet. Ich bin dafür, daß der Kampf um die Befreiung der Frau keinem anderen Kampf untergeordnet wird. Zweifelloser bedeutet dies nicht, daß Bündnisse mit anderen Kämpfen vernachlässigt werden sollen, jedoch können solche Bündnisse nur zwischen Gleichberechtigten, in Form eines politischen Bündnisses, akzeptiert werden: Ich glaube, im DKD befinden sich nach etwas anders denkende sozialistische Frauen. Ess sind in diesem Verein Frauen, die sich selbst nicht als Feministinnen bezeichnen, die aber auch nicht gegen den Feminismus sind.

T.I.: In welcher Position befindet sich die Frauenbefreiungsbewegung heute in der Türkei? Die zunächst in den Großstädten

Die Frau im türkischen Film

Im Rahmen des Filmfestivals "Neuer türkischer Film", das vom 24. - 29.4.90 in Essen stattfand, hatten die VeranstalterInnen zu einer Talkshow zum Thema "Die Frau im türkischen Film" eingeladen. Mit von der Partie waren zwei türkischen Schauspielerinnen, beide in der Türkei lebend, Nur Sürer und Hale Soygazi, die sich selber als Feministinnen bezeichnen, und die in der Bundesrepublik arbeitenden Schauspielerinnen Arzu Tokar und Özyay Fecht, die Regisseure Serif Gören und Tefvik Baser sowie die Drehbuchautorin und Schriftstellerin Feride Cicekloglu.

Ein zu über zwei Drittel besetzter und somit recht gut besuchter Kinosaal in Essen. Das Publikum bestand zum überwiegenden Teil aus jüngeren türkischen Frauen - vereinzelt einige ältere. Aber auch eine ganze Reihe von interessierten türkischen Männern war gekommen. Nur wenig deutsches Publikum saß dazwischen. Vorne auf der Bühne hatten die Gäste Platz genommen. Gruppenbild mit Mann. Neben den Schauspielerinnen Nur Sürer, Hale Soygazi, Özyay Fecht, Arzu Tokar, der Moderatorin und der Dolmetscherin saß der Regisseur Serif Gören. Ausgangspunkt der Talkshow und Diskussion war der neue türkische Film und der "Emigrationsfilm" sowie die Frage, wie Frauen in diesen Filmen dargestellt werden. Gab es früher in den türkischen Filmen nur die leidende, dem Mann gehorchende Frau, so sind heute auch Frauen auf der Leinwand zu sehen, die ihren eigenen Weg gehen, ihre eigene Identität suchen, kämpferisch sind. Zwei Gründe wurden für die neue Rolle der Frau im Film genannt, die Arbeitsemigration und deren Auswirkung auf die türkische Gesellschaft und die in den letzten Jahren sich zu organisierenden begonnene Frauenbewegung in der Türkei. Dazu Hale Soygazi: "In der veränderten Darstellung der Frauen im Film spiegelt sich natürlich auch die veränderte soziale Wirklichkeit wider. Es beeinflusst sich natürlich auch gegenseitig. Eine veränderte soziale Realität eines Landes spiegelt sich als erstes und am besten im Film, im Kino wider - noch vor Dichtung und anderen Kunstformen. Die Realität in der Türkei hat sich im letzten Jahrzehnt auch verändert. Ein ganz wichtiger Aspekt war dabei auch die Arbeitsemigration aus der Türkei in andere Länder, die große Veränderungen in der Gesellschaft mit sich gebracht haben. Als Beispiel: Familien fallen auseinander. Weit verbreitet ist auch jetzt die Kernfamilie. Es gibt

Filme im Kino, die die klassische Rolle der Frau infrage stellen, die sich damit auseinandersetzen, was das Frauenleben bedeutet."

Yilmaz Atif und Serif Gören wurden besonders für die veränderte Darstellungsweise von Frauen genannt. Dazu Serif Gören: "Es ist tatsächlich so, daß in der letzten Zeit mehr Filme gedreht werden, in denen Frauen Heldinnen sind. Atif Yilmaz ist der erfolgreichste Regisseur zu diesem Thema. Ich glaube auch, daß es damit zu tun hat, daß nach 1980 Frauen angefangen haben, sich zu organisieren, daß es feministische Frauen gibt, zu denen ich auch Hale Soygazi zähle."

Bemerkenswert war allerdings im folgenden die Erkenntnis Serif Görens "Frauen sind auch Menschen" und daß sie deshalb nicht mehr unterdrückt werden dürfen. Diese Einsicht veranlaßte Arzu Tokar zu folgender grundsätzlicher Bemerkung: "Ich danke, daß die Männer jeden Tag immer und überall, insbesondere in der Türkei, die Hauptrolle spielen. Jeder einzelne ist ein Schauspieler, sie spielen sehr schön und alle paar Jahre machen sie auch einen Militärputsch und dann schießen sie rum und das ist ihr liebste Spielchen. Frauen dagegen haben die untergeordnete Rolle. Und obwohl hier Frauen, mein ich, dafür sorgen, daß die Gesellschaft weiterhin aufrecht erhalten bleibt, spielen wir auch im Kino eine untergeordnete Rolle, in der sie im Namen der Kunst vergewaltigt werden können, im Namen des künstlerischen noch mehr erniedrigt werden können, unseren Körper verkaufen können, anstatt uns als Menschen tatsächlich darzustellen. Da sagen sie eben, wir sind auch Menschen. Solche Sätze kommen dann zustande."

Özyay Fecht und mehrere türkische Frauen aus dem Publikum kritisierten das einseitige Bild, das von türkischen Frauen in "Emigrationsfilmen" und anderen bundesdeutschen Produktionen gezeichnet wird: "Die typische türkische Kopftuchfrau" (Özyay Fecht) Für Özyay Fecht hat ihre Rolle in "40 qm Deutschland" zur Folge gehabt, daß sie seitdem nur noch diese Art von Rollen angeboten bekommt. Daß es aber die verschiedensten Typen und Charaktere von der verschleierte, religiösen bis hin zur emanzipierten, feministischen türkischen Frau, ob in der Türkei oder in der Bundesrepublik lebend, gibt, würde nicht oder nur unzureichend in Szene gesetzt. Nur Sürer stellte sogar in Frage, ob

es überhaupt so unterdrückte türkische Frauen wie in "40 qm" in der Bundesrepublik gebe. Woraufhin sie verhaltenen Applaus erhielt, ob von Männern, war so schnell nicht auszumachen. Immerhin seien doch alle Frauen in der Bundesrepublik in der Produktion und somit am Produktionsprozeß beteiligt. Heftig umstritten war ein Diskussionsbeitrag aus dem Publikum, die Darstellung der türkischen Frau und des türkischen Mannes wie in "40 qm Deutschland" würde vor allem dazu führen, daß das bundesdeutsche Publikum die Vorbehalte und Ressentiments gegen die türkische Bevölkerung beibehalten und sich womöglich bestärkt in ihrer Ablehnung sehen würde. Es wäre doch besser, solche Filme erst gar nicht zu produzieren.

Wird Frauenleid als ästhetisches Stilmittel im Film benutzt, war eine der wesentlichsten Fragen an diesem Abend. Gerichtet an Serif Gören, bezog sie sich auf die Darstellung des Leidens von Frauen in "Yo!". Eine Teilnehmerin: "Ich kann mich an die Szene in "Yo!" erinnern, in der die Frau in den Schnee sank. Es war alles weiß und rot. Es war also so ein ästhetisches Moment. Während wenn Männer im Film leiden, dann leiden sie, um die Handlung voranzubringen. Oder als Helden, um bestimmte Positionen einzunehmen. Also ich denke, die Darstellung von Leid zwischen Frauen und Männern ist in vielen Filmen unterschiedlich. Und ich denke, auch Leid wird ausgebeutet. Eigentlich wird Frauenleid ausgebeutet, damit Männer sich daran aufheilen können." Serif Gören schien diese Frage nicht zu verstehen oder wollte sie nicht verstehen. Selbst auf nochmalige Nachfrage der Moderatorin, ob man(n) es nicht hätte auch kämpferisch darstellen können, wiederholte er ungeduldig, ironisch seine Antwort: "Ich habe vorher schon gesagt daß es damit was zu tun hat, in welcher Region der Film spielt. In dieser Region, wo der Film "Yo!" spielt, haben die Frauen, so gut wie keine Rechte. Deshalb konnten wir sie auch nicht so darstellen, wie Frauen die widerstehen. Aber ich habe andere Filme gemacht, wie der Film "Die Frösche" oder "Die Rache der Schlange". In diesen Filmen werden andere Frauen gezeigt. Kämpferische Frauen gezeigt. ... Natürlich wir sind diejenigen, die unsere Szenarios aussuchen und die Geschichten aussuchen. Und wenn es eine künstlerische Freiheit gibt, dann ist das die, die wir nutzen. Gleichzeitig meine ich, wir drehen die Filme und was danach kommt,

das ist eine Sache, die an Ihnen liegt. Ich habe eigentlich keine Lust, immer wieder zu erzählen, was ich jetzt eigentlich mit diesen Filmen sagen wollte. Das ist Ihre eigenen Interpretation überlassen."

Hale Soygazi bemerkte zu der Frage des Frauenleidens als ästhetisches Mittel, daß dieser auch eine finanzielle Seite habe. "Es ist etwas kommerzielles - (um dem gerecht zu werden, werden) ganz bestimmte Mittel, die allgemein bekannt sind, immer wieder verwendet. Und dazu zählt das Frauenleid eben auch."

"Yo!" wurde genauso wie "40qm Deutschland" immer wieder zitiert. In der Darstellung der Männer in "Yo!" sah Arzu Tokar die Identitätssuche der Männer "oder die andere Darstellung der Männer ein Stückchen sehr sensibel, sehr fein versucht. Und zwar der Mann, dessen Frau in Schnee dann ermorde worden ist. Der Mann, der seine Frau ermorde, soll eigentlich zum Schluß, seinen Ring wegschmeißen. Hätte er seinen Ring wegschmissen, wäre es eine Sache, die für ihn erledigt ist, ohne jedes Gefühl. Das er ihn aber nicht wegschmeißen konnte, zeigte, daß er akzeptiert hat, daß er etwas gemacht hat, das eigentlich nicht gesehen sollte. Das war für mich ein Zeichen, daß dieser Mann seine eigene Tat nicht verarbeiten konnte, daß dieser Mann angefangen hat zu denken."

Für die meisten PodiumsteilnehmerInnen war aber klar, daß nur die Besetzung der Filmproduktion auch durch Frauen, nur dazu führen kann, andere Perspektiven von Frauen und Männern darstellen zu können. Allerdings gibt es sehr wenige RegisseurInnen und DrehbuchautorInnen. In den letzten Jahren sind aber auch einige Frauen im technischen Bereich der Filmproduktion dazugekommen. "Das es inzwischen in der Türkei auch RegieassistentInnen gibt, KameraassistentInnen gibt, da hat sich Serif Gören sehr verdient drum gemacht." (Nur Sürer)

Auf die Zuschauerfrage ob Hale Soygazi, die sich als Feministin bekennt, überhaupt mit einem männlichen Regisseur arbeiten kann, ob das keine Probleme mit sich bringe, antwortete die Schauspielerin: "Es ist im Leben sicherlich nicht anders als im Kino. Die Probleme unterscheiden sich nicht. Aber wenn wir vorhaben militanten Frauenfilme zu machen, dann ist das was anderes. Dann sollte die Autorin eine Frau sein, dann sollte die Regisseurin eine Frau sein." Die Schriftstellerin und Drehautorin Feride Cicekloglu empfand sich: "Ich sehe mich zunächst erstmalig als Mensch, als Drehbuchautorin, als politische Gefangene, als Mutter möchte ich gesehen werden. Ich finde es nicht gut, wenn die Unterschiede, die natürlich da sind, zu Dogmen erhoben werden. Das geht hier sogar soweit, daß die Frage gestellt wird, wie eine Frau als Feministin mit einem männlichen Regisseur zusammenarbeiten kann. Ich finde, wenn wir erstmalig anfangen, Männer und Frauen so zu klassifizieren, die Unterschiede so zu betonen, führt das irgendwann dahin, daß wir zu platten Slogans kommen. Darüber ärgere ich mich".

Auch die anwesenden männlichen Regisseure meldeten sich zu dieser Frage zu Worte. Tefvik Baser sagte, daß er nicht dafür angetreten sei, den feministischen Film zu machen. Das könne er auch gar nicht, da er ein Mann sei. Für ihn sei es wichtig, in seinen Filmen Themen zu behandeln, die stören, die zu Diskussionen und Auseinandersetzungen zwingen. Serif Gören hingegen stellte die Frage, ob in feministischen Filmen keine Männer mitspielen sollten.

Schlagzeilen aus Cumhuriyet

30.5.90
- Verwaltungsgericht in Izmir bestätigte, daß es im Einklang mit der Verfassung sei, daß Frauen die arbeiten wollen, erst ihren Ehemann um Erlaubnis fragen müssen. Die Klägerin wird vor das Verfassungsgericht gehen.
- Scharfe Kritik des Industrieunternehmerverbandes TÜSİAD an der Regierung wegen mangelnder Unterstützung der türkischen Industrie gegenüber ausländischer Industrie

31.5.90
- Scharfe Kontroverse in der Unternehmerviertel wegen der Äußerung Sabancis bzgl. Frühwahlen
- Auseinandersetzungen bei Rockkonzert in Erzurum. Versuch der Verhinderung durch Absingen der Nationalhymne
- Hungerstreik geht in 13 Städten weiter
- Handwerker versuchten Ministerpräsident Akbulut an seiner Rede auf ihrer Generalversammlung zu hindern.

1.6.90
- Nach Mitteilung des außerordentlichen Gebietsgouverneurs: Auseinandersetzungen in Erzurum: 5 PKK'ler, 1 Soldat getötet.
- Rekordstrafe für Folterer: Für 5 Polizisten je 80 Monate (Die 5 Redakteure in Canakkale haben wegen Veröffentlichungen Strafen zwischen 22 und 123 Jahren erhalten - 11)
- Hungerstreik der 5 Redakteure geht weiter. Breite Unterstützung durch Gewerkschaften.
- Entlassungen in den Minen von Yeni Celtek, in denen es im letzten Jahr bei einer Explosion über 70 Tote gegeben hatte

2.6.90
- Festnahmen bei Ausstellung in Kars wegen Motiven mit kurdischer Fahne
- 9000 Unterschriften wegen Hungerstreik der Redakteure dem parlament überreicht.

3.6.90
- Wegen Sitzstreik zur Unterstützung der Hungerstreikenden waren in Diyarbakir 40 Frauen festgenommen worden, von denen morgen 28 dem Haftstrafe vorgeführt werden. Aus Protest gegen die Verhaftungen schlossen Ladenbesitzer die Rolläden.
- Hungerstreik im 19. Tag
- Internationale Presseinstanz fordert von Özal Freilassung der inhaftierten Journalisten
- Justizminister Sunguru schließt Amnestie für die Journalisten ab.
- 21 Dichter und Schriftsteller fordern Abschaffung der §§ 141, 142

4.6.90
- Nach Mitteilung des außerordentlichen Gebietsgouverneurs haben PKK'ler bei Diyarbakir 2 Bauern getötet
- Der Kassaionshof beschloss in einem Scheidungsfall, daß es gleichzustellen sei, ob ein Mann seine Frau schlägt oder eine Frau ihren Mann beleidigt

5.6.90
- Inflationsrate auf 63,6 % "zurückgegangen"

6.6.90
- Nach Mitteilung des außerordentlichen Gebietsgouverneurs wurden bei Auseinandersetzungen mit der PKK an 3 Orten 4 PKK'ler und 3 Dorfwächter getötet.
- TBKP Führer besuchten SHP, DYP und legten Kranz vor dem Atatürk-Mausoleum nieder.
- Prozeß gegen Zeitschrift Sokak wegen Artikel über Wehrdienstverweigerung und kurdische Propaganda

Anfang Seite 12

Interview mit Sedef Öztürk

gegen Annahme und sexuelle Bestätigung in den verschiedensten Teilen der Türkei Echo gefunden. Die Frauen haben in Eigeninitiative Veranstaltungen organisiert, haben aus den Gruppen in den Großstädten Referentinnen eingeladen, haben Vereine und ähnliches gegründet. Ich glaube, daß diese Tendenz sich in erhöhtem Maße fortsetzen wird. Der Feminismus hat den Frauen in der ganzen Welt etwas zu sagen. Die Forderungen können verschieden sein, die Kampfmethoden können verschieden sein, aber das, worum gekämpft wird, wird immer das gleiche sein. Auf dieser Welt ist jede Frau - gleich welcher Klasse, Nation... - einer sexistischen Repression ausgeliefert, wo wir als das zweite Geschlecht in einigen Gegenden ins Haus gesperrt werden, in anderen Gegenden auf dem Feld arbeiten müssen, in wieder anderen Gegenden gezwungen werden, unsere Körper zu verkaufen, wo anders daran gehindert werden, an gesellschaftlichen und politischen Organen teilzunehmen und dagegen muß der Kampf geführt werden.

Jahre eher spottisch herablassend blickt wurde hat sich in den letzten 2-3 Jahren verbessert. Die Frauenbewegungsbezug wird endlich als ernstzunehmende Opposition angesehen. Hat sich dementsprechend die staatliche Repression verstärkt? Gibt es Beispiele?

S.Ö.: Es ist wahrscheinlich nicht notwendig, allgemein übliche Repressionen aufzuzählen, wie z.B. Demonstrationsverbot bei entsprechenden Anträgen, oder falls doch Erlaubnis gegeben wird, daß ob eine Demonstrantin 3 Polizisten kommen. In letzter Zeit halten vor allem Staatsminister, die mit der Familie zu tun haben, Reden, in denen sie davor warnen, daß die Feministinnen eine gefährliche Strömung darstellen, die die Familie sprengen will. Dies kann in nächster Zukunft dazu führen, daß einige unserer Veröffentlichungen der Zensur zum Opfer fallen werden. (Z.B. wurde die 3. Auflage von Kaktüs in Fethiye verboten) Eine Aktion von KKD-Frauen, die gegen die frauenentwürdigende Schaufensterdekoration eines Ladens protestierten, führte dazu,

daß sie für eine Stunde in Untersuchungshaft gesperrt wurden. 11 Frauen wurden bei der schwarzen Protestaktion, an der sie aus Solidarität mit den Hungerstreik umgebrachten Gefangenen teilgenommen hatten, festgenommen und einen Monat lang in Untersuchungshaft gehalten.

T.I.: Wie sehen Sie die Zukunft der Frauenbewegung, wenn Sie auf Ihre 10-jährige Vergangenheit blicken und was erhoffen Sie sich?

S.Ö.: Ich denke, daß sich die Entwicklung der Bewegung in den letzten Jahren beschleunigt hat. Vor allem nach 1987 ist diese Entwicklung sehr offensichtlich. Meiner Meinung nach sind die vor uns liegenden 5 Jahre eine Phase, in der sich die Bewegung nach Anatolien ausbreiten und eine Massenbewegung sein wird. Ich hoffe, daß für Frauen verschiedene Erfolge erzielt werden, daß auf verschiedenen Gebieten Fraueninitiativen entstehen, daß die feministische Herangehensweise zumindest in gewissen Maßen den Einzug in das öffentliche Gewissen schafft. ■

T.I.: Das Ansehen der Feministinnen, auf die Anfang der 80er

Gegen Schluß wurde aus den Reihen des Publikums heftig kritisiert, daß bei einem solchen Thema eine deutsche und keine türkische Frau die Moderatorin sei. Beendet wurde die Veranstaltung durch Serif Gören, der zwischen der Bühne verlassen hatte. Als Frau ihn schließlich verließ und suchte, daß er im Publikum und bekannte: "Ich habe Hunger. Sie doch sicherlich auch! Lassen Sie was Essen gehen." Daraufhin verließen die BesucherInnen schlagartig das Kino. Der Moderatorin blieb noch noch ein kurzes "Danke schön" ins Mikrofon zu sagen und die Veranstaltung "Die Frau im türkischen Film" war zu Ende.

Gegen das rassistische Ausländergesetz Gemeinsam mit Rassisten?

Um die Bereitschaft dazu in breiteren Kreisen der Bevölkerung, speziell der deutschen Linken herzustellen, bzw. auch nur die Notwendigkeit dazu einsichtig zu machen, bedarf es sicherlich großer Anstrengungen.

Zunächst aber muß Klarheit darüber bestehen, worum es bei diesen Kämpfen gegen Rassismus und als wichtigen Teil dessen gegen das Ausländergesetz gehen muß und wer diese Kämpfe mit wem führen kann/muß.

Um dies zu klären ist es nützlich, sich die Protestaktionen gegen den Ausländergesetzentwurf und die, die diese Aktionen veranstaltet bzw. nicht veranstaltet haben, zu betrachten. In mehreren Städten der BRD und in West-Berlin fanden Ende März Demonstrationen statt, die größte davon in West-Berlin mit etwa 30.000 TeilnehmerInnen. Auffällig an diesen Demonstrationen war, daß sie zum größten Teil (in Berlin etwa 90 %) aus ImmigrantInnen und Flüchtlingen aus der Türkei bestanden, daneben einige wenige andere Nationalitäten und (so in Berlin) nur wenige vereinzelte Deutsche.

Der Grund, warum Deutsche sich so sparsam beteiligten, bzw. nur wenige selbst auf die Idee kamen gegen den Entwurf vorzugehen, muß natürlich zunächst bei ihnen selbst gesucht werden (wenn es auch andere Gründe gibt, auf die später noch eingegangen wird): Vom neuen deutsch-deutschen Feeling blieben auch viele Linde und Demokraten nicht verschont. Die ursprüngliche Euphorie, die "Revolution" der Brüder und Schwestern könne auch im Westen zu einem demokratischen Aufschwung führen, die kritiklose und blinde Bewunderung für die demokratisch anmutende "Wir sind das Volk"-Bewegung in der DDR versperrt den Blick wofür, wohin die Reise ging. Spätestens beim Umschlagen in "Wir sind das Volk" hätten Linke und Demokraten sich daran erinnern müssen, wessen Geistes Kind die BRD ist, welche gemeinsame Geschichte West und Ost verbindet und wie lebendig diese immer noch ist. Das Resultat der Blindheit auf beiden Seiten war das ungehinderte Hochkommen von Antikommunismus, Rassismus und dumpfsten Nationalismus, genau das richtige politische Klima, um die lang geplante Verschärfung der Ausländergesetze im Elilverfahren durchzuführen. Der Euphorie unter den Linken folgte die Resignation, denn statt des erwarteten linken Aufschwungs stellte sich ein rechter ein. Hatten viele Linke also vor lauter deutsch-deutsch zunächst "vergessen", daß die BRD nicht nur aus Deutschen besteht, daß der Abbau demokratischer Rechte immer mit dem Abbau der - sowieso kaum vorhandenen - Rechte der schwächsten Minderheiten beginnt? So frug ihre anschließende Resignation kaum dazu bei, sich im Kampf gegen das Ausländergesetz zu aktivieren. Man start auf das drohende Großdeutschland wie das Kaninchen auf die Schlange und übersieht dabei, daß die verschärfte Ausgrenzung von Minderheiten durch immer rassistischeres Gesetze, die Aushöhlung des Asylrechtes, die Schließung der Grenzen nach außen, ein Schritt auf dem Weg zu diesem Großdeutschland ist.

Nun gab es aber auch linke Einzelpersonen und Gruppierungen, die die Notwendigkeit, gegen den Ausländergesetzentwurf vorzugehen, sahen, die sich aber nicht in dem sonst üblichen Maß engagierten und beteiligten. Die Gründe für ihren mangelnden Einsatz, der sich

meist auf die Unterschrift unter Aufrufe beschränkte, liegen unter anderem in der Vorgehensweise der verschiedenen Gruppierungen und Organisationen der ImmigrantInnen und Flüchtlingen aus der Türkei. Bevor wir darauf näher eingehen, einige Grundsätze dazu, wie der Kampf um gleiche Rechte und demokratische Freiheiten der ImmigrantInnen unserer Meinung aussehe

muß. Der Kampf um gleiche Rechte und demokratische Freiheiten für Minderheiten muß eingebunden sein in den Kampf um Demokratie innerhalb dieser Gesellschaft. Er muß verbunden sein mit dem Ziel, daß die Menschen ihr Leben selbst bestimmen, daß sie frei von Ausbeutung und Unterdrückung leben. Dies ist in der bürgerlichen Demokratie nicht erreichbar, aber ohne die bürgerliche demokratischen Rechte und Freiheiten ist es nur sehr schwer möglich, für dieses Ziel zu kämpfen. Im übrigen ist ein Kampf um gleiche Rechte, der nicht in den gemeinsamen Kampf für mehr Demokratie gebunden ist, zum Scheitern verurteilt, denn was nützen gleiche Rechte, wenn es keine demokratischen Rechte mehr gibt? Und wie anders soll die ideologische Spaltung der nationalen Bevölkerung und der ausländischen Minderheiten, die u. a. genau durch solche Sondergesetze bewirkt wird, aufgehoben werden, wenn nicht im gemeinsamen Kampf um mehr Demokratie für alle?

Entsprechend können wir fragen, wer diesen Kampf führen kann/muß: Dies sind alle Menschen, die in einer gerechten Gesellschaftsordnung leben wollen, die ihr Leben selbst bestimmen wollen, die gegen Ausbeutung und Unterdrückung sind. Dazu gehören auch die, die glauben, dies könne in der bürgerlichen Demokratie verwirklicht werden.

Ausgehend von diesen Voraussetzungen lassen sich bei den Aktivitäten gegen den Ausländergesetzentwurf zwei falsche Herangehensweisen erkennen.

Die erste Richtung, die sich aus den meisten revolutionären Organisationen aus der Türkei zusammensetzt, setzte als Bedingung für die Aktionseinheit die Zugehörigkeit zum "kommunistisch/revolutionären" Lager voraus. Nach dieser linkssektiererischen Logik kann sich niemand außer den ideologisch reinen, im revolutionären Kampf erprobten Kommunisten zusammenschließen, alle anderen Linken und Demokraten werden per Definition vom Kampf um Menschenrechte und Demokratie ausgeschlossen. Kein Wunder, daß die Aktivitäten dieser Gruppierungen, wenn sie dann überhaupt zu stande kamen, völlig unbedeutend waren - zumal man wie üblich erst einem wieder um die internen Differenzen streiten mußte.

Das ganze Gegenteil zum "Reinheitsgebot" bildeten auf der anderen Seite die völlig grundsatzlos erscheinenden örtlichen Zusammenschlüssen der "Vatandas Girişimi" (Bürgerinitiative), die in den meisten Städten die Initiatoren der großen Demonstrationen waren. Anfang Januar dieses Jahres hatten sich in Köln aus Vertretern verschiedener Organisationen, die sich selbst als Einzelpersonen bezeichnen, ein Zusammenschluß mit dem Namen Vatandas Girişimi (im folgenden VG genannt) gebildet, der mit den Worten der rechtsgerichteten türkischen Zeitung Tercüman "gegründet wurde aus den in der BRD arbeitenden türkischen Arbeitern, die zusammenkamen, ohne sich in Scharia-Anhänger, Idealisten (Graue Wölfe), Marxisten, Sozialdemokraten zu spalten." Nach dem Vorbild und in Verbindung mit diesem Zusammenschluß bildeten sich

auch in vielen anderen Städten der BRD und West-Berlin ähnliche "Bürgerinitiativen". Im einzelnen befinden sich in den unterschiedlichen "Bürgerinitiativen" Anhänger, Führer, Vertreter, "Einzelpersonen" von Organisationen und Vereinen wie z. B.: Vereinigte kommunistische Partei der Türkei (TBKP), türkische Sozialdemokraten, ehemalige Anhänger von revolutionären Organisationen wie Dev-Yol, Freiheitslich Türkisch-Deutscher Freundschaftsverein (Hür-Türk, besteht zum größten Teil aus Anhängern der türkischen Regierungspartei ANAP und arbeitet eng mit dem Konsulat), Vereinigung der neuen Weltlicht in Europa (AMGT oder Milli Görüs, islamische

Familie. Man ist der Meinung, daß der Vorbeter einer Moschee, der die Scharia vertritt, der auf religiösen Demonstrationen Transparente mit der Aufschrift "Tod dem Kommunismus" trägt, der Frauenunterdrückung vertritt, die gleichen Ziele haben kann, wie z. B. eine Frau aus der Türkei, die in ihrem Frauenverein versucht, sich aus der religiös-patriarchalischen Unterdrückung zu befreien. Man geht davon aus, das ein Anhänger der türkischen Regierungspartei, der die Existenz der Kurden leugnet und die Massakerpolitik des türkischen Staates in Kurdistan befürwortet, die gleichen Interessen haben kann, wie ein kurdischer Flüchtling, der eben genau



Fundamentalisten die in der Türkei unter ihrem Führer Erbakan die Scharia predigen), Türkisch-Islamische Vereinigung für Religionsangelegenheiten (DITIB, Moscheen-Zusammenschluß unter dem türkischen Ministerium für Religionsangelegenheiten unter denen sich auch Moscheen der Grauen Wölfe vertreten sind), des weiteren türkische Sportvereine, Geschäftsleute, Kulturvereine, Interessenszusammenschlüsse, die zum Teil sehr eng mit dem türkischen Konsulat arbeiten. Die Gründer der VG behaupten in ihren Gründungsaufrufen und Erklärungen, es handle sich um eine Zusammenkunft von ImmigrantInnen, bei der ideologisch-politische Meinungsunterschiede außer Acht gelassen seien. "Wir erheben gemeinsam unsere Stimme, obwohl wir nichts gemeinsames haben" so Pressesprecher Yigit (Taz 30.1.90). Dies darf bezweifelt werden, denn keine Ideologie ist auch eine Ideologie. Zum einen wird gemeinsam die Ideologie des "Wir sitzen alle in einem Boot" vertreten. Ungeachtet aller Klassenunterschiede, aller politischen und ideologischen Unterschiede schließt man sich zu einer türkischen Lobby zusammen, die dazu antritt, das Gesetz zu verhindern. Man geht davon aus, daß ein reicher türkischer Geschäftsmann mit besten Verbindungen zum Konsulat (von denen nicht wenigen in VG vertreten sind) die gleichen Interessen haben kann, in gleicher Weise vom Ausländergesetz betroffen wird, wie ein Arbeiter und seine

vor dieser Politik gefahren ist. Kurz, was einen verbindet ist die türkische Nationalität (nicht einmal die türkische Staatsangehörigkeit) und das Ausländergesetz, alle anderen Unterschiede sollen plötzlich keine Rolle mehr spielen. Kann es bei dieser Ideologie wirklich um den Kampf um Demokratie, gegen Rassismus und Nationalismus gehen? Die Frage verneint sich von selbst. Worum geht es aber dann bei dieser Art von Zusammenschlüssen? Geht es den Initiatoren wenigstens ernsthaft darum, für gleiche Rechte für ImmigrantInnen und Flüchtlinge einzutreten? Dann muß man sich fragen, warum zu den Bündnisverhandlungen und Aktionseinheitstreffen nicht von Anfang an deutsche Gruppierungen eingeladen wurden, die seit Jahren für gleiche Rechte kämpfen (so jedenfalls in Berlin)? Man begründet dies also, daß sich zuerst die ImmigrantInnen und Flüchtlinge zusammenschließen und organisieren müßten. Wo waren dann aber arabische, jugoslawische, polnische, familiäre Gruppen? Warum hat man sie vergessen? Man setzte sich mit den genannten türkischen Organisationen an einen Tisch, plante Aufrufe und Aktionen, und erst kurz vor der großen Demonstration rief man vereinzelte andere ImmigrantInnen- und Flüchtlingsgruppen und einige deutsche Organisationen und Parteien dazu auf, den Aufruf und die Demonstration zu unterstützen. So ist es natürlich leicht, die mangelnde Teilnahme dieser auf die "Ausländerfeind-

lichkeit" und das allgemeine Desinteresse der Deutschen zurückzuführen.

Es drängt sich die Vermutung auf, daß es den Initiatoren der VG vorwiegend um etwas anderes geht als um gleiche Rechte. Für den "linken" Teil der Initiatoren geht es



Schlagzeilen aus Cumhuriyet

7.6.90

- Semra Özal möchte sich für den Vorsitz der ANAP bewerben: "Ich meine es ernst".

- Scharfe Kritik des irakischen Ölm Ministers, da die Türkei kein Abkommen über das Wasser des Euphrat geschlossen hat.

- Eine Gruppe parteiloser Abgeordneter wandten sich wegen Hungerstreiks an Özal und die Parteivorsitzenden

- Protest wegen der Repressionen auf die Zeitung İscilerin Sesi (Stimme der Arbeiter) in Adana

8.6.90

- SHP wandte sich wegen Studiengebühren an das Verfassungsgericht

- Noch eine Partei auf der Linken: Partei der Arbeit des Volkes aus Abgeordneten, die früher in der SHP waren und aus Gewerkschaftern gegründet.

- Bürgermeister von Canakkale, der entlassen wurde, weil er bei einem Besuch Özals nicht aufgestanden war, vor Gericht.

- Arbeitsgericht in Kocaeli entschied: Arbeiter der Düngerefabriken haben kein Recht auf Streik

9.6.90

- Entscheidung über Gehaltserhöhung für Beamten ist Özal vorbehalten

- Nach Angaben des außerordentlichen Gebietsgouverneurs gibt es 21.480 Dorfwächter, die monatlich insgesamt 10,5 Mrd TL verdienen. 5000 Dorfwächter sollen noch eingestellt werden. 41 % der Auseinandersetzungen finden im Gebiet um Simak statt. In den ersten 5 Monaten dieses Jahres seien 190 Terroristen getötet worden.

- Hungerstreik in Canakkale am 24. Tag beendet. Die Aktion habe durch die große Öffentlichkeit ihr Ziel erreicht.

10.6.90

- Semra Özal dementiert Meldung über ihre Kandidatur für den Parteivorsitz der ANAP

11.6.90

- SHP rief Verfassungsgericht um Aufhebung des Erlasses Nr. 418 mit Gesetzeskraft (Studiengebühren, TI) an.

- ArbeiterInnen in Landwirtschaftssector verdienen brutto 225.000 TL mit. Die meisten haben eine zusätzliche Arbeit. Dies bedeutet 15 Std. am Tag ohne Urlaub arbeiten.

12.6.90

- Nach Angaben des außerordentlichen Gebietsgouverneurs töleten PKK'ler bei Sirt 26 Personen, davon 4 Dorfwächter, 7 Frauen, 12 Kinder. Bei den Auseinandersetzungen wurde 1 PKK'ler getötet. Journalisten wurden nicht vor Ort gelassen.

- Der außerordentliche Gebietsgouverneur Kozakocoglu: Die Zahl der 21.480 Dorfwächter werde nicht erhöht werden. Den Dorfwächtern gehe es finanziell gut, viele hätten sich sogar eine zweite Frau genommen. Einige Mitglieder der Spezialteams müßten, bevor sie zum normalen Dienst zurückkehren, eine psychologische Anpassung durchlaufen.

- Erklärung der Gründer des Menschenrechtsvereins: "Die Türkei ist immer noch eine Staat, der vor Gedanken und denkenden Menschen - Angst hat und diese bestraf".

- 20 Mitglieder einer linken Organisation in Ankara nach Operation gefaßt. Ihnen werden Organisationsfähigkeit in Fabriken, Schulen und Gewerkschaften vorgeworfen.

- Baustopp bei drei Staudämmen des GAP-Projekts, da das Geld ausgegangen ist.

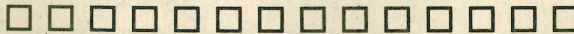
darum, das wie sich an der Größe der Demonstration gezeigt hat, das große demokratische Potential der ImmigrantInnen und Flüchtlinge aus der Türkei zu nutzen, um ihre Anhängerschaft unter diesen zu vergrößern. Man hat die Hoffnung aufgegeben, mit der eigenen Politik größere Massen bewegen zu können und läuft deshalb dem Trend aus der Türkei hinterher (Fußnote: Dieses Hinterherlaufen hat Geschichte: zu Zeiten des großen revolutionären Aufschwungs in der Türkei Ende der 70er Jahre gab man sich betont revolutionär. So nannte sich z. B. ein sozialdemokratischer Verein in Berlin damals "Halcki Demirci Birliği". Revolutionäre Volkseinheit. Heute ist den Herren Sozialdemokraten ihr Name offensichtlich peinlich, denn sie übersetzen ihn in deutsch mit "Progressive Volkseinheit".) Dorf findet z. Zt. eine starke Islamisierung statt, die auch auf die ImmigrantInnen in Europa ihre Auswirkung hat. Man glaubt so mit der Anbiederung an islamische Gruppierungen die religiös beeinflussten Massen, sowie relativ unpolitische Teile der Bevölkerung, die unter der Bedrohung durch das neue Ausländergesetz auf die Straße gehen, für die eigenen Ziele, die eigene Partei oder Organisation zu gewinnen. Die Hoffnung auf Zulauf mag auch ein Grund sein, warum sich islamische Fundamentalisten und Anhänger der türkischen Regierung mit ihren Erzfürsten zusammenschließen. Für die Vertreter der türkischen Regierung geht es jedoch vorrangig darum, das große demokratische Potential der ImmigrantInnen aus der Türkei vom Kampf für Demokratie und für eine gerechte, selbstbestimmte Gesellschaftsordnung abzuhalten. Wer in der BRD lernt, den Kampf und Demokratie zu führen, wird auch seine Augen für die fehlende Demokratie in der Türkei nicht verschließen können. So hat denn auch die Anwesenheit von Konsultatsvertretern und Regierungssympathisanten in Bündnissen wie VG die Funktion, daß sich die Anwesenden nicht zu weit nach links wagen, es könnte sie sonst beim nächsten Türkei-Besuch teuer zu stehen kommen. In diesem Sinne müßten auch Vertreter des "linken" Spektrums, der Sozialdemokraten, der TBKP'ler und sich Marxistennennende Personen wissen, daß sie, indem sie Konsultatsorganisationen, islamische Fundamentalisten und Moscheen, in denen Graue Wölfe vertreten sind, in dem Bündnis willkommen heißen, anderen linken, speziell auch kurdischen Organisationen den Zugang unmöglich machen - schon allein aus Sicherheitsgründen. Man ist unter diesen Leuten nicht so naiv oder politisch unerfahren, dies nicht zu wissen. (Dies ist übrigens auch der Grund, warum sich viele deutsche Organisationen nicht oder nur mit Bedenken an den Demonstrationen beteiligten. Aber auch das wußte man vorher). Für die Scharia-anhänger wiederum geht es bei einem Bündnis wie VG darum, ihre Ideologie auch in Europa gesellschaftsfähig zu machen, sich in ein demokratisches Licht zu rücken. Man vertritt in der Türkei Sklaverei, Unterwerfung, Gottesfügung, man befürwortet das kapitalistische Wirtschaftssystem und sieht die Beziehung zwischen Ausgebeuteten und Ausbeutern, zwischen Unterdrückten und Unterdrückern als legitim und göttgegeben an, man sieht Frauen nicht als vollwertige Menschen an, man hält den Mord an Menschen anderer Religionen und an Kritikern für notwendig und man versucht dies alles unter dem Namen Scharia als Gesellschafts- und Staatsform zu verwirklichen. Aber in Europa ist man demokratisch, kämpft gemeinsam mit Menschen jeder Weltanschauung für gleiche Rechte. Und genau mit Zusammenschlüssen wie VG soll dies glaubhaft gemacht werden. (Fußnote: Ein gutes Beispiel dafür ist die von Mitglidern/Befürwortern von VG seit März 90 neu herausgegebene deutsch-türkische Monatszeitschrift Kirpi, zu deutsch Igel. In der Nummer dieses für läppische DM 6,- zu ersiehenden Hochglanzblattes, das u. a. mit einer ganzseit-



gen Anzeige für die Bausparkasse wirbt und über ein offensichtlich gleich mitgegründetes Reisebüro namens Kirpi-Reisen Bildungsreisen in die Türkei zu recht ansehnlichen Preisen anbietet, in dieser Nullnummer nun stellt Redaktionskoordinator Cumhur Aytulun das Konzept der Zeitschrift vor: "... Eines der Veröffentlichungsprinzipien von Kirpi ist ihr pluralistischer Ansatz. In Unterschiedlichkeit und Vielfalt sieht Kirpi eine Quelle der Bereicherung, die es zu bewahren und zu entwickeln gilt... Die Kirpi-Redaktion steht allen Interessierten offen. Kirpi übt keine Zensur. Alle Artikel können veröffentlicht werden, solange sie nicht rassistisch, sexistische, völkerverachtend, Kriege verherrlichend oder die Menschenrechte und die menschliche Arbeit verachtende Tendenzen beinhalten..." Ein paar Seiten später kommt dann die "Quelle der Bereicherung" zum Vorschein. Auf zwei Seiten der 16 starken Nullnummer darf der Generalsekretär von Milli Görüs (Nationale Sicht), Ali Yüksel, islamischer Fundamentalist und soweit aus der Presse ersichtlich einer der Gründerväter von VG, seine Meinung über "Kulturkonflikte" kundtun. Als Ausweg aus der "Gesellschaft ohne Heiligtum" empfiehlt er allen Menschen "den Jihad (zu) wählen, um die Scharia zu errichten." Jihad erklärt er mit "Kampfbereitschaft bei Angriffen und Repressalien gegen unsere Freiheit und Grundrechte". Normalerweise wird Jihad mit "heiliger Krieg" übersetzt, ist so gemeint und wird auch so geführt. Aber im Sinne der demokratischen Glaubwürdigkeit kann man sich dann schon etwas vorsichtiger ausdrücken. Das Scharia nicht einfach nur "Rechtssystem" sondern das islamische Rechtssystem bedeutet, dessen Inhalte - Menschenrechtsverletzung und Frauenverachtung - wohl am besten am Beispiel Iran zu verfolgen sind, dies interessiert die Herausgeber von Kirpi wohl nicht. Demokratie bedeutet, jeder kann alle Inhalte vertreten, solange er sie nur in die richtigen Worte packt, Jihad als "Kampfbereitschaft" und Scharia als "Rechtssystem" sind schon einen demokratischen Dialog wert). Auch die Vertreter des Konsulates, des faschistischen und rassistischen türkischen Staates treten gemeinsam mit Linken, die sie in der Türkei einsperren oder ermorden würden, für demokratische Rechte, für Gleichheit ein. Wer dies glaubt, ist entweder grenzenlos naiv oder hat andere Absichten als die, die er vorgibt. Wer kann und sollte nun in Zukunft das Potential sein, das den Kampf gegen das verabschiedete Ausländergesetz, den Kampf für gleiche Rechte und gegen Rassismus führt, und wie muß dieser Kampf geführt werden? Das Hauptpotential für diesen Kampf sind diejenigen, die von dieser Unterdrückung und Ausgrenzung am direktesten betroffen sind, die ImmigrantInnen und Flüchtlinge aus allen (!) Ländern in der BRD. Dabei sollte es unwichtig sein, ob diese den Sozialismus zum Ziel haben, oder sie "nur" Demokraten, unorganisierte oder auch religiöse Menschen sind (im Sinne religiöser Überzeugung, nicht im Sinne einer zur politischen Ideologie umgewandelten Religion). Die Gemeinsamkeit, die sie verbinden muß, ist die Überzeugung, das Demokratie nur herrschen kann, wenn die Menschen gleiche Rechte haben, daß Ausbeutung und Unterdrückung, egal an welchem Ort und in wel-

cher Form dieser Gleichheit zuwiderlaufen. Es bedarf also eines möglichst großen Zusammenschlusses (In diesem Punkt war der Gedanke der VG richtig), der aber nicht von Personen oder Organisationen getragen werden kann, die als Maßstab das kommunistische "Reinheitsgebot" anlegen, oder die in ihrer ganzen sonstigen Politik antidemokratische und chauvinistische Ziele und Methoden haben. Die vorantreibenden Kräfte in diesem Kampf müssen Personen oder Gruppierungen sein, denen es allein um die Sache geht und die nicht nur äußerlich für gleiche Rechte kämpfen, sondern die, weitergehend, auch eine demokratische, selbstbestimmte Gesellschafts- und Staatsordnung zum Ziel haben, die versuchen, sich die Inhalte ihres Kampfes als Lebensform zu eigen zu machen. Diese ImmigrantInnen und Flüchtlinge müssen vor allen den deutschen Linken und Demokraten klar ma-

Deutsche und "Ausländer" nur den Herrschenden nützt, daß einer unwidersprechenden Abgrenzung der "ausländischen" Minderheiten die Ausgrenzung von "inländischen" Minderheiten folgt. Die deutschen Linken und Demokraten, die das erkannt haben, haben die Aufgabe, massiv gegen die Anwendung des Ausländergesetzes vorzugehen, umso mehr, als es durch das neue Gesetz für ImmigrantInnen und Flüchtlinge gefährlich werden kann, sich politisch zu betätigen. Sie haben auch die Aufgabe, der deutschen Bevölkerung klarzumachen, daß mit dem Ausländergesetz Ausbeutung bezweckt wird, daß, wenn das Gesetz entsprechend rigide praktiziert und alle "unangepaßten" oder "unprofitablen" ImmigrantInnen abgeschoben sind, sie in gleicher Weise von Sozialabbau, Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit betroffen sein werden, denn diejenigen, die diese verursachen sind geblieben.



HAMBURGER ERKLÄRUNG

der Mitarbeiter/-innen und Angestellten in Öffentlichen Stellen

An den Deutschen Bundestag
An die Landesparlamente der Bundesländer

Wir, Deutsche und Nichtdeutsche, wehren uns mit aller Entschiedenheit gegen die im Ausländergesetzentwurf der Bundesregierung enthaltenen Dienstpflichten (§§ 75 und 76) von Behörden (insbesondere Sozial-, Jugend- und Justizbehörden) und sonstigen öffentlichen Stellen, persönliche Daten und Erkenntnisse über Nichtdeutsche an die Ausländerbehörde weiterzugeben.

Wir erklären: wir werden als Einzelpersonen unter keinen Umständen - weder als Privatmensch noch in dienstlicher Eigenschaft - unsere ausländischen Freunde, Nachbarn, Mitmenschen, Kollegen, Patienten oder Klienten denunzieren. Konsequenzen nehmen wir in Kauf, da dieses Gesetz gegen fundamentale Menschenrechte verstößt.

Wir fordern die Verantwortlichen auf allen Ebenen der Politik und Verwaltung auf, sich für die Ablehnung dieses Gesetzentwurfes einzusetzen.

NAME	ANSCHRIFT	FUNKTION	UNTERSCHRIFT
------	-----------	----------	--------------

Bitte vervielfältigen und weitergeben!
Zurück an: UNSERE STIMME
c/o Bildungsverein Oststadt, Bütersworth-,
str. 12, 3000 Hannover 1



chen, daß sie nicht länger bereit sind, sich in ihren Forderungen mit nur "ein bißchen" gleichen Rechten zufriedenzugeben. Gleiche Rechte bedeutet aber Abschaffung der Ausländergesetze, volles Wahlrecht, Abschaffung aller diskriminierenden Gesetze und Verordnungen. Ein weiteres wichtiges Potential für diesen Kampf um gleiche Rechte und gegen Rassismus sind die deutschen Linken, die sich nicht durch die Nationalismusswelle den Kopf haben vernebeln lassen, die erkannt haben, daß sie den Kampf für gleiche Rechte nicht nur für andere, sondern auch für sich selber führen, in dem Sinne, daß die Spaltung

Diese Aufgaben erscheinen angesichts der Verabschiedung des Gesetzes, angesichts des Anwachsens von Rassismus und Nationalismus, angesichts von zunehmendem Sozialabbau, von Resignation und Desorientierung der Linken kaum zu bewältigen. Vielleicht bietet diese Aufgabe aber auch eine Chance für die Linke, aus der Lethargie zu erwachen, einen gemeinsamen, konkreten Anknüpfungspunkt gegen ein Großdeutschland und die damit einhergehende Ideologie von Rassismus und Nationalismus zu finden, und so im gemeinsamen Kampf wieder an Einheit und Stärke zu gewinnen.

Schlagzeilen aus Cumhuriyet

12.6.90
- 12.000 städtische ArbeiterInnen in Ankara im Bummelstreik

13.6.90
- Nach Angaben des außerordentlichen Gebietsgouverneurs kam es in der Nähe von Simak zu Auseinandersetzungen zwischen Sicherheitskräften und PKK'ern bei 4 Soldaten getötet wurden.

- Entscheidung im Yesilyurt Prozeß: 2,5 Monate Gefängnis wegen "schlechter Behandlung" für den Offizier, der die Bauern von Yesilyurt zwang, menschliche Exkremte zu essen. Das Urteil wurde in eine Geldstrafe von 375.000 TL (ca 250 DM, T), zu bezahlen in 10 Monatsraten, umgewandelt.

14.6.90
- Brennstoffpreise in der Welt fallen, in der Türkei steigen sie um 11%
- Pilgerskandal: Das Kontingent, das jährlich nach Mekka fahren darf, beträgt 55.000 Personen, aber das Ministerium für Religionsangelegenheiten hat von 120.000 Personen insgesamt 250 Mrd TL für die Reise kassiert.

- Wieder Terror in Istanbul: Ehemaliger Chef der politischen Polizei in Istanbul von 2 Unbekannten erschossen. Bekennerruf der TKP-ML/TKKO: "Der Folterer Muhsin Bodur, der den Mord an vielen revolutionären Freunden zu verantworten hat, wurde bestraft."

- Scharfe Reaktionen von Einzelgewerkschaften auf Dachverband TÜRK-Is bereits Streiks und Aktionen für 40.000 ArbeiterInnen des öffentlichen Dienstes beschlossen hatte, einigte man sich mit der Regierung, die 10.000 TL mehr Monatslohn abgeboten hatte.

15.6.90
- Erste Probleme zwischen Syrien und Ankara: Syrien besteht auf Anteil an Wasser des Euphrat und auf Grenzsicherheit.

- Der Generalstaatsanwalt stellt Antrag auf Verbot der TBKP beim Verfassungsgesicht

- 10.000 Unterschriften für die Freilassung von Ismail Besiki dem Justizminister überreicht

- Antragsteller für Gründung einer Lehrgewerkschaft werden nicht weiter gerichtlich verfolgt.

16.6.90
- Reaktionen auf die Aufhebung bzw. Verschiebung der von Schriftstellern und Dichtern geplanten Demonstration für Meinungsfreiheit: Ein "unbegrenztes und willkürliches Vorgehen"

17.6.90
- Nach Angaben des außerordentlichen Gebietsgouverneurs 7 tote Soldaten bei zwei Auseinandersetzungen von PKK'ern mit Sicherheitskräften

- Protest gegen den Bau einer Papierfabrik in Denizli. Die Fabrik wurde in Stulzheim/BRD wegen Lärmbelastung, Umwelt- und Luftverschmutzung geschlossen und nun von der Firma Dentas gekauft.

18.6.90
- Ökonomische Krise der Stadtverwaltungen wächst an. 124 Stadtverwaltungen haben an ihre ArbeiterInnen 60 Mrd TL Schulden.

- 1989 war das Jahr des Streikrekords: 171 Streiks, 10.062 Streiktage, 39.435 streikende ArbeiterInnen, 2.911 407 verlorene Arbeitstage.

- Nach Angaben des außerordentlichen Gebietsgouverneurs wurden 5 PKK'ler getötet, 5 weitere lebendig gefaßt.

19.6.90
- Bombe auf das Verlagshaus der Stiftung für Religionswesen in Ankara: 8 Verletzte. Man nimmt an, daß die Bombe eine Reaktion islamischer Terrororganisationen auf die "Pilgerkriege" war.

20.6.90
- 258 Entlassungen in den Minen von Yeni Celtek, in denen bei einer Explosion im Februar 90, 68 Arbeiter getötet worden waren. Begründung der Minenleitung: Nach dem "Unglück" sei die Arbeitsordnung zerstört.

21.6.90
- Oberverwaltungsgericht bestätigte entgegen dem Antrag des Staatspräsidenten die Entscheidung, daß das Kohlekraftwerk Aliaga nicht gebaut werden darf

Baumwollernte in Adana



An den Ufern des Euphrat

*Anatolien ist uns eine Mutter – eine getretene, verdorrte
Jeder Tyrann tobte an ihr seine Wut aus.
Wann immer wir uns an ihre Brust klammerten,
Wann immer sie uns in die Arme schloss,
fielen wir in die Hände der Feinde.*

*An den Ufern des Euphrat
war die Angst Wächter vor unserer Tür
Armut das Tuch auf unserer Erde
Den Tag sahen wir nicht
Die Rose sahen wir nicht
In der Dunkelheit saugten wir an der Brust
In den finsternen Nächten der Kurden
gab es nicht einmal Glühwürmchen
Im Gesicht der Armenier
war nie Lächeln zu sehen
Ach Assyrer, Syrani
geliebter Zigeuner
verflucht sei die ewige Vertreibung !*

(aus Hakkı Keskin: "Die Türkei. Vom osmanischem Reich zum Nationalstaat"
Edition Vielfalt - Oile-Walter, 1977)

